

CHANCE!



Demografischer Wandel vor Ort

Ideen • Konzepte • Beispiele

Aktualisierte
Auflage mit
neuen Inhalten



Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums. Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete.

BLG

Bundesverband
der gemeinnützigen
Landgesellschaften



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



DSTGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

dvs*

Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn
Telefon 0228 6845-3842
E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de
www.twitter.com/dvs-land

Der Bezug ist kostenfrei.

PDF-Datei und Bestellung unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

3. überarbeitete Auflage: 10 000, Stand: August 2015

Anmerkungen der Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar. Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

Die Publikation wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Bildquellen Photocase.com: Titel clairette; iStockphoto: Seite 40 René Mansi, Seite 83 heidijpax; fotolia.com: Seite 6 Image Source IS2, Seite 10 Gennadiy Poznyakov, Seite 14 Warren Goldswain, Seite 18 Elenathewise, Seite 22 OSCAR, Seite 26 BeTa-Artworks, Seite 28 sonya etchison, Seite 29 (links) Kzenon, Seite 29 (rechts) Christian Schwier, Seite 33 Fotolia © Ocskay Bence, Seite 36 Kzenon, Seite 37 Fotolia © Monkey Business, Seite 46 Tommy Windecker, Seite 48 olly, Seite 55 Shestakoff, Seite 60 Kzenon, Seite 62 mbt_studio, Seite 66 xalanx, Seite 68-69 LAG Eifel, Seite 70 Gina Sanders/ Kreisverwaltung Cochem-Zell, Seite 71 Andres Rodriguez, Seite 72 Kreisverwaltung Cochem-Zell, Seite 73 Fotolia © Tyler Olson, Seite 74 DorfmDorf.de Projektentwicklungs GmbH, Seite 75 (links) LAP-GmbH Architekten- & Ingenieurbüro, Seite 75 Gitta Tietze (Bild rechts), Seite 76 Jürgen Effner, Seite 77 Monkey Business, Seite 80 (links) Pelz, Seite 80 (rechts) Constantin Pitzen, Seite 81 UVG, Seite 82 (links) Pelz, Seite 84 Yuri Arcurs, Seite 85 Kathrin Neve, Seite 86 – 87 Ricarda Polzin, Seite 88- 89 LPG Landesweite Planungsgesellschaft mbH Seite 90-91 Marek Kowalczyk

Liebe Leserinnen und Leser,

viele Kommunen müssen sich mit einem Rückgang der Bevölkerungszahlen und der Alterung der Bevölkerung infolge des demografischen Wandels auseinandersetzen. Hinzu kommt die Abwanderung, die in den ländlichen Räumen besonders stark wirkt. Mit der veränderten Bevölkerungszusammensetzung gehen ein Rückgang der verfügbaren Haushaltsmittel und oft eine verringerte Inanspruchnahme der vorhandenen Infrastruktur einher.

Die Städte, Gemeinden und Kreise befinden sich in einer Zwickmühle. Sie sollen hochwertige Daseinsvorsorgeeinrichtungen vorhalten, um ihren Einwohnern, Neubürgern und Unternehmen ein attraktives Lebens- und gewerbliches Umfeld zu bieten. Andererseits können sie Wohnbau- und Gewerbeflächen, Schulen oder Abwasserbehandlungsanlagen nicht auslasten und verfügen nicht über die Mittel, die Qualität der Einrichtungen dauerhaft auf hohem Niveau zu halten. Sie können die Spannung zwischen der Erwartung an die Ausstattung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge und zurückgehenden öffentlichen Mitteln zur Erhaltung der Einrichtungen zusehends weniger ausgleichen.

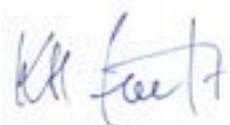
Die Bundesregierung hat im Jahr 2012 eine Strategie vorgelegt, wie Deutschland weiter mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen umgehen kann. Teil dieser Strategie ist ein Gipfelprozess, der dieses Jahr weitergeführt wird. Was die verschiedenen Ressorts im Bund und die Bundesländer dazu anbieten, finden Sie auf den Seiten 26 bis 39.

Für die Zukunft gefragt sind Kooperationen, über die kommunalen Grenzen hinweg, neue Denkansätze und neue politische Instrumente. Zudem sind flexible gesetzliche Rahmenbedingungen und weitere Anreize auf Bundes- und Landesebene nötig, um die Selbstgestaltungskräfte von Gemeinden und Landkreisen zur Entfaltung zu bringen. Es gibt bereits zahlreiche Förderprogramme der EU, von Bund und Ländern, mit denen genau diese neuen Herangehensweisen gefördert werden (siehe Seite 40 bis 45). Auch liegt schon eine Reihe von Instrumenten vor, mit denen die Kommunalpolitik operieren kann, um die Bevölkerung für den demografiefesten Umbau von Infrastruktur und eine demografiefeste Organisation der Infrastruktur zu sensibilisieren (siehe Seite 46 bis 65). Der Bogen reicht von bekannten Instrumenten wie einem innerörtlichen Demografiekataster zu verschiedenen Demografiechecks, Infrastrukturkonzepten und Nachhaltigkeitchecks bis zu neuen Formen der aktivierenden Bürgerbeteiligung.

Die Vielzahl vorgestellter Instrumente und die Fallbeispiele zeigen, dass es keine einfache oder einheitliche Herangehensweise an die Frage gibt, wie sich die Städte, Gemeinden, Kreise und Bürger auf den demografischen Wandel und die Frage einstellen können, wie zukünftig die erforderliche Infrastruktur vorgehalten werden kann. Es gibt keine Standardlösung, aber viele gute Ideen.

Diese Vielfalt deutlich zu machen und Mut zu machen, den demografischen Wandel aktiv anzugehen, ist das Ziel dieser Publikation, die der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG), der Deutsche Landkreistag (DLT), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) bereits 2012 gemeinsam herausgegeben haben. Das Thema ist weiterhin hoch aktuell. Deshalb haben wir uns entschieden, die Publikation vollständig zu aktualisieren und neu aufzulegen.

Eine anregende Lektüre wünschen



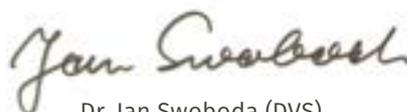
Karl-Heinz Goetz (BLG)



Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (DLT)



Dr. Gerd Landsberg (DStGB)



Dr. Jan Swoboda (DVS)

Demografischer

Und jetzt?

- 7 Was ist der demografische Wandel?
- 11 AOVE: EineRegion wird älter
- 15 Illingen: Mehr Platz für weniger Bürger
- 19 Region hat Zukunft: der Werra-Meißner-Kreis
- 23 Landkreis Vorpommern-Greifswald: Die Zukunft aktiv gestalten!

Politik konkret

- 27 Zentrale Zukunftsaufgabe der Bundesregierung: Den demografischen Wandel aktiv gestalten
- 30 Die Menschen vor Ort unterstützen
- 31 Daseinsvorsorge, Mobilität und innovative Lösungen
- 32 Vernetzt stärker sein und faire Chancen für alle Generationen
- 33 Flächendeckende Versorgung und gute Pflege
- 34 Partner der Regionen: das Demografieportal des Bundes und der Länder
- 35 Auf einen Blick - Infos auf Bundesebene
- 36 Hessen setzt auf Aktivierung und Vernetzung
- 37 Sachsen stellt sich dem Wandel
- 38 Demografiepolitik der Bundesländer online

Förderung

- 41 Ohne Förderung geht es nicht!
- 44 Was bietet der ELER 2014 – 2020?

Wandel

Instrumente

- 47 Klare Sicht bei den Demografie-Instrumenten
- 50 DEMOGRAPHIE KOMMUNAL: zielgerichtete Auswertung kommunaler Daten
- 51 Wegweiser Kommune
- 52 NENA Demografie-Rechner
- 53 Leitfäden
- 54 ESYS Nachhaltigkeitscheck
- 55 Demografiemonitoring
- 56 Zukunftcheck und Zukunftsfonds Ortskernentwicklung
- 57 Kreisentwicklungskonzepte
- 58 Regionalstrategie Daseinsvorsorge
- 59 DemografieCheck
- 60 Changemanagement
- 61 Demografie-Beauftragte
- 63 Ideen vom Küchentisch ...
- 64 Bürgergutachten 2.0
- 65 Bürgerhaushalt

Von anderen lernen

- 67 ... und vor Ort wird es konkret
- 68 Von Bürgern für Bürger – Nahversorgung in der LEADER-Region Eifel
- 70 Hausarztakademie Hersfeld-Rotenburg – Gemeinsam auf der Suche nach jungen Ärzten
- 72 Rette aus Leidenschaft! Das Projekt „Perspektive Feuerwehren“
- 73 Ambient Assisted Living in Arzberg
- 74 „Dorf im Dorf“ in Dobbertin – gesund alt werden auf dem Lande
- 76 Frischer Wind für alte Häuser
- 78 Willkommenskultur für Flüchtlinge
- 79 Innenentwicklung gestalten und neue Formen der Mobilität erproben
- 80 KombiBus stabilisiert ländlichen Busverkehr
- 82 „Balance zwischen zentral und dezentral“: Abwasserreinigung und Trinkwasserversorgung im demografischen Wandel
- 84 Wirtschafts- und Juniorenakademie Pegnitz
- 85 Für mehr Lebensqualität in Lindau
- 86 Ein Dorf, das wächst
- 88 Uckermärker Seenlandschaft – vier Kommunen, ein Ziel
- 90 Multiple Häuser: Suche nach neuen Wegen am Stettiner Haff



Was ist der demografische Wandel?

Von Steffen Maretzke und Claus Schlömer.

„Weniger, älter, bunter“ – so lautet die kurz und bündige Formel des demografischen Wandels. Doch was heißt das eigentlich?

In den meisten Industrieländern, insbesondere in Europa, zeichnen den demografischen Wandel drei charakteristische Veränderungen in der Zusammensetzung und Entwicklung der Bevölkerung aus: Statt zu wachsen, schrumpft die Bevölkerung. Wir werden dank des medizinischen Fortschritts und des Wohlstands immer älter und schließlich werden wir aufgrund langjähriger Zuwanderung von außen immer internationaler. ▶▶

In seinen Grundzügen betrachtet ist der demografische Wandel ein kontinuierlicher, kaum umkehrbarer Prozess. Eingesetzt hat er zwar schon vor Jahrzehnten, doch erst in der jüngeren Vergangenheit gewann er an Dynamik, und er wird in absehbarer Zukunft weiter prägend sein. Gerade in Deutschland ist er besonders weit fortgeschritten.

Zentrale Ursache ist der Rückgang des Geburtenniveaus im Jahrzehnt 1965 bis 1975 unterhalb des Niveaus, das langfristig für eine stabile Bevölkerungszahl nötig ist. Dies wird erreicht, wenn etwa 2,1 Kinder je Frau geboren werden. In den Zeiten des „Babybooms“ der 1950/60er Jahre wurde dieser Schwellenwert teils erheblich übertroffen. Doch nach 1964 setzte ein so scharfes Absinken des Geburtenniveaus ein, dass er ab 1970 unterschritten wurde. Ab 1975 pendelte sich die durchschnittliche Kinderzahl bei etwa 1,4 Kindern je Frau ein und verharrt seitdem mit nur geringen Schwankungen auf diesem Niveau. Die seit dieser Zeit geborenen und entsprechend schwach besetzten Jahrgänge sind mittlerweile selbst ins Alter der Familiengründung gekommen. Seit nunmehr über 30 Jahren ist jede Generation nur rund zwei Drittel so groß wie die ihrer Eltern. Der „Sockel“ der Bevölkerungspyramide ist entsprechend schmal geworden. Mit dieser Grundkonstellation ist nicht nur auf lange Sicht eine kaum umkehrbare Schrumpfung der Bevölkerungszahl verbunden. Sie bewirkt weitaus kurzfristiger auch eine „Alterung von unten“. Der Rückgang der Anteile junger Menschen wird durch eine „Alterung von oben“ begleitet: Zunehmend stellen die (noch) geburtenstarken Jahrgänge die Bevölkerung im höheren Alter. Durch die ungebrochene Zunahme der Lebenserwartung wird die Zahl der älteren Menschen zusätzlich größer, mittelfristig wird aber auch die Zahl der Sterbefälle wachsen und die – bestenfalls stagnierenden – Geburtenzahlen erheblich übersteigen.

Langjährige internationale Wanderungsgewinne haben die Abnahme der Bevölkerungszahl und die Alterung immer wieder kompensieren oder zumindest abmildern können. Sie bewirken aber auch eine fortwährende Veränderung der Zusammensetzung der Bevölkerung durch eine Zunahme des Anteils an Menschen mit Migrationshintergrund (Zuwanderer und deren Nachkommen). Dieser Prozess wird als Internationalisierung bezeichnet und leistet als dritte Komponente des demografischen Wandels seinen Beitrag zu dem Gesamtphänomen.

Vielfältige Ausprägungen

Der demografische Wandel ist damit deutschlandweit eine Rahmenbedingung für etliche Handlungsbereiche in Politik und Gesellschaft. In den Regionen zeigt er sich dagegen in vielfältiger Ausprägung und Intensität, sodass ein buntes Nebeneinander von Kommunen und Teilräumen mit

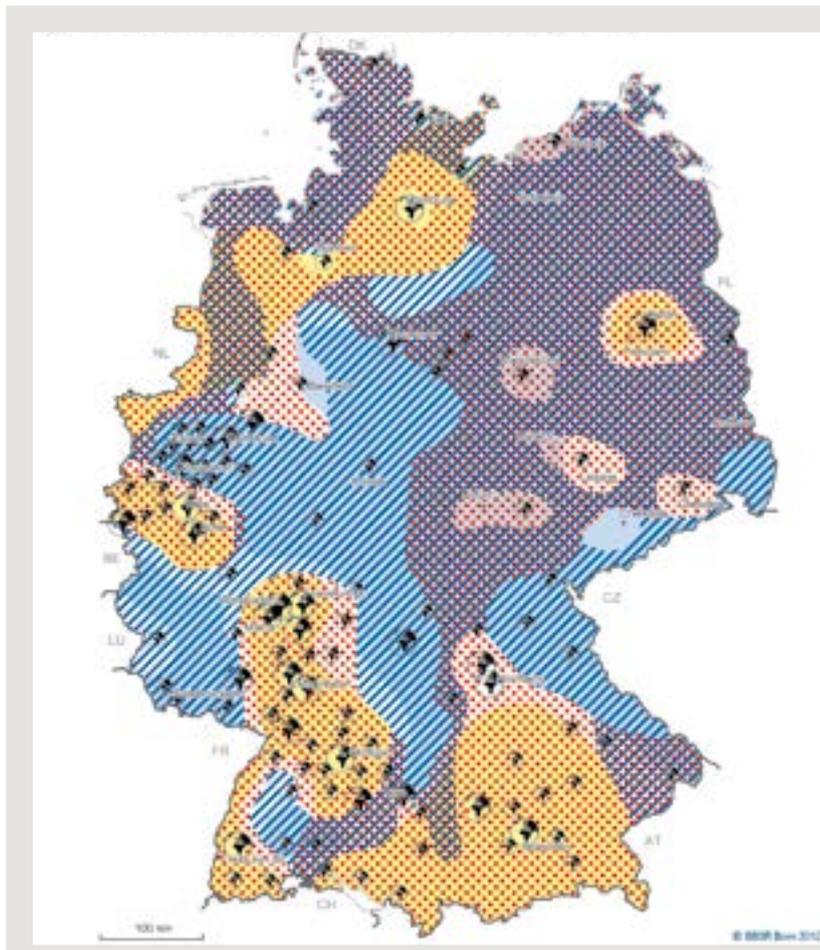
unterschiedlichsten Positionen innerhalb des generellen Wandlungsprozesses existiert. Mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze und schließlich der deutschen Wiedervereinigung wurden die regionalen Gegensätze bezüglich des demografischen Wandels in hohem Maße von einem Ost-West-Gegensatz geprägt. Neben der Abwanderung nach Westen hat vor allem der massive Geburteneinbruch in den neuen Ländern eine enorme Beschleunigung der Prozesse ausgelöst. Zudem haben im Osten neue Formen der Binnenwanderung die kleinräumigen Unterschiede, zumindest vorübergehend, zusätzlich verstärkt. Mittlerweile werden aber auch die westdeutschen Regionen vom demografischen Wandel erfasst. Eine immer größer werdende Zahl von Regionen, Kreisen und Gemeinden verlässt den Wachstumspfad und sieht sich mit rückläufigen Bevölkerungszahlen konfrontiert. Dies stellt gerade dort, wo Planung und Politik jahrzehntelang an Wachstum orientiert waren, für viele Akteure eine neue Erfahrung dar.

Demografischer Wandel zum Anschauen

Generell gilt, dass Alterung und Bevölkerungsrückgang in Ost und West die ländlichen Räume stärker betreffen als die Städte. Dies wird anhand der Karte deutlich, die eine stark generalisierte Synthese zur künftigen Ausprägung der drei Komponenten Bevölkerungsdynamik, Alterung und Internationalisierung zeigt. Die Karte dient somit dazu, zwei Fragen zu beantworten:

1. Wo haben die Komponenten des demografischen Wandels ihre räumlichen Schwerpunkte?
2. In welchen Regionen fallen verschiedene Komponenten des demografischen Wandels zusammen?

Dabei lassen sich auffällige Konstellationen identifizieren, die sich aus der Überlagerung der verschiedenen Teilaspekte ergeben und besonders markante Muster bilden: Zunächst die deutlichen regionalen Unterschiede der Bevölkerungsdynamik; im Süden und Nordwesten sowie in den Randbereichen der Agglomerationen nimmt die Bevölkerung noch zu, während sie im größeren Teil des Bundesgebietes bereits abnimmt. In praktisch allen Teilräumen findet ein Alterungsprozess statt, der unterschiedliche Ursachen hat und eine ebenso unterschiedliche Intensität aufweist. So sind in den meisten wachsenden Regionen weniger die Abnahme der jüngeren Altersgruppen als vielmehr die Zunahme der Zahl der alten Menschen von Bedeutung. In den meisten schrumpfenden Regionen sind dagegen Abnahmen der schulpflichtigen Jahrgänge zu verzeichnen. Wenn gleichzeitig eine starke Zunahme der Hochbetagten stattfindet, sind die altersstrukturellen Verwerfungen doppelt bedeutsam. Genau diese Konstellation gilt für weite Teile des ländlichen Raumes in den neuen Ländern. Hier kumulieren – mit Ausnahme der Internatio-



Ausprägung von Komponenten des demografischen Wandels bis 2030

Großräumige Bevölkerungsdynamik

- deutliche Abnahme
- Stabilität oder Zunahme

Alterung

- starke Abnahme der Schulpflichtigen
- massive Zunahme der Hochbetagten

Internationalisierung

- stark
- sehr stark

Quelle: BBSR-Bevölkerungsprognose 2009 - 2030 | ROP

Die räumliche Vielfalt des demographischen Wandels - eine Synthese

Internationalisierung – die Komponenten des demografischen Wandels in ihren deutlichsten Ausprägungen. Die Zunahme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund findet vorwiegend in den Städten statt, also dort, wo die altersstrukturellen Verschiebungen eine geringere Bedeutung haben. In den alten Ländern betrifft dies im Süden und Westen Deutschlands auch zunehmend kleinere Städte und höher verdichtete Kreise in den Agglomerationsräumen. In den neuen Ländern bleibt eine nennenswerte Zunahme der Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund dagegen auf wenige Großstädte beschränkt.

Von anderen lernen

Was der demografische Wandel für die ländlichen Räume genau bedeutet, dass erfahren Sie auf den nachfolgenden Seiten. Vier Beispiele aus Deutschland – Regionen, Landkreise oder Kommunen – stellen vor, mit welchen Folgen des demografischen Wandels sie vor Ort umgehen müssen. Flankiert werden die Erfahrungsberichte von Infokästen, welche die wesentlichen demografischen Einflussfaktoren nennen und erklären, wie sich das Geburtenniveau, die Altersstruktur oder die Sterblichkeit entwickeln. Geschildert werden auch die Auswirkungen auf die kommunalen

Finanzen und die soziale und technische Infrastruktur. Die Themen Binnenwanderung und Außenwanderung werden ebenfalls beleuchtet.

Mehr Informationen

Dr. Steffen Maretzke und Dr. Claus Schlömer
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
(BBSR)

E-Mail: steffen.maretzke@bbr.bund.de oder
claus.schloemer@bbr.bund.de

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

Die Daten in den Infokästen in den folgenden Artikeln stammen aus der laufenden Raubeobachtung des BBSR oder der zensusbereinigten BBSR-Bevölkerungsprognose 2009 - 2030.



Bayern

Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehrenbach
(AOVE)

Teil des Landkreises Amberg-Weizsach

460 km² Gesamtfläche

9 Gemeinden



34 407 Einwohner im Gebiet

76 Einwohner pro km² im Gebiet,
178 Einwohner pro km² im Bundesland

7,7 Geburten je 1 000 Einwohner im Gebiet,
8,4 Geburten im Bundesland

Wanderungssaldo: 1,1 je 1 000 Einwohner

Durchschnittsalter: 44 Jahre

Bezugsjahr der Daten: 2012



Gewählte Strategie

Zur Abmilderung des demografischen Wandels setzt die Region auf integrierte, interkommunale Zusammenarbeit. Wichtig ist dabei die aktive Vernetzung von Projekten und Zielgruppen.



AOVE: Eine Region wird älter

Von Waltraud Lobenhofer

„Wir stellen uns dem demografischen Wandel“ – nach diesem Motto arbeiten die mittlerweile neun Gemeinden der AOVE-Region in der Oberpfalz (Bayern) zusammen. Gemeinsam entwickeln sie Lösungen zur Bewältigung des demografischen Wandels. Ein gemeinsames Management vernetzt die Kommunen und Projekte miteinander und sorgt für den Erfolg der Kooperation. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Projekte zu Themenfeldern wie Senioren- und Jugendarbeit, Innenentwicklung oder Klimawandel umgesetzt. ►►

Seit 18 Jahren bilden die Kommunen Freihung, Freudenberg, Gebenbach, Hahnbach, Hirschau, Poppenricht, Schnaittenbach und Vilseck die ILE Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach (AOVE). Zurückgehende Einwohnerzahlen, die nicht mehr durch Zuzug aufgehalten werden, ein stark zunehmender Anteil immer älter werdender Menschen, überproportional schnell abnehmende Erwerbstätige, ein sinkender Anteil an Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die abwandern, um Arbeitsplätze zu finden und der Wandel sozialer Strukturen sind die Herausforderungen, denen sich die Region stellen muss.

Viele Projekte führen zum Ziel

Eine Patentlösung gibt es nicht – zu unterschiedlich sind die Veränderungen in den einzelnen Gemeinden ausgeprägt. Ziel der Akteure ist es vielmehr zu versuchen, örtlich angepasste Entwicklungsstrategien zu finden. Und so setzt die Region eine Vielzahl an Projekten in den Bereichen um, die vom demografischen Wandel betroffen sind. Die Vernetzung aller Einzelaktivitäten und die konsequent interkommunale Zusammenarbeit sind dabei entscheidende Erfolgsfaktoren. Gerade die Kooperation über die kommunalen Grenzen hinweg ermöglicht die Umsetzung all jener Projekte, die aufgrund fehlender „kritischer Masse“ sonst nicht möglich wären.

Mehr Angebote für Senioren

„Alt werden zu Hause“ schafft Alternativen zu den Seniorenheimen und Pflegeeinrichtungen. Zielgruppe sind die älter werdende Bevölkerung sowie deren Angehörige. Ermöglicht werden soll im Vorpflegebereich ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden auch im

ländlichen Raum. Im Mittelpunkt steht eine von den Kommunen getragene, trägerunabhängige Koordinationsstelle. Neben kostenlosen Beratungen können Leistungen wie ein wöchentlicher Besuchsdienst, die Vermittlung/Organisation von Dienstleistungen, soziale Beratung und die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen in Anspruch genommen werden. Das Projekt kann auf ein großes Netzwerk regionaler Partner zurückgreifen und ist mit den Wohlfahrtsverbänden abgestimmt. Um die Klienten kümmern sich speziell ausgebildete ehrenamtliche Alltagsbegleiter. Mit der Veranstaltungsreihe „Gemeinsam kochen – Gemeinsam essen“ wird nicht nur der Aufbau sozialer Kontakte gefördert, sondern auch ein bewusster Umgang mit dem Thema „Ernährung im Alter“. Doch

ältere Menschen müssen nicht nur auf ihr leibliches Wohl, sondern auch auf ihre Fitness achten. In Kooperation mit Gesundheitsamt, Volkshochschule und Vereinen werden Bewegungsangebote für Hochbetagte angeboten oder in Kinaesthetics-Kursen Bewegungsabläufe für Aktivitäten



Sterblichkeit Die durchschnittliche Lebenserwartung ist ein zentraler Indikator zur Messung der Sterblichkeit. Anfang der 1990er lag sie im Osten noch deutlich unter der des Westens. Mit dem deutschen Einigungsprozess gleichen sich die Werte stetig an – ein klarer Beleg dafür, dass sich im Osten die Veränderungen im Gesundheitsbereich positiv auf die Lebensqualität ausgewirkt haben. Aktuell (2009/2011) haben Frauen eine Lebenserwartung von 82,7, Männer von 77,7 Jahren. Beide haben in Baden-Württemberg die höchste Lebenserwartung (83,6 bzw. 79,2 Jahre). Bei den Männern finden sich die niedrigsten Werte in Sachsen-Anhalt (75,7) und bei den Frauen im Saarland (81,7). Zuletzt hat sich vor allem das Sterberisiko der Generation 60+ vermindert, unter anderem dank medizinischer Fortschritte und erfolgreicher Prävention. Die Differenz in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen verringert sich seit Jahren kontinuierlich (BBSR 2015).



Geburtenniveau Das Geburtenniveau ist ein zentraler Faktor der demografischen Entwicklung. 2012 lag die zusammengefasste Geburtenziffer je Frau in Deutschland bei 1,38 (Osten: 1,45; Westen: 1,37). Ein Wert von ca. 2,1 wäre erforderlich, um den Ersatz der Elterngeneration zumindest zu sichern. Seit Anfang der 1970er Jahre liegt die Ziffer unter dem Ersatzniveau, woraus langfristig Bevölkerungsrückgang und Alterung resultieren. Bis in die 1960er Jahre galten ländliche Räume noch als geburtenstarke „Quellgebiete“ einer in die Städte abwandernden Bevölkerung. Seitdem verringerten sich die Kinderzahlen spürbar. Auch wenn das Geburtenniveau der ländlichen Räume auch heute noch deutlich über jenem der Großstädte liegt, sichern bundesweit die Geburtenzahlen in keiner Region mehr den Ersatz der Elterngeneration. Vor allem nach 2030 werden sich die Sterbeüberschüsse bundesweit immer mehr ausweiten (BBSR 2015).

i

Altersstruktur Die Altersstruktur spiegelt langfristige Prozesse der Bevölkerungsentwicklung. Der steigende Anteil älterer Menschen resultiert unter anderem aus der kontinuierlichen Steigerung der Lebenserwartung und dem stetigen Rückgang des Geburtenniveaus. Selektive Außen- wie Binnenwanderungen modifizieren den Prozess. 1990 wiesen die westdeutschen Regionen mit 15,3 % den höchsten Anteil über 64-Jähriger auf. In Ostdeutschland waren es nur 13,9 %. Seitdem hat sich der Alterungsprozess bundesweit fortgesetzt, am stärksten in den neuen Ländern. 2011 waren hier bereits 22,5 % der Einwohner älter als 64 (Alte Länder 20,2 %). Während 2011 in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg das Durchschnittsalter der Bevölkerung bereits 48,0 Jahre erreichte, lag es im Emsland nur bei 41,5 Jahren. Bis 2030 (und erst recht danach) wird sich der Alterungsprozess flächendeckend fortsetzen, am stärksten in den neuen Ländern (Durchschnittsalter: Neue Länder 49,3 Jahre; Alte Länder 46,4 Jahre) (BBSR 2015).

des täglichen Lebens trainiert. Wie Wohnraum seniorenrecht umgebaut werden kann, erfahren die Einwohner dank der kostenfreien Wohnanpassungsberatung (www.altwerdenzuhause.de). Außerdem werden in einer barrierefreien Musterwohnung Möglichkeiten der Umgestaltung aufgezeigt (www.projekt-wunian.de).

Kinder und Jugendliche mitnehmen

Im Bereich der kommunalen Jugendarbeit müssen neue Wege gegangen werden. Deswegen wird in der AOVE-Region eine kinder- und jugendfreundliche Zukunftsentwicklung hinsichtlich der Veränderung der Altersgruppen sowie der Zusammenarbeit der Generationen vorangetrieben. Der Schwerpunkt liegt bei eher kurzfristigen und zeitlich begrenzten Projekten, da Jugendliche aus verschiedenen Gründen immer schwieriger zu motivieren sind, sich langfristig zu binden. In enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Jugendpflege des Landkreises, dem Kreisjugendring, den örtlichen Jugendbeauftragten, Verwaltungen und Bürgermeistern sowie der Regionalentwicklung werden gemeinsam Projekte entwickelt und umgesetzt. Beispielsweise wurden Jungbürgerversammlungen organisiert. Zum einen sollten die Jugendlichen ihre Wünsche und Interessen mitteilen und zum anderen die Möglichkeit bekommen, selbst Projekte zu entwickeln und sich aktiv bei der Umsetzung einzubringen. Außerdem wurde ein Ferienprogramm für Jugendliche aufgelegt, da die Auswertung der Sozialraumanalyse des Landkreises einen Mangel an Angeboten ergab. Eine Taschengeldbörse bewirkt, dass Jugendliche heute Senioren bei Arbeiten im Haus oder Garten helfen. Der Vorteil für die Jugendlichen: Sie helfen nicht nur den älteren Mitbürgern und profitieren von deren Erfahrungen, sondern bessern gleichzeitig ihr Taschengeld auf. Schöner Nebeneffekt ist, dass so auch das Verständnis zwischen Jung und Alt verbessert wird. Aufgrund des großen Erfolgs wurde die Taschengeldbörse unter der Trägerschaft des Landkreises auf den gesamten Landkreis ausgeweitet (www.taschengeldboerse-as.de).

Innen vor außen

Neues Bauland auszuweisen ist weder zukunftsweisend, noch nachhaltig im Sinne des Umweltschutzes. Vielmehr geht es zukünftig darum, die Ortszentren zu beleben. Verstärkt müssen die Einwohner wieder in den Bestand ziehen, um die Ortskerne attraktiv und vital zu erhalten. Ein aktives und interkommunal abgestimmtes Flächenmanagement ist hier der entscheidende Baustein. Durch die Zusammenarbeit werden Synergieeffekte genutzt und kontraproduktive Konkurrenzen beseitigt. In einem ersten Schritt wurden die Leerstände – auch zukünftige – in der Fläche erhoben. Die Ergebnisse wurden kartografisch visualisiert. Nach einer Eigentümerbefragung wurde eine Gebäude- und Immobilienbörse aufgelegt (www.aove-leerstandsboerse.de). Gute Beispiele für Umnutzungen werden gesammelt und veröffentlicht. Um auch die politischen Entscheidungsträger zu unterstützen, wurden Handlungsempfehlungen formuliert, denn allen muss die Notwendigkeit klar werden, die innerörtlichen Potenziale zu revitalisieren.

Kein Ende in Sicht

In enger Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach versucht die Region derzeit, das vorhandene Nahverkehrsnetz zu optimieren. Bisherige Erfolge: zwei zusätzliche Haltestellen bei Einkaufsmärkten und die Einführung eines Seniorentickets. Auch das Thema „Erneuerbare Energien“ spielt eine wichtige Rolle. Ziel ist es, die Wertschöpfung in der Region zu halten und abfließende Energiekosten in regionale Wirtschaftskreisläufe einfließen zu lassen. Nur so kann die Kaufkraft vor Ort gebunden werden.

Mehr Informationen

Waltraud Lobenhofer
AOVE GMBH
E-Mail: info@aove.de
www.aove.de



Saarland

Landkreis Neunkirchen

Gemeinde Illingen (Saar)

36,08 km² Gesamtfläche



16 932 Einwohner im Gebiet

480 Einwohner pro km² im Gebiet,
396 Einwohner pro km² im Bundesland

5,25 Geburten je 1 000 Einwohner im Gebiet,
6,9 Geburten im Bundesland

Wanderungssaldo: -3 je 1 000 Einwohner

Durchschnittsalter: 47 Jahre

Bezugsjahr der Daten: 2012/2013



Gewählte Strategie

Aktive Bürgergemeinde, MIT-Komm-
Strategie, Sinn und Sinnlichkeit und die
Verpflichtung füreinander da zu sein





Illingen: Mehr Platz für weniger Bürger

Von Armin König

Der demografische Wandel ist in den Kommunen Westdeutschlands angekommen. Mit „Illingen 2030“ und „MELanIE“, dem Modellvorhaben zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch innerörtliche Entwicklung, stellt sich die Gemeinde im Saarland den Herausforderungen von Überalterung und Schrumpfung. ▶▶

Bloß keine Negativmeldungen verbreiten, die Schrumpfung nicht dramatisieren und mit Babygeld gegensteuern – das waren Ratschläge, die Bürgermeister und Politiker hörten, als sie 2006 das Zukunftsprogramm „Illingen 2030“ auflegten. Doch die Illinger haben sich von solchen Warnungen nicht irritieren lassen. Sie setzten auf das Motto „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“ und betrachteten „Illingen 2030“ als Experiment. Die erste Phase lief unter dem Schlagwort „MIT-Komm-Strategie“: Motivation, Information und Teilhabe mit umfassender Kommunikation. Sie ist mittlerweile abgeschlossen. Illingen war schon in den vergangenen zehn Jahren dadurch gekennzeichnet, dass mehr Menschen starben als geboren wurden und weniger Neubürger in die Gemeinde zogen als Menschen weggingen. Vor allem Abiturienten wandern ab, um außerhalb des Landes zu studieren. Hochqualifizierte junge Erwachsene finden oft Arbeitsplätze in der Nähe ihrer Studienorte oder in Boom-Regionen. Zwar ist beim Wanderungstrend seit zwei Jahren ein Turnaround zu erkennen, aber die Geburtenrate bleibt niedrig. So altert die Bevölkerung kontinuierlich. Beide Entwicklungen führen zu sinkender und sich verändernder Auslastung bestehender (Infra-)Strukturen und stellen damit eine wesentliche Herausforderung für die Kommune dar.

Gemeinsam Zukunft planen, gemeinsam Erfolge feiern

„Illingen 2030“ ist als partizipatives Zukunftsprojekt angelegt. Bürger wurden mithilfe eines Demografieberichts sensibilisiert sich dem demografischen Wandel und damit auch Problemen wie Schrumpfung, Überalterung und Leerstand zu widmen. Die MIT-Komm-Strategie ist gelungen: Mehr als 1 000 Bürger der 17 000-Einwohner-Gemeinde haben sich intensiv beteiligt, entwickelten Ideen und leisteten Quartiersarbeit.

Illingen war Pilotprojekt des saarländischen MELanIE-Förderprogramms (Modellvorhaben zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch innerörtliche Entwicklung), in dessen erster Phase erstmals Wohnungsleerstände systematisch erfasst und gemanagt wurden.

Ein Höhepunkt war die Durchführung der „vor ort ideenwerkstatt“ durch die nonconform architecten, in der über 1 300 Bürger-Ideen zur Revitalisierung einer alten Gewerbebrache gesammelt wurden. Das Projekt ist in der Ausführungsplanung und kann 2015 beginnen.

Mehr Dorf für weniger Menschen

Nachdem Illingen acht Jahre am Modellvorhaben teilgenommen hatte, erwies sich das Leerstandsmanagement als das am schnellsten wirksame Instrument. Die Leerstände konnten zeitweise durch aktives Management der Verwaltung um 70 Prozent reduziert werden, indem Bürger motiviert wurden, alte Immobilien für wenig Geld zu verkaufen oder mit Gemeindegeld abzureißen. Oftmals können öffentliche Infrastrukturen nicht schnell genug an den sinkenden Bedarf bei zurückgehender Bevölkerung angepasst werden. In Illingen stand deshalb von Anfang an fest, dass keine weiteren Neubaugebiete im Außenbereich genehmigt werden, um keine zusätzlichen Infrastrukturkosten zu verursachen. Dafür wird jetzt im Innenbereich nachverdichtet. Das gilt sowohl für den Zentralort, wo auf einer Gewerbebrache ein neues Viertel für über 100 Menschen entstehen soll als auch für den zweitgrößten Ortsteil Uchtelfangen, wo auf einem ungenutzten Dorfplatz ein Miniwohngebiet entstehen soll.

Kooperative Demografiepolitik für Jung und Alt

Ein hoch ambitioniertes Projekt war der Bau eines Kinderhauses, der von Eltern initiiert wurde. Weil der katholische Kindergarten vor der Schließung stand, entwickelten die Eltern in der Zukunftswerkstatt Hüttigweiler die Idee, erstmals ein kombiniertes Projekt von der Krippe über die Kita bis zur Ganztagsbetreuung der Grundschule unter einem Dach unterzubringen. Von der Idee bis zur Realisierung dauerte es zwar vier Jahre, aber am Ende siegte die Kreativität über Bedenkenräger und Ressort-Egoismen.

Auch die Jugend kam zu ihrem Recht. Zehn Jahre lang hatte sie sich vergeblich um ein neues Domizil für ihr veraltetes

i

Bevölkerungsrückgang und Alterung Wesentliche Stellgrößen der Bevölkerungsentwicklung sind Geburtenniveau, Sterblichkeit und Wanderungen. Ein weiterer Faktor ist die Alters- und Geschlechterstruktur der Bevölkerung, die sich regional sehr unterschiedlich entwickelte. Während 2011 in der Region Hamburg 45,2 %

der Frauen 15 bis 44 Jahre alt waren, lag der Anteil in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg nur bei 31,4 %. Weniger Frauen im reproduktiven Alter lassen auch weniger Neugeborene erwarten. Am Beispiel der Regionen mit extremer Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 1990 bis 2012 wird besonders deutlich, wie verschieden die Stellgrößen des demografischen Wandels auf die Bevölkerungsentwicklung wirken. Während sich der Bevölkerungszuwachs der Region Oldenburg (+22,9 %) sowohl aus Geburtenüberschüssen (+2,6 %), vor allem aber aus Binnen- (+9,5 %) und Außenwanderungsgewinnen (+10,9 %) erklärt, resultieren die Verluste der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (-24,3 %) hälftig aus Sterbeüberschüssen (-12,2 %) und Binnenwanderungsverlusten (-14,9 %), bei geringen Außenwanderungsgewinnen (+2,7 %) (BBSR 2015).



Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen

Demografische Prozesse sind eine wichtige Stellgröße kommunaler Finanzen. Während Änderungen der Einwohnerzahl meist unmittelbar Mehr- oder Mindereinnahmen (Steuern, Zuweisungen, Gebühren) bewirken, sind die Effekte altersstruktureller Veränderungen nicht so offensichtlich. Dabei weisen die kommunalen Finanzen deutliche altersstrukturelle Abhängigkeitsmuster auf. Beispielsweise sind die 40- bis 59-Jährigen die Hochverdiener, zahlen also viel Einkommensteuer. Altersstrukturelle Potenzialverschiebungen treffen aber vor allem die Ausgaben-seite. Wenn kommunale Leistungen immer weniger ausgelastet werden, ist eine Anpassung an die sinkende Nachfrage unausweichlich. Auch das kostet Geld. Im Gegensatz zu den Einnahmen passen sich die Ausgaben aber nicht sofort an die veränderte Situation an. Relative Kostensteigerungen je Nutzer sind die Folge (Remanenzkosteneffekt) (BBSR 2015).

onen – und hatte damit den gewünschten Effekt. Hauseigentümer ließen sich motivieren, entweder leer stehende Häuser zu verkaufen, umzubauen oder abzureißen. Und die Verkaufspreise wurden marktgerechter. Die Bewohner des Quartiers solidarisierten sich, sie legten einen Kommunikationsplatz an, ließen sich beraten, wie sie ihre Häuser attraktiver gestalten können und halfen beim Abriss eines langjährigen Leerstands. Drei von vier Leerständen verschwanden schließlich und diese Quartiersarbeit bewies, dass in gravierenden Fällen nur Abriss hilft.

Neben den Projekten im Leerstandsmanagement gab es weitere Gemeinschafts-

Jugendzentrum bemüht. Dann konnte das ehemalige Arbeitsamt in einer Gemeinschaftsaktion von Illinger Jugend, Politik (Ortsrat, Gemeinderat) und Verwaltung zum neuen Jugendzentrum umgebaut werden – mit Landes- und EFRE-Förderung. Die Jugendlichen brachten ihre Kreativität in das Projekt ein, indem sie Wände verputzten, Farben auswählten, die Räume strichen sowie für die technische Ausstattung und Internetzugang sorgten.

initiativen: Die Verwaltung und fast 150 Betriebe schufen mit dem „Illtaler“ eine gemeinsame Regionalwährung, eine Bürgerstiftung wurde aus der Taufe gehoben, die Tafel als Solidarprojekt neu geschaffen – man fühlt sich füreinander verantwortlich.

Neues Leben in alten Gebäuden!

Auch konnten Wunden geheilt werden, die 2007 bei der Schließung von drei Grundschulen in den Orten entstanden waren: In Hirzweiler wurde die ehemalige Schule verkauft und mit LEADER-Förderung in eine Schaukäserei umgebaut, die nun regionale Produkte herstellt. Eingebettet in den stark genutzten Erlebnisweg „Rund ums liebe Vieh“ können Stadtkinder dort das Landleben kennenlernen. Die Volkshochschule wanderte aus dem Zentralort Illingen in eine leer stehende Schule nach Wustweiler und bietet dort lebenslanges Lernen für alle an.

Den Weg konsequent weiter gehen

Die Probleme sind trotz der vielfältigen Initiativen noch nicht gelöst. Gemeindestraßen, Feldwege und Abwasserkanäle werden nicht weniger, wenn die Einwohnerzahl schrumpft. Nachdem in der Nachbarschaft Bäder geschlossen wurden, stieg die Zahl der Frei- und Hallenbadbesucher in Illingen deutlich an und es konnten positive wirtschaftliche und ökologische Effekte erzielt werden. Mithilfe energetischer Sanierung wurde der Verbrauch zwar gesenkt, dennoch sind die Betriebskosten durch höhere Energiepreise gestiegen. Die zweite Phase von „Illingen 2030“ erweist sich als deutlich schwieriger als die erste. Zwar gelingt es, die Bürgerschaft zu aktivieren, Profile zu bilden und interkommunal zu kooperieren. In Zukunft wird jedoch nicht mehr jeder alles machen können. „Illingen 2030“ geht trotz schwierigerer Rahmenbedingungen weiter – denn die erste Phase hat Mut gemacht.

Mutig und kreativ kommunizieren

Spannend war die Reaktivierung eines vom Leerstand besonders betroffenen Straßenzugs. War die Kommunikationsstrategie in der ersten Phase des Projekts „Illingen 2030“ sehr offensiv, erfolgte sie bei diesem Teilprojekt eher behutsam, stets in Abstimmung mit den Beteiligten.

Bei Gebäuden, wo der Abriss sinnvoll ist, war die Kommunikationsabteilung „Angriff“ gefragt: „Platz da!“ wurde das erste saarländische Abrissprogramm getauft. Auf großen Transparenten, die an verfallene Häuser gehängt wurden, hieß es „Mich hat's zuerst erwischt!“ oder „Ich bin als Nächstes dran!“ Dies sorgte für Aufsehen und Diskussi-

Mehr Informationen

Armin König
Bürgermeister der Gemeinde Illingen
E-Mail: buergermeister@illingen.de
www.illingen2030.de



Hessen

Werra-Meißner-Kreis

1 025 km² Gesamtfläche

16 Gemeinden



100 356 Einwohner im Gebiet

98 Einwohner pro km² im Gebiet,

287 Einwohner pro km² im Bundesland

6,5 Geburten je 1 000 Einwohner im Gebiet,

8,5 Geburten im Bundesland

Wanderungssaldo: -1,2 je 1 000 Einwohner

Durchschnittsalter: 47 Jahre

Bezugsjahr der Daten: 2013



Gewählte Strategie

Nachhaltige Entwicklung der Lebensqualität mit den Menschen der Region – Impulse setzen – Innovationsräume nutzen“, das bedeutet Perspektiven für alle Generationen schaffen, wirtschaftliche Weiterentwicklung mit den Ressourcen der Region fördern und die natürliche und kulturelle Vielfalt erhalten.



Region hat Zukunft: der Werra- Meißner-Kreis

Von Sabine Wilke und Michael Glatthaar.

Der Werra-Meißner-Kreis in Nordhessen muss sich mit starkem Bevölkerungsrückgang sowie einer immer älter werdenden Bevölkerung auseinandersetzen. Diese Entwicklungen haben erhebliche Auswirkungen auf die regionale Infrastruktur. ▶▶

Die Werra-Meißner-Region hat ein außergewöhnlich vielfältiges Landschaftsbild, das sich besonders durch seine Mittelgebirgslandschaft, die reizvollen Kalkhöhenzüge und die Seen auszeichnet. Jedoch gehört die Region zu den strukturschwachen ländlichen Gebieten, die vor der Herausforderung stehen, ihre (Infra-) Strukturen dem Wandel anzupassen. Die Einwohnerzahl im Landkreis nimmt seit den 1970er Jahren kontinuierlich ab, von über 120 000 Einwohnern 1970 auf heute 100 356. Eine Ausnahme stellten die Jahre direkt nach der deutschen Wiedervereinigung mit starken Wanderungsgewinnen dar. Prognostiziert wird ein weiterer Rückgang auf etwa 80 000 Einwohner bis 2035.



Technische Infrastruktur Durch Bevölkerungsverluste sind die technischen Infrastrukturen wie Straßen, Kanäle, Stromkabel, Gas-, Wasser- und Abwasserleitungen immer geringer ausgelastet und die Fixkosten verteilen sich auf weniger Verbraucher. Aus der Minderauslastung ergeben sich zudem Zusatzkosten, um die Funktionsfähigkeit der Anlagen zu sichern. Weitere Kosten resultieren aus notwendigen Baumaßnahmen zur Anpassung der Anlagen an die geringere Nachfrage. Gebühren und Preise steigen eher exponentiell. Auch beim Breitband bleiben die potenziell schwachen Regionen auf der Strecke, weil der Ausbau den Unternehmen zu teuer ist. Ländliche Räume sollten künftig stärker kooperativ zusammenarbeiten und ihre begrenzten Potenziale bündeln, beziehungsweise da wo es sinnvoll ist, auch dezentraler ausrichten. (BBSR 2015)

Gleichzeitig nimmt das Durchschnittsalter von heute 47,15 auf voraussichtlich 49 Jahre im Jahr 2020 zu, sodass sich die Anforderungen an die Einrichtungen der Daseinsvorsorge deutlich ändern werden.

Herausforderungen annehmen ...

Bereits im Jahre 2004 setzte sich der Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. mit dem demografischen Wandel konkret auseinander. Im Jahr 2006 wurde vom Kreis die Stabsstelle Demografie eingerichtet und der erste Demografiebericht erstellt, in dem die Kreisverwaltung ihre Aktivitäten in Handlungsfeldern mit Empfehlungen zusammengestellt und so eine gute Entscheidungsgrundlage für die politische Arbeit in den Gremien geschaffen hat. Im Jahr 2009 haben sich Werra-Meißner-Kreis und Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. erfolgreich im Modellvorhaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ beworben.

... und strategisch aufstellen

In einem eineinhalbjährigen Prozess erarbeiteten die Akteure Anpassungsstrategien und Handlungsempfehlungen im Rahmen eines Masterplans Daseinsvorsorge, und zwar in Themenfeldern wie Kindertagesbetreuung, Gesundheitsversorgung, Nahversorgungseinrichtungen, Begegnungsstätten, Schule, Stärkung der Ortskerne und Mobilität. Akteure aus der Verwaltung, der Wirtschafts- und Sozialpartner sowie interessierte Bürger erarbeiteten für alle Themen mit großem Engagement und hoher Kompetenz Handlungsempfehlungen. Die Arbeit wurde durch externe Dienstleister unterstützt, die beispielsweise Szenarien und Modellrechnungen für verschiedene Strategien durchführten und Handlungsempfehlungen auf Grundlage der Diskussionen der Arbeitsgruppen entwickelten. Diese diskutierten sie mit einer breiten Öffentlichkeit. Die Ergebnisse des Masterplans befinden sich jetzt in der Umsetzung. Darüber hinaus wird der Masterplan mit neuen Themen fortgesetzt.

Soziale Infrastruktur mit den Menschen gestalten

Parallel zur Erarbeitung des Masterplans setzten die Akteure insgesamt 25 Projekte in der Region um. So fand beispielsweise der Wettbewerb „Nah dabei“ statt. Hier konnten sich Vereine, Verbände und Kommunen bewerben, die einen Beitrag zu Dienstleistungs- und Nahversorgungsstrukturen im ländlichen Raum liefern und Begegnungsstätten und Kommunikationsräume für alle Generationen entstehen lassen. In dem Wettbewerbsbeitrag musste der Beteiligungsprozess für alle Generationen vor Ort dargelegt werden. Es wurden sechs Projekte unterstützt, die mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement Maßnahmen in diesen Bereichen umsetzten. Ausgezeichnet wurden etwa der Verein „Freunde des Capitols“ in Witzhausen, der das Programm kino zu einer multifunktionalen Kultur- und Kommunikationsstätte für alle Generationen ausbaute sowie der Förderverein Jestädt, der einen zentralen Dorfplatz zu einem Mehrgenerationenplatz mit über 10 000 ehrenamtlich geleisteten Stunden umgestaltete. Ein weiteres Projekt aus dem Modellvorhaben sind die „Witzenhäuser Familienhäuser“. Dort arbeiten 13 Kindertagesstätten zusammen und entwickeln sich zu Familienzentren mit generationsübergreifenden Lernangeboten. Besonders wichtig ist dieses Projekt deshalb, weil Kindertagesstätten in vielen Gemeinden die einzigen noch existierenden, lebendigen Treffpunkte sind. Ihre Bedeutung als Begegnungsstätten und Orte des Miteinanders wächst erheblich. Vor allem für die kleineren Ortschaften spielt das eine große Rolle. Die Vielfalt der Angebote wurde aus den Fähigkeiten und Wünschen aller Interessierten im Umfeld der Kitas heraus entwickelt. Beeindruckend ist, wie viel bürger-

i

Soziale Infrastruktur

Die soziale Infrastruktur (Bildung, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, Kultur, Freizeit, private und öffentliche Dienstleistungen) kennzeichnen zum Teil sehr gegensätzliche Entwicklungen: Während die Versorgungsbedarfe für „jugendrelevante“ Leistungen weniger werden, steigen sie für ältere Menschen nahezu flächendeckend an. Schrumpfungsprozesse erschweren die Auslastung noch weiter, vor allem in den ländlichen Räumen des Ostens. Immer öfter lässt sich die Schließung der „letzten Einrichtung“ nicht vermeiden. Gab es 2010 bundesweit ca. 1,2 Millionen, so werden bis 2050 über 3 Millionen Pflegefälle prognostiziert. Dieser Zuwachs konzentriert sich vor allem auf sehr alte Menschen und die ostdeutschen Räume, denen schon heute viele Pflegekräfte fehlen. (BBSR 2015)

schaftliches und freiwilliges Engagement damit aktiviert werden konnte, denn zahlreiche Aktivitäten können kostenfrei angeboten werden. Vier weitere, erfolgreiche Projekte sind die Läden zur Nahversorgung und Begegnung: der „Marktwert ... leben im Ringgau!“ in Datterode und die „Lädchen für alles“ in Abterode, Gertenbach und der Kernstadt Eschwege. Während in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche, vor allem kleinere Läden von unter 400 m² aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen geschlossen wurden, ist es nun gelungen neue zu eröffnen. Dabei führen neue Akteurskonstellationen und neue Betriebsmodelle, Bewegung bei größeren Einzelhandelsketten und der Umgang mit den Kunden dazu, dass die neuen Läden wirtschaftlich sind. So wurden jeweils unterschiedliche Kombinationen aus Lebensmittelangeboten mit weiteren Dienstleistungen realisiert. Die zusätzlichen, mit den Dorfbewohnern erarbeiteten und abgestimmten Angebote sind ein wesentlicher Grund dafür, dass die Läden auch angenommen wurden. Denn ein Dorfladen kann nur dann wirtschaftlich existieren, wenn die Bevölkerung nicht nur die Butter vor Ort kauft. Diese neuen Läden sind ein Erfolgsmodell im Werra-Meißner-Kreis und haben den Orten eine neue Lebendigkeit verliehen.

Langlebige Strukturen sorgfältig planen

Im Bereich der technischen Infrastrukturen wurde im Rahmen des Modellvorhabens das Projekt ‚Leitungsgebundene Ver- und Entsorgung versus Insellösung‘ durchgeführt. Hier wurde deutlich, dass die Anpassung der technischen Infrastrukturen individuell geprüft werden muss, da die Wirtschaftlichkeit sehr stark von den vorhandenen Systemen mit langen Abschreibungszeiten abhängig ist. Des Weiteren wäre es notwendig, dass die gesetzlichen Grund-

lagen der Umsetzung von dezentralen Anlagen flexibilisiert werden. Oft sind über kombinierte Systeme zentraler und dezentraler Lösungen Kosteneinsparungen möglich.

Alle an einem Strang

Wesentlich beim Demografieprozess im Werra-Meißner-Kreis ist, dass er vom Landrat sowie der Kreisverwaltung und dem Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. gemeinsam getragen und vorangetrieben wird. Der Verein für Regionalentwicklung ist dabei die Schnittstelle für die Einbindung der regionalen Akteure in den Prozess. Diese Doppelverantwortung ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Die Entwicklung und Umsetzung des Demografieprozesses kann nur gelingen, wenn er auch von allen politischen Parteien, Vertretern von Vereinen, Verbänden, regionalen Schlüsselakteuren sowie den Bürgern mitgetragen wird.

Verstetigung

Diesen Weg beschreitet der Verein weiterhin mit den Menschen der Region zur aktiven und lebendigen Gestaltung ihres Lebensraums unter dem Motto „Region hat Zukunft“. So wurden in der Folge ein Masterplan Inklusion, thematische Masterpläne zu den Themen Brandschutz und Rettungswesen und ein themenübergreifendes, integriertes regionales Entwicklungskonzept erarbeitet. Die neusten Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung im Werra-Meißner-Kreis belegen, dass sich der Bevölkerungsrückgang im Kreis deutlich verlangsamt hat und der Kreis im hessenweiten Vergleich nicht mehr auf den letzten Plätzen liegt. Im Vergleich zum Jahr 2008, in dem die Bevölkerung um 1,33 Prozent (1 424 Personen) abgenommen hatte, liegt die Abnahme für 2013 bei etwa 0,55 Prozent (ca. 557 Personen), das wäre mehr als eine Halbierung des prozentualen Bevölkerungsrückgangs.

Mehr Informationen

Sabine Wilke
Verein für Regionalentwicklung
Werra-Meißner e.V.(VfR)
E-Mail: sabine.wilke@vfr-werra-meissner.de
www.vfr-werra-meissner.de
www.werra-meissner-kreis.de/demografie

Michael Glatthaar
proloco, Bremen/Göttingen
E-Mail: glatthaar@proloco-bremen.de



Mecklenburg-Vorpommern

Landkreis Vorpommern-Greifswald

3 929 km² Gesamtfläche

143 Gemeinden



238 185 Einwohner im Gebiet *

61 Einwohner pro km² im Gebiet,

69 Einwohner pro km² im Bundesland *

7,7 Geburten je 1 000 Einwohner im Gebiet,

7,9 Geburten im Bundesland *

Wanderungssaldo: +1 je 1 000 Einwohner *

Durchschnittsalter: 46,1 Jahre **

Datenstand: * 2013, ** 2012



Gewählte Strategie

Doppelte Doppelstrategie:

Anpassen + Gegensteuern,

Nutzung eigener Stärken + Impulse von außen



Landkreis Vorpommern- Greifswald: Die Zukunft aktiv gestalten!

Von Michael Heinz und Enrico Stahlkopf.

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald hat innerhalb der letzten 20 Jahre beinahe ein Fünftel seiner Bevölkerung verloren. Damit einher gehen demografische Veränderungen, die eng mit wirtschaftlichen, politischen und sozialen Peripherisierungsprozessen sowie schwierigen finanz- und entscheidungspolitischen Rahmenbedingungen verknüpft sind. Die vielen kleinen Gemeinden haben nahezu keine Handlungsspielräume mehr, insbesondere bei den freiwilligen Aufgaben. ►►

Vor allem in den wirtschaftsstrukturell schwachen ländlichen Gebieten sind anhaltende Abwanderungen junger Menschen und Geburtenrückgänge, Schrumpfung und Alterung sowie damit verbundene soziale Erosionsprozesse vorherrschend. Von den Ursachen und Konsequenzen, wie zum Beispiel den gravierenden Erreichbarkeitsunterschieden von sozialen Einrichtungen, sind Menschen aller Altersgruppen betroffen. So beträgt etwa die durchschnittliche wöchentliche Wartezeit eines Schülers auf den Schulbus zwei Stunden und zwölf Minuten für die Heimfahrt. Innovative Lösungen für derartige Probleme zu finden, ist daher ein Kernanliegen der Region. Dabei geht es nicht nur um eine bedarfsorientierte Anpassung, sondern um eine nachhaltige selbstbestimmte Entwicklung, die regionale Stärken nutzt und die Lebensqualität der Menschen vor Ort erhält.

Zukunft gestalten: Gegensteuern und Anpassen

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald bewegt sich im Spannungsfeld zwischen bereits notwendiger Anpassung an die erheblichen Wandlungsprozesse und den gleichermaßen notwendigen Anstrengungen zum Gegensteuern. Beide Strategien bedürfen einer breiten Kommunikation mit regionalen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Als Grundlage dieses Kommunikationsprozesses dient das im Rahmen des Bundesmodellvorhabens „Region schafft Zukunft“ entwickelte demografische Handlungskonzept (siehe auch Seite 58). Darin wurden Wissensgrundlagen sowie konkrete

Lösungsansätze entwickelt. Mit der regionalen Entwicklungs- und Stabilisierungsinitiative des Landkreises (RESI) werden diese Ziele auch über das Ende des Modellvorhabens hinaus weiterverfolgt.

Chance demografischer Wandel

Im Vergleich zu anderen Regionen ergeben sich für den Landkreis mehrere Chancen: Erstens wird Vorpommern-Greifswald – und ist es bereits jetzt in Ansätzen – aufgrund des Entwicklungsvorsprungs in Fragen des demografischen Wandels bundesweit und international zum Wissensexporteur von Strategien und Einzelmaßnahmen.

Zweitens ist die Region mit ihrem sehr hohen Landschafts- und Erholungswert als überregionale Zuwanderungsregion für die Zielgruppe 55+ zunehmend interessant. Ein gezielter Ausbau der Gesundheits- und Betreuungsinfrastruktur eröffnet weiteres Zuzugspotenzial. Bereits jetzt verlegen immer mehr aktive Senioren mit Aufbruchs- und Gestaltungswillen ihren Lebensmittelpunkt hierher.

Drittens sind es Kulturschaffende, Freiberufler, Unternehmer, junge Familien mit alternativen Lebensstilen, die als so genannte Raumpioniere bewusst in Regionen mit Gestaltungsmöglichkeiten und niedrigen Immobilienpreisen vorstoßen und dabei mitunter über ihre Alternativökonomien lokale Wirtschaftsimpulse schaffen. Beispielgebend seien die Orte Grüttow (Gemeinde Stolpe), Stolpmühl und Quilow (Gemeinde Groß Polzin) oder Klein Jasedow (Gemeinde Lissan) genannt.

Viertens können schon heute in einigen Gemeinden entlang der deutsch-polnischen Grenze im Suburbanisierungsgebiet Szczecins Zuzüge von polnischen aber auch deutschen Familien festgestellt werden. Diese kommen in die Region, weil sie sich von hochwertigen Bildungsmöglichkeiten wie dem deutsch-polnischen Gymnasium angezogen fühlen. Die wachsende Kinderzahl führte unter anderem dazu, dass in der Gemeinde Löcknitz ein Kindergarten mit deutsch-polnischen Bildungsschwerpunkten aufgebaut wurde. Eine Herausforderung bleibt es, die jungen Menschen auch künftig in der Region zu halten.

Wie antwortet die Region?

Aktives Gegensteuern durch verbesserte Rahmenbedingungen des Lebens, des Arbeitens und des Lernens ist ein komplexer Prozess, der Zeit braucht und externe Unterstützung. Mit der Teilnahme am Bundesmodellprojekt „Lernen vor Ort“ wurde der Grundstein für die systematische Verbesserung der kommunalen Bildungslandschaft gelegt. In einem öffentlichen Diskussionsprozess wurden

i **Außenwanderungen** Für die bundesweite Bevölkerungsentwicklung sind die Außenwanderungen seit Jahrzehnten die einzige Wachstumsquelle. Allerdings sind sie im zeitlichen Verlauf durch starke Schwankungen gekennzeichnet, die sich letztlich auf wandelnde politische und ökonomische Rahmenbedingungen zurückführen lassen. Weiterhin partizipieren die Regionen in sehr unterschiedlichem Maße am internationalen Wanderungsgeschehen. Traditionell sind die Außenwanderungen auf die Großstädte der alten Länder und auf Berlin gerichtet. Neue Zuwanderer knüpfen häufig an bestehende soziale Netze früherer Migranten an. Eine Ausnahme stellen die vor allem in den 1990er Jahren zugewanderten Aussiedler dar, deren Verteilung durch staatliche Lenkung zumindest vorübergehend auch vielen ländlichen Regionen zugutekam. Darüber hinaus haben in den letzten Jahren mit der zunehmenden Durchlässigkeit der innereuropäischen Grenzen auch in einigen grenznahen ländlichen Räumen kleinräumige Wanderungsbeziehungen mit dem Ausland an Bedeutung gewonnen. (BBSR 2015)

i

Binnenwanderungen Binnenwanderungen weisen starke Abhängigkeiten zur strukturellen Stärke oder Schwäche einer Region auf. Im Ergebnis können sie die lokale Bevölkerungsentwicklung zum Teil erheblich beeinflussen, wodurch der demografische Wandel verstärkt oder abgeschwächt wird. Bundesweit sind sie ein Nullsummenspiel. Gewinne einer Region sind die Verluste einer anderen. Ländliche Räume sind häufig durch Abwanderung gekennzeichnet. Lange Jahre sind diese Wanderungsverluste durch vergleichsweise hohe Geburtenraten kompensiert worden. Jedoch werden gerade in den ländlichen Räumen die früheren Geburtenüberschüsse zunehmend durch Sterbeüberschüsse abgelöst. Für Binnenwanderungen sind zudem altersspezifische Besonderheiten charakteristisch. Dies gilt besonders im Stadt-Umland-Kontext, wobei hier die Übergänge zum ländlichen Raum fließend sind. So haben die Großstädte durchweg Gewinne bei den jüngeren Erwachsenen, während sie bei den übrigen Altersgruppen meist an das unmittelbare Umland, zuweilen auch an ländliche Räume Bevölkerung abgeben. Ländliche Räume zeichnen sich häufig durch Wanderungsgewinne bei älteren Menschen aus, deren quantitative Bedeutung jedoch insgesamt gering ist. Von diesen Ruhestandwanderungen profitieren vor allem landschaftlich attraktive Regionen, gerade wenn sie in guter Erreichbarkeit zu den Agglomerationen liegen. (BBSR 2015)

strategische Leitlinien und messbare Ziele einer bildungsorientierten Regionalentwicklung erarbeitet und darüber hinaus neue Kooperationsmodelle von Bildungsakteuren aller Bereiche des lebenslangen Lernens entwickelt, etwa im Bereich der regionalen Berufsorientierung. Ein weiterer Baustein dieser Strategie ist das Projekt UniDorf, das auch nach Abschluss des Bundesmodellprojekts weiter Anwendung findet. Gesucht wird dabei nach neuen Ideen und Lösungsansätzen auf lokaler Ebene. Mit diesem Kooperations- beziehungsweise Wissenstransfermodell zwischen Gemeinden und Hochschulen werden Gestaltungsräume für die Menschen vor Ort geschaffen, die sich aktiv mit ihrem dörflichen Lebensumfeld auseinandersetzen und dabei von Studierenden und Wissenschaftlern der Hochschulen unterstützt werden. Der Mehrwert solcher Projekte liegt in der Beteiligung von Betroffenen, denen eine Stimme gegeben wird und die durch eigene Ideen ihr dörfliches Lebensumfeld mitgestalten.

Beispiel: UniDorf Lissan

Als Kleinstadt, die seit 1990 über ein Viertel der Bevölkerung verloren hat und starken strukturellen Brüchen unterworfen war (unter anderem Schließung des Regionalschulzweiges, Wegfall der Zentralörtlichkeit, Verlust kommunaler Verwaltungsfunktionen), die aber zugleich Zuzugsziel vieler sogenannter kultur kreativer Familien ist, bot Lissan eine sehr interessante Kulisse für ein zweistufiges UniDorf-Projekt. Gemeinsam mit den Bürgern entwickelten die Studierenden zunächst Ideen zur Stärkung der Familienfreundlichkeit der Gemeinde, die im Anschluss von aktiven Bürgern und Gemeindevertretern in Form von Zukunftswerkstätten (zum Beispiel zum Thema Bildung) weiterentwickelt wurden. Darauf aufbauend wurde im Jahr 2013 ein internationales und interdisziplinäres UniDorf mit über 60 jungen Studierenden aus Polen, Rumänien, Bulgarien, Finnland und Deutschland durchgeführt. Unter der Überschrift „Shaping Regions in Transition“ konnten

innovative Handlungsansätze für unterschiedliche Bereiche der Gemeindeentwicklung, wie etwa der Wasser- und Energieversorgung, der Mobilität oder der Tourismusentwicklung, entworfen werden.

Sinnvolle Umnutzung

In der Gemeinde Vogelsang-Warsin in randständiger Lage zwischen Stettiner Haff, Ueckermünder Heide und deutsch-polnischer Grenze ist die Bevölkerungszahl mit heute 368 Einwohnern zwischen 1990 und heute um 35 Prozent gesunken. Der Infrastrukturabbau in der Daseinsvorsorge führte zu einer Unterversorgung. Im Rahmen des LEADER-Programms wurden in mehreren Orten Multiple Häuser (vergleiche Seite 90) eingerichtet, in denen an den verschiedenen Wochentagen unterschiedliche Dienstleistungen angeboten werden. Ein Projekt, das vor allem auf die eingeschränkte Mobilität der alternden Ortsbevölkerung eingeht.

Gestaltungsräume sichern!

Neben den notwendigen Anpassungen an den demografischen Wandel helfen Methoden der lern- und wissensorientierten Regionalentwicklung Ideen und Produkte des Gegensteuerns und des aktiven Gestaltens wert- und angstfrei vorzudenken und zu generieren. Ziel auf Landkreisebene muss es sein, die verschiedenen Einzelansätze zu einem gelungenen Offensiv-Spiel zusammenzuführen.

Mehr Informationen

Enrico Stahlkopf
Landkreis Vorpommern-Greifswald
E-Mail: enrico.stahlkopf@kreis-vg.de
www.kreis-ovp.de



Zentrale Zukunftsaufgabe der Bundesregierung

Den demografischen Wandel aktiv gestalten

Von Marie-Luise Streeck

Der demografische Wandel verändert Deutschland und seine Gesellschaft so tiefgreifend wie kaum eine andere Entwicklung. Erfreulicherweise leben wir länger, sind länger gesund und mobiler als alle Generationen vor uns.

Aber wir werden auch immer weniger, davon sind viele ländliche Räume besonders betroffen. Gesellschaft und Politik sollten diese Entwicklung als Chance begreifen und gestalten. ▶▶

Der demografische Wandel ist als gesellschaftliche und politische Herausforderung kaum zu überschätzen: Er betrifft die meisten westlichen Gesellschaften und Deutschland ganz besonders. Dauerhaft niedrige Geburtenraten und ein immer längeres Leben bieten uns einerseits große Chancen, stellen uns gleichzeitig aber auch vor neue Aufgaben.

In Zukunft werden in unserem Land weniger Menschen leben und sie werden im Schnitt älter sein als heute. Nach den Modellberechnungen des Statistischen Bundesamtes wird Deutschland in 50 Jahren 67 bis 73 Millionen Einwohner haben. Das sind bis zu 13 Millionen weniger als heute. Jeder Dritte wird dann 65 Jahre und älter sein. Diese Entwicklung hat vor allem zwei Ursachen: die anhaltend niedrige Geburtenrate und die kontinuierlich steigende Lebenserwartung der Menschen. Und sie hat Auswirkungen, auf die es Antworten zu finden gilt.

Was will die Bundesregierung erreichen?

Für die Bundesregierung ist die Gestaltung des demografischen Wandels eine der großen Aufgaben in Gegenwart und Zukunft. Ihre Demografiepolitik hat das Ziel, den Bevölkerungswandel so zu gestalten, dass sich der Wohlstand für die Menschen aller Generationen und die Lebensqualität weiter verbessern. Dieses Ziel will die Bundesregierung erreichen, indem Menschen in ihren Lebensläufen gestärkt werden, der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt bewahrt und gefördert sowie nachhaltiges Wachstum mobilisiert und soziale Finanzen gesichert werden. Die Bundesregierung hat am 14. Januar 2015 beschlossen, diesen

Gestaltungsansatz zu vertiefen und ihre Demografiestrategie unter dem Titel „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“ weiterzuentwickeln. Der entsprechende Bericht wird derzeit erarbeitet.

Dabei zeigt die Bundesregierung auf, dass sie insbesondere dazu beitragen will

- das wirtschaftliche Wachstumspotenzial zu stärken, um den erreichten Wohlstand fortzuentwickeln und an künftige Generationen weitergeben zu können,
- den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren und zu fördern – in den Familien, zwischen den Generationen, zwischen Kranken und Gesunden, Menschen mit und ohne Behinderungen sowie zwischen Einheimischen und Zugewanderten,
- die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und eine hohe Lebensqualität in den vom demografischen Wandel sehr unterschiedlich betroffenen Regionen zu befördern,
- durch solide Finanzen die Handlungsfähigkeit des Staates und die Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme dauerhaft zu gewährleisten.

Der Bund setzt auf Dialog ...

Eine erfolgreiche Demografiepolitik setzt die Bereitschaft möglichst vieler Akteure voraus, sich an der Gestaltung des Gemeinwohls zu beteiligen. Deshalb hat die Bundesregierung einen ressort- und ebenenübergreifenden Dialog- und Arbeitsgruppenprozess auf der Grundlage der Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“ vom Frühjahr 2012





eingeleitet. In diesem langfristig angelegten Dialogprozess zur Gestaltung des demografischen Wandels sind alle gesellschaftlichen Kräfte einbezogen – ob aus Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft, Sozialverbänden, Wissenschaft oder Zivilgesellschaft und insbesondere auch die Bürgerinnen und Bürger. Zentrales Forum für den Dialog und die Bündelung der Kräfte sind regelmäßig stattfindende, hochrangig besetzte Demografiekongresse. Beim ersten dieser Kongresse (Demografiegipfel im Herbst 2012) wurden Arbeitsgruppen zu demografierelevanten Themen unter Einbindung aller Gestaltungspartner eingesetzt, um gemeinsam Lösungsansätze zu erarbeiten. Auf dem zweiten Gipfel im Frühjahr 2013 wurden erste Ergebnisse vorgestellt.

... und will umfassend gestalten

Derzeit erarbeiten zehn Arbeitsgruppen Lösungsansätze zu zentralen Themen. Dies sind:

- gute Partnerschaften für starke Familien,
- Jugend gestaltet Zukunft,
- motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten,
- selbstbestimmtes Leben im Alter,
- Allianz für Menschen mit Demenz,
- Regionen im demografischen Wandel stärken – Lebensqualität in Stadt und Land fördern,
- Mobilisierung aller Potenziale zur Sicherung der Fachkräftebasis,
- ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen,
- Bildungsbiografien fördern,
- der öffentliche Dienst als attraktiver und moderner Arbeitgeber.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, die ihre Programme inzwischen auch fortentwickelt haben, werden zum nächsten Strategiekongress Demografie im September 2015 veröffentlicht und vorgestellt. Dasselbe gilt für die wei-

terentwickelte Strategie der Bundesregierung, die diese Ergebnisse mitberücksichtigen wird.

Damit die Auswirkungen des demografischen Wandels auch bei der Gesetzgebung beachtet werden, hat die Bundesregierung einen Demografie-Check eingeführt, dessen Prüffragen die Belange aller Generationen berücksichtigen. Sie sensibilisieren Politik und Verwaltung für die demografierelevanten Auswirkungen ihrer Entscheidungen. Der von Bundesinnenminister De Maizière im September 2014 einberufene Expertenrat Demografie hat die Aufgabe, den Demografie-Prozess wissenschaftlich zu untermauern. Das elfköpfige, interdisziplinär besetzte Gremium trifft sich mehrfach im Jahr, um über die Folgen des demografischen Wandels in ihren verschiedenen Dimensionen zu diskutieren, neue Vorschläge zu unterbreiten und den Prozess konstruktiv zu begleiten. Für den Dialog aller Be-



teiligten ist auch das Demografieportal des Bundes und der Länder wichtig. Die Akteure vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Kreisen können sich mithilfe dieses Portals umfassend zum Thema informieren, mitreden und Erfahrungen austauschen (siehe Seite 34).

Wie einzelne Ressorts der Bundesregierung ländliche Räume im demografischen Wandel unterstützen, erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Mehr Informationen

www.bmi.bund.de >
Gesellschaft und Verfassung > Demografie
www.demografie-portal.de

Dr. Marie-Luise Streeck
Bundesministerium des Innern
Referat „Demografie“
E-Mail: GI3@bmi.bund.de

Die Menschen vor Ort unterstützen

Auf die Akteure in den Dörfern und Regionen setzen das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB).

BMEL. Die Regierungsparteien im 18. Deutschen Bundestag haben einen Schwerpunkt „Ländliche Räume, Demografie und Daseinsvorsorge“ beschlossen. Dazu hat das BMEL ein Bundesprogramm Ländliche Entwicklung mit jeweils 10 Mio. Euro Bundesmitteln in den Jahren 2015 und 2016 aufgelegt. Das Bundesprogramm soll der Förderung und Erprobung innovativer Ansätze in der ländlichen Entwicklung dienen. Module sind Modell- und Demonstrationsvorhaben, Wettbewerbe und Forschungsaktivitäten. Im Fokus der Modell- und Demonstrationsvorhaben stehen Vorhaben und Aktivitäten, die gegenwärtig nicht über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ gefördert werden können. Das erste Modellvorhaben Land(auf)Schwung startete im Dezember 2014. Beim 2014 abgeschlossenen Modellvorhaben Land-Zukunft erwiesen sich die Steuerung über Ziele und die Regionalbudgets als sehr erfolgreich. Diese positiven Erfahrungen macht sich das neue Modellvorhaben Land(auf)Schwung zu Nutze. Es wendet sich in den 13 Flächenländern an je drei Landkreise mit besonderem Förderbedarf in den Bereichen Demografie, wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung und Daseinsvorsorge. Es bietet diesen die Möglichkeit zu speziellen, innovativen Lösungen vor

Ort. Eine unabhängige Jury hat dreizehn Regionen für die Förderphase von Juli 2015 bis Juni 2018 ausgewählt. Der Fokus liegt auf der Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung und Sicherung der Grundversorgung. Gefördert werden Initiativen von Klein- und Kleinstunternehmen und von Netzwerken der Nahversorgung sowie Projekte zur Ortsinnenentwicklung und sozialen Dorfentwicklung, zur Sicherung der Grundversorgung und des bürgerschaftlichen Engagements. Besondere Bedeutung hat das interkommunale und interregionale Zusammenwirken. Das Modellvorhaben soll neue Erkenntnisse für die Politikgestaltung des BMEL im Bereich der Unterstützung strukturschwacher ländlicher Regionen liefern.

Mehr Informationen

www.land-auf-schwung.de
www.land-zukunft.de

BMEL – Referat Entwicklung ländlicher Räume
 E-Mail: 412@bmel.bund.de

BMUB. Wer den demografischen Wandel in ländlichen Räumen gestalten will, kann auf die Ideen und Erfahrungen der Menschen vor Ort nicht verzichten. Deshalb setzt das BMUB in der 2010 gestarteten „Initiative Ländliche Infrastruktur“ auf regionale Stärken, überörtliche Kooperation und Mitwirkung der Bürger: Beim jährlichen Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ werden Akteure ausgezeichnet, die engagiert wichtige Beiträge zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur und zur Sicherung der Lebensqualität in ländlichen Räumen leisten. Mit dem Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ werden Klein- und Mittelstädte in ländlichen Räumen als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge gestärkt. Das Programm richtet sich an Kommunen, die Kooperationen mit Nachbargemeinden eingehen und gemeinsam Lösungen zur Sicherung der örtlichen Infrastruktur und Lebensqualität umsetzen. Nach fünfjähriger Programmlaufzeit werden bundesweit mehr als 400 Maßnahmen und interkommunale Kooperationen gefördert. In Kleinstädten in peripheren Lagen wirken sich Bevölkerungs- und Beschäftigungsrückgang, rückläufige Kaufkraft bei gleichzeitiger Kostensteigerung oder

der Verlust zentralörtlicher Funktionen besonders stark aus. Im Wettbewerb der Kommunen haben diese Städte somit vielfach strukturelle Nachteile. Mit dem neuen Forschungsfeld im experimentellen Wohnungs- und Städtebau „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen“ werden gemeinsam mit ausgesuchten Modellstädten ab Mitte 2015 innovative Handlungsmöglichkeiten und übertragbare Entwicklungsstrategien erarbeitet.

Mehr Informationen

www.bmub.bund.de > Themen > Stadt | Wohnen > Initiativen und Projekte > Initiative Ländliche Infrastruktur
www.staedtebaufoerderung.info
www.menschenunderfolge.de

BMUB – Referat Kleinere Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen
 E-Mail: SWI7@bmub.bund.de

Daseinsvorsorge, Mobilität und innovative Lösungen

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) setzen auf innovative Lösungen für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel.

BMVI. Im Bereich der Daseinsvorsorge unterstützt das BMVI Regionen derzeit mit zwei Modellvorhaben beim Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels. Seit 2011 nehmen bundesweit 21 Regionen am Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge teil. Sie bekommen dabei Hilfestellung bei der Erarbeitung und Umsetzung interkommunal abgestimmter Maßnahmenbündel zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Zusammen mit Akteuren vor Ort analysierten die Regionen die Auswirkungen des demografischen Wandels auf verschiedene Infrastrukturbereiche und entwickelten Lösungsansätze. In vier begleitenden Facharbeitskreisen wurden Optionen zur Flexibilisierung von Standards diskutiert und in Expertisen zu den Themen Bildung, ärztliche Versorgung, Leben im Alter und Mobilität zusammengefasst. Die Modellregionen erproben bis 2015 neue Angebotsformen der Daseinsvorsorge; acht Bundesländer beteiligen sich an Finanzierung und Umsetzung dieser Pilotprojekte. Das 2015 startende Modellvorhaben „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen“ führt regional- und verkehrsplanerische Ansätze strategisch zusammen. Ziel

ist, mittel- bis langfristig Angebote der Daseinsvorsorge und Nahversorgung gemeinde- oder ortsteilübergreifend an möglichst zentralen Standorten zu bündeln und deren Erreichbarkeit durch ein abgestimmtes integriertes Mobilitätskonzept zu sichern. Das Konzept soll herkömmliche Mobilitätsangebote mit flexiblen Angeboten kombinieren, öffentliche und private Akteure einbinden sowie innovative Technologien einsetzen. Bis zu 15 Landkreise oder kreisfreie Städte bekommen bis Ende 2017 Unterstützung, um ihre Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen.

Mehr Informationen

www.regionale-daseinsvorsorge.de
www.bbsr.bund.de

BMVI – Projektgruppe Demografischer Wandel

E-Mail: pg-dw@bmvi.bund.de

BMBF. Beim demografischen Wandel spielen viele Faktoren zusammen, die sowohl den Wandlungsprozess beeinflussen als auch von seinen Auswirkungen betroffen sind. In der Strategie des Bundes (S. 26-29) kommt den Themen Bildung, Forschung und Innovation eine große Bedeutung zu. Das BMBF fördert daher Maßnahmen, die dazu beitragen, kommunalen und regionalen Herausforderungen innovativ zu begegnen. Mit der Fördermaßnahme „Kommunale Beratungsstellen ‚Besser leben im Alter durch Technik‘“ werden Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung von Beratungsmaßnahmen zu technischen Hilfs- und Assistenzsystemen unterstützt. Mit dem anbieterneutralen, individuellen und niedrigschwelligen Angebot für Betroffene, Angehörige und Dienstleister werden kommunale Strukturen gestärkt, die beispielsweise im Verbund mit Wohnraumberatung und Pflegestützpunkten zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels auf lokaler Ebene beitragen. Mit dem Wettbewerb „Innovationen für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel (InnovaKomm)“ unterstützt das BMBF Wissenschafts-Praxis-Kooperationen, die auf der Basis von Innovationen der Mensch-Technik-Interaktion Lösungen entwickeln. Im Zentrum stehen die Bereiche Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Pflege und Teilhabe. Kommunale und regionale Akteure werden aktiv eingebunden, damit

die Ideen passgenau sind. Ergänzend dazu unterstützt der Förderschwerpunkt „Kommunen innovativ“ insbesondere die nachhaltige räumliche Entwicklung von Regionen im demografischen Wandel.

Mehr Informationen

Kommunale Beratungsstellen:
www.mtidw.de/ueberblick-bekanntmachungen/kommunale-beratungsstellen

Innovationen für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel – InnovaKomm:
www.mtidw.de/ueberblick-bekanntmachungen/innovakomm

Kommunen innovativ:
www.bmbf.de/foerderungen/24613.php

Dr. Marc Bovenschulte

Projekträger „Demografischer Wandel; Mensch-Technik-Interaktion“ des BMBF

E-Mail: marc.bovenschulte@vdivde-it.de

Vernetzt stärker sein und faire Chancen für alle Generationen

Aus der Initiative Neue Qualität der Arbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) entstand das Demographie Netzwerk (ddn). Das zentrale demografische Ziel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ist: allen Generationen faire Chancen zu ermöglichen.

BMAS. Der Fachkräftemangel und zunehmend ältere Belegschaften stellen Unternehmen vor vielfältige Herausforderungen. Altersgerechte Arbeitsbedingungen bis zum Renteneintrittsalter, gesundheitliche Maßnahmen zur Prävention und zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit und Arbeitgeberattraktivität werden zu Notwendigkeiten ganz besonders für kleine und mittlere Unternehmen. In dieser Situation brauchen Unternehmen kontinuierliche Austauschmöglichkeiten, Beratung und Begleitung. Das ddn unterstützt heute mehr als 400 Unternehmen, Kommunen sowie weitere Institutionen dabei, sich demografiefest aufzustellen. Im Vordergrund der Aktivitäten steht dabei die kollegiale Beratung, die das vielerorts auch in ländlichen Regionen wie Rhein-Hunsrück oder Schwarzwald-Baar-Heuberg ermöglicht. Das Herzstück des Vereins bilden 12 Facharbeitskreise sowie 19 regionale Netzwerke. Darin arbeiten die Mitglieder des ddn gemeinsam an betrieblichen Fragestellungen und entwickeln Expertise zur Problemlösung. Der Bogen der behandelten Themen spannt sich von Arbeitsgestaltung und Gesundheitsmanagement über Un-

ternehmenskultur und Personalmarketing bis hin zur betrieblichen Altersvorsorge. Das ddn versteht sich nicht nur als Kompetenznetzwerk, sondern zugleich als Wertege- meinschaft. So geht es dem Verein auch darum, einen öffentlichen Bewusstseinswandel zum Thema „Älterwerden in Beschäftigung“ anzustoßen. Das Demographie Netzwerk steht für eine nicht diskriminierende, altersneutrale Personalpolitik, eine ausgewogene Altersstruktur der Belegschaft, eine ganzheitliche Gesundheitsförderung und den Wissenstransfer zwischen den Generationen.

Mehr Informationen

www.demographie-netzwerk.de
E-Mail: info@ddn-netzwerk.de

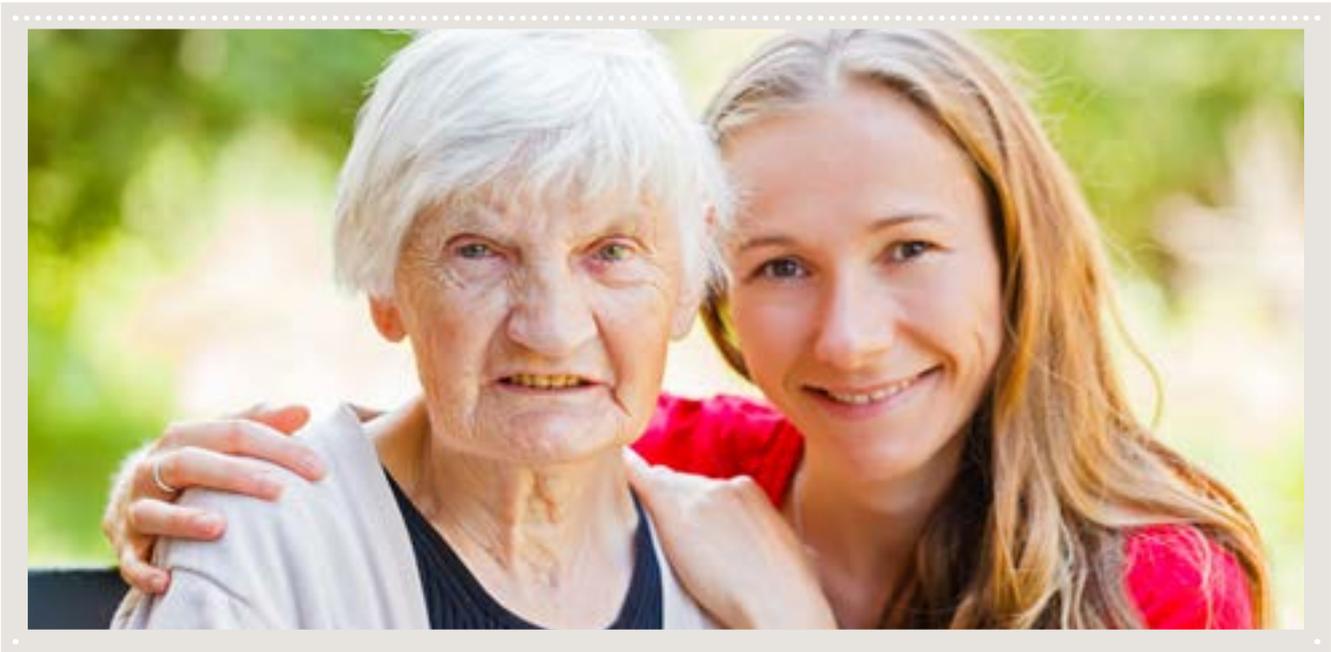
BMFSFJ. Um die Perspektive aller Generationen auch in die Gestaltung des demografischen Wandels einzubringen, nimmt das BMFSFJ in der Demografiestrategie der Bundesregierung eine zentrale Rolle ein (S. 26-29). Das BMFSFJ stärkt mit verschiedenen Initiativen und Maßnahmen die Möglichkeit der Teilhabe – zum Beispiel mit 450 Mehrgenerationenhäusern, in denen mehr als 16 000 Ehrenamtliche dazu beitragen, dass sie sich zu wichtigen Treffpunkten und Begegnungsstätten der Generationen entwickeln. Bis 2017 werden zudem nach und nach bis zu 500 Lokale Allianzen für Demenz in Abstimmung mit den Bundesländern aufgebaut, die zwei Jahre vom BMFSFJ unterstützt werden. In über 300 Kommunen werden außerdem Anlaufstellen für ältere Menschen gefördert, damit ihnen im alltäglichen Umfeld Unterstützung geboten wird. 2014 bereits startete das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderte Modell JUGEND STÄRKEN im Quartier von BMFSFJ und Bauministerium; es legt den Fokus auf die Integration benachteiligter Jugendlicher. Moderne Familien- und Generationenpolitik setzt auf Partnerschaftlichkeit: Das neue ElterngeldPLUS, der weitere Kita-Ausbau und das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit

von Familie, Pflege und Beruf geben den Familien mehr Zeit. Unterstützend wirken weiterhin 670 lokale Bündnisse für Familie mit 29 000 Partnern und mehr als 5 000 Projekten eine bundesweite Initiative, in der sich Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einbringen.

Mehr Informationen

www.mehrgenerationenhaeuser.de
www.jugend-staerken.de
www.allianz-fuer-demenz.de
www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de
www.erfolgskfaktor-familie.de

BMFSFJ – Referat Demografischer Wandel, Internationale Altenpolitik
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de



Flächendeckende Versorgung und gute Pflege

Für das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) steht die gesundheitliche Versorgung in ländlichen Räumen und die Stärkung der Pflege im Fokus.

BMG. Der demografische Wandel hat zunächst eine positive Botschaft: Immer mehr Menschen erreichen bei immer besserer geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit ein hohes Alter. Allerdings steigt gleichzeitig der Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen. Schon heute gibt es regionale Unterschiede und in einigen ländlichen Regionen unbesetzte Arztpraxen. Mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz will die Bundesregierung eine gute und flächendeckende medizinische Versorgung auch in ländlichen Gebieten sichern. Die Anreize für Ärzte, sich in unterversorgten Regionen niederzulassen, werden verstärkt und die Fördermöglichkeiten für eine Niederlassung ausgeweitet. Kommunen werden selbst medizinische Versorgungszentren gründen können und damit aktiv die medizinische Versorgung in ihrer Region mitgestalten. Die Zukunft der Gesundheitsversorgung liegt in einer besseren Vernetzung der Versorgungsangebote. Um hier innovative Projekte zu fördern, wird ein Innovationsfonds mit einem Volumen von 300 Mio. Euro jährlich eingerichtet.

Dem steigenden Bedarf an Pflegeleistungen trägt die Bundesregierung mit dem Pflegestärkungsgesetz I Rechnung, das insbesondere die Pflege zu Hause aber auch in stationären Einrichtungen stärkt. Mit dem Pflegestärkungsgesetz II, das derzeit erarbeitet wird, wird ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt. Außerdem berät der Bund zusammen mit den Ländern und Kommunen neue

Ansätze für eine Zusammenarbeit in der Pflege vor Ort. Im Rahmen der „Allianz für Menschen mit Demenz“ erarbeiten BMG und BMFSFJ gemeinsam neue Wege für die Versorgung von Menschen mit Demenz.

Weitere Modellprogramme, wie etwa das Programm zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger, liefern Erkenntnisse zur Weiterentwicklung der Versorgung. Im Rahmen der Hightech-Strategie 2020 fördert die Bundesregierung zudem die Entwicklung technischer Lösungen zur Entlastung Pflegebedürftiger und pflegender Angehöriger.

Mehr Informationen

www.bmg.bund.de > Themen > Krankenversicherung > GKV-Versorgungsstaerkungsgesetz
www.pflegestaerkungsgesetz.de
www.bmg.bund.de > Themen > Pflege
www.allianz-fuer-demenz.de
www.hightech-strategie.de

BMG, Referat Grundsatzfragen der Gesundheitspolitik, finanzielle gesamtwirtschaftliche und steuerliche Aspekte, Statistik des Gesundheitswesens
 E-Mail: g11@bmg.bund.de

Partner der Regionen: das Demografieportal des Bundes und der Länder

Das Demografieportal ist der Ort, an dem die Handlungsfelder der Demografiestrategie zusammengeführt und um Fakten- und Praxiswissen ergänzt werden.

Von Yvonne Eich und Stephan Kühntopf. Der demografische Wandel betrifft alle, seine erfolgreiche Gestaltung braucht alle: Bund, Länder, Kommunen, Sozialpartner, Verbände, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Bürgerinnen und Bürger. Das Demografieportal des Bundes und der Länder möchte alle Akteure auf einer Plattform zusammenführen, sie umfassend informieren und bei der Gestaltung des demografischen Wandels unterstützen. Es ist ein zentrales Element der Demografiestrategie der Bundesregierung und wird vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) seit Oktober 2012 herausgegeben.

Das Demografieportal stellt grundlegende Fakten und Wissenswertes zum demografischen Wandel vor und informiert über die Demografiepolitik des Bundes und der Länder sowie den ebenenübergreifenden Dialogprozess zur Demografiestrategie. Interessierte können in Online-Dialogen ihre Erfahrungen austauschen und im Blog mitdiskutieren. Um über neue Inhalte informiert zu bleiben, bietet das Demografieportal einen Newsletter sowie RSS-Newsfeeds an.

Unterstützung für Akteure vor Ort

Die Folgen des demografischen Wandels sind in vielen Regionen, Städten und Gemeinden bereits unmittelbar erfahrbar. Wie damit vor Ort umgegangen werden kann, zeigen vielfältige Konzepte, Projekte und Initiativen von Politik, Verwaltung und anderen lokalen Akteuren.

Das Demografieportal bündelt diese wertvollen Handlungsansätze und macht so Wissen und Erfahrungen aus allen Regionen Deutschlands für jeden zugänglich. So vielfältig wie die Themen der kommunalen Praxis gestaltet sich auch das anwendungsorientierte Informationsangebot, das Sie bei der Realisierung Ihrer Projekte unterstützen möchte. Gelungene Praxisbeispiele zum Umgang mit Leerstand im ländlichen Raum werden ebenso vorgestellt wie Handlungshilfen zur Gestaltung zukunftsfähiger Mobilitätsangebote. Soll eine kommunale Seniorenpolitik entwickelt werden? Wie können Jugendliche stärker in kommunale Gestaltungsprozesse einbezogen werden? Auf dem Demografieportal finden sich erste Antworten zu diesen Fragen. Lernen Sie von den Ideen und Erfahrungen anderer und informieren Sie uns über interessante Initiativen aus Ihrer Region, die wir vorstellen können.

Vor welchen Herausforderungen steht Ihre Region?

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland verläuft regional sehr unterschiedlich. Welche Regionen bis 2030 besonders vom demografischen Wandel betroffen sind und wo es regionalen Handlungsbedarf bei der Sicherung der Daseinsvorsorge sowie der Stärkung der Wirtschaftskraft gibt, zeigt eine interaktive Karte auf dem Demografieportal. Für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt informiert ein Dossier über den Handlungsbedarf in neun Handlungsfeldern, zum Beispiel bei der Sicherung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche. Ausgewählte Kennziffern zur demografischen Entwicklung, zu Rahmenbedingungen der Daseinsvorsorge und zur Wirtschaftsstruktur ergänzen das Dossier. (www.demografie-portal.de/Karte)



Regionale Demografieverantwortliche auf einen Blick

Alle Bundesländer haben mittlerweile Ansprechpartner für Fragen zum demografischen Wandel benannt. Immer mehr Kommunen und Landkreise folgen diesem Beispiel. Das Demografieportal informiert über zuständige regionale Ansprechpartner und möchte die überregionale Vernetzung fördern. Falls Sie selbst Ansprechpartner sind, zum Beispiel als Demografiebeauftragte oder Bürgermeister, können Sie sich gerne in die Datenbank eintragen: www.demografie-portal.de/Ansprechpartner

Mehr Informationen

www.demografie-portal.de

BiB – Redaktion Demografieportal

Yvonne Eich und Dr. Stephan Kühntopf

E-Mail: redaktion@demografieportal.bund.de

Auf einen Blick - Infos auf Bundesebene

Ergänzend zu den Aktivitäten des Bundes in der Demografiepolitik finden Sie hier eine Auswahl von Informationsangeboten der Bundesregierung und bundesweit tätiger Institutionen.

Von Stefan Kämper und Stephanie Müller. Das Bundesinnenministerium, das den ressort- und ebenenübergreifenden Dialogprozess zur Gestaltung des demografischen Wandels koordiniert, liefert grundlegende Informationen zur Demografiepolitik des Bundes. Hier hat man unter anderem Zugriff auf die Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“ (www.bmi.bund.de > *Gesellschaft und Verfassung > Demografie*).

Die verschiedenen Bundesministerien stellen im Internet vielfältige Informationen zum Thema zusammen- die entsprechenden Webadressen können den Artikeln auf den Seiten 26 bis 34 entnommen werden. Darüber hinaus bietet das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) Informationen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs (www.bmwi.de > *Themen > Ausbildung & Beruf > Sicherung des Fachkräftebedarfs*). Zusammen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat das BMWi auch eine Fachkräfte-Offensive gestartet: www.fachkraefte-offensive.de. Die Kampagne informiert und mobilisiert Arbeitnehmer und Unternehmen und bündelt Aktivitäten aller Verantwortlichen. Anlässlich des Wissenschaftsjahres 2013 mit dem Thema „Die demografische Chance“ hat das Bundesforschungsministerium eine eigene Seite eingerichtet: www.demografische-chance.de.

Die Chancen und Perspektiven einer älter werdenden Gesellschaft stellt die Bundesregierung auch in den Mittelpunkt des Portals www.erfahrung-ist-zukunft.de.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung veranschaulicht Forschungsergebnisse zu demografischen Trends: www.bib-demografie.de. Im Demografie-Portal (siehe auch Seite 34) des Bundes und der Länder (www.demografie-portal.de) führt das Bundesinstitut Handlungsfelder der Demografiestrategie zusammen und ergänzt diese um Fakten- und Praxiswissen.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung berichtet unter anderem über die demografische Entwicklung und deren Auswirkungen auf Infrastruktur und Daseinsvorsorge: www.bbsr.bund.de > *Themen > Raumentwicklung > Raumentwicklung in Deutschland*.

Das Institut für Ländliche Räume am Johann Heinrich von Thünen-Institut untersucht in verschiedenen Projekten die demografische Entwicklung in ländlichen Räumen und publiziert Forschungsergebnisse: www.vti.bund.de/lr. Zum demografischen Wandel auf regionaler und globaler Ebene

forschen auch das Berlin-Institut (www.berlin-institut.org) sowie das Max-Planck-Institut für demografische Forschung (www.demogr.mpg.de/de/default.htm).



Alle Links finden Sie auch auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet in einem Dossier eine Sammlung von Beiträgen zum Thema: www.bpb.de > *Themen > Politik > Innenpolitik > Demografischer Wandel in Deutschland* und beim Statistischen Bundesamt werden Daten im Bereich Demografie (etwa zu den Ergebnissen des Zensus) veröffentlicht: www.destatis.de.

Bereits 2002 veröffentlichte der Bundestag den Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/088/1408800.pdf>. 2011 hat dann der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“ im Auftrag der Bundesregierung herausgegeben (www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de > *Gutachten und Expertisen > Expertisen*).

Mehr Informationen

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

Hessen setzt auf Aktivierung und Vernetzung

Die Hessische Landesregierung sieht in einem aktiven Miteinander und in vernetztem Handeln Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche Demografie-Politik.

Von Simone Philippi. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft – der demografische Wandel stellt alle Akteure vor besondere Herausforderungen. Die Hessische Landesregierung hat sich frühzeitig mit den Auswirkungen der demografischen Entwicklung in den verschiedenen Politikfeldern auseinandergesetzt. Bereits 2004 wurden mit der Benennung des Chefs der Staatskanzlei zum Demografiebeauftragten der Landesregierung grundlegende Strukturen für ein ressortübergreifendes Handeln gelegt. Eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung der Staatskanzlei bündelt und koordiniert seit 2007 die demografierelevanten Aktivitäten und Maßnahmen der Ressorts. Mit der Einrichtung eines Kabinettsausschusses verstärkt Hessen in dieser Legislaturperiode die Koordination und Weiterentwicklung seiner Demografie-Strategie. Ein regelmäßiger Demografie-Bericht gibt einen Überblick über strategische Leitlinien und Maßnahmen der Landesregierung in den wesentlichen Handlungsfeldern:

- regionale Daseinsvorsorge und Regionalentwicklung,
- Familien und Kinder,
- älter werdende Gesellschaft,
- Arbeitsmarkt.

Differenzierte Antworten

Regionale Unterschiede prägen auch die demografische Entwicklung in Hessen. In vielen ländlichen Teilen Hessens sind Bevölkerungsrückgang und die Alterung der Gesellschaft schon deutlich sichtbar. Das Rhein-Main-Gebiet dagegen ist eine Wachstumsregion, die insbesondere junge Menschen anzieht. Das bedeutet: Auf der einen Seite stehen Themen wie die Sicherung der kommunalen Infrastruktur, der ärztlichen Versorgung oder das Leerstandsmanagement auf dem Programm, auf der anderen Seite Themen wie bezahlbarer Wohnraum, Integration der Zuwanderer und soziale Stadtentwicklung.

Das Land unterstützt die Kommunen und Regionen dabei, aktiv im Austausch mit den regionalen Akteuren eigene Lösungen zu entwickeln, etwa durch die Anregung von kommunalen Demografie-Dialogen (2008 und 2014) oder die Förderung von Regionalstrategien. Auch im Rahmen des Dorfentwicklungsprogramms ist die Erarbeitung eines integrierten kommunalen Entwicklungskonzepts (IKEK) unter Beteiligung der Bürger seit 2012 verpflichtend. Interkommunale Zusammenarbeit, der Aufbau von regionalen Gesundheitsnetzen, die Einrichtung eines regionalen Inte-

grationsmanagements und die Qualifizierung von ehrenamtlichen Engagementlotsen sind weitere Förderangebote des Landes, die helfen, gemeinsame Lösungen vor Ort zu entwickeln.



Gute Vorbilder

Informationen über die zukünftige Entwicklung und Wissen um die Möglichkeiten sind Voraussetzung für zielgerichtetes Handeln. Die Hessische Landesregierung hat mit der Servicestelle Demografie und dem Kompetenznetz „Vitaler Orte 2020“ eine Plattform für den Erfahrungsaustausch und gegenseitiges Lernen eingerichtet. Hier werden eine Gemeindedatenbank mit umfassenden Daten und Indikatoren zum demografischen Wandel, Projektbeispiele, Förderungsmöglichkeiten, Handreichungen und Hilfestellungen für alle Interessierte zur Verfügung gestellt sowie Praxisforen zu verschiedenen Themen veranstaltet.

Nicht zuletzt ist auch die seit 2010 jährlich stattfindende Verleihung des Hessischen Demografie-Preises ein Wettbewerb um die besten Ideen im Land. Dabei zeichnet die Hessische Staatskanzlei beispielgebende Projekte und Initiativen aus, die dem demografischen Wandel nicht tatenlos zusehen, sondern sich mit Kreativität und Ausdauer dafür einsetzen, dass Hessen auch in Zukunft attraktiv und lebenswert bleibt.

Mehr Informationen

Simone Philippi
Hessische Staatskanzlei
E-Mail: simone.philippi@stk.hessen.de
www.stk.hessen.de/Initiativen/Demografie

Sachsen stellt sich dem Wandel

Der Freistaat betreibt bereits seit einigen Jahren eine aktive Demografiepolitik. Zentral ist dabei, Akteure vor Ort mit Informationen zu unterstützen, aber auch mit einem eigenen Förderprogramm.

Von Heike Zettwitz. Jugendliche, die älter als zwölf Jahre sind, können im Landkreis Görlitz in unterschiedliche Berufsfelder Einblicke erhalten. Im Mentoring-Programm „IMPULS REGIO“ begleiten lebens- und berufserfahrene Männer und Frauen als ehrenamtliche Mentoren Jugendliche auf ihrem Weg zur Berufs- oder Studienwahl. Junge Menschen sollen so während der Schulzeit frühzeitig und praktisch erfahren, welche Lebens- und Berufsperspektiven in ihrer Heimat vorhanden sind. Dieses Mentoring-Projekt ist eines von vielen Projekten, die über das Landesprogramm Demografie vor allem im ländlichen Raum unterstützt werden. Seit 2007 gibt es dieses Förderprogramm in Sachsen. Bis heute wurden 120 Projekte mit insgesamt rund 5,6 Millionen Euro unterstützt.



Eigenverantwortung stärken

Der demografische Wandel ist in vielen Regionen Sachsens Realität: Die Bevölkerungszahl sinkt, das Durchschnittsalter steigt und junge Leute zieht es verstärkt in die Großstädte. Die Ursachen und Auswirkungen wurden innerhalb der Landesregierung und bei den Kommunen schon frühzeitig in den 1990er Jahren analysiert und diskutiert. Seit 1999 erstellt das Statistische Landesamt beispielsweise regelmäßig regionale Bevölkerungsprognosen. Diese helfen, kleinräumig die Veränderungsprozesse zu erkennen und nach möglichen Handlungsansätzen zu suchen. Der Ruf nach der Politik, die den demografischen Wandel bewältigen soll, wird schnell laut. Aber reicht das aus? Bin ich nicht selbst auch in der Verantwortung etwas zu unternehmen – zum Beispiel als Vereinsvorsitzender oder Unternehmer oder Bürgermeister einer ländlich geprägten Gemeinde?

Die Botschaft lautet: nicht abwarten bis die Prognosen eintreffen, sondern selbst aktiv werden, damit meine Ge-

meinde oder meine Region lebenswert und wettbewerbsfähig bleiben. Nüchtern analysieren, nachdenken, viele Akteure zusammenholen, miteinander über Zukunft reden, Ziele überlegen und dann handeln – das sind die Bausteine einer erfolgreichen Demografiepolitik. Wie dies gelingen kann, zeigen die guten Beispiele im aktuellen Handbuch „Dem demografischen Wandel mit Ideen begegnen“, welches die Sächsische Staatsregierung 2014 herausgab.

Umfassende Strategie ...

Die Staatsregierung konzentriert sich gegenwärtig auf vier Bereiche innerhalb der Demografiepolitik: Information, Strategieentwicklung, Unterstützung vor Ort und Zusammenarbeit mit strategischen Partnern. Informiert wird über einen Internetauftritt, den Newsletter Demografie und den Demografiemonitor speziell für Gemeinden. Auf dem Feld der Zusammenarbeit bestehen beispielsweise Partnerschaften zwischen Hessen und Sachsen sowie mit den Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die strategische Grundlage bildet das Handlungskonzept Demografie vom April 2010. In der neuen Legislaturperiode soll es aktualisiert und fortgeschrieben werden.

... und konkrete Projekte vor Ort

Mit der Förderrichtlinie Demografie werden aus Landesmitteln ganz unterschiedliche Projekte im Bereich Strategieentwicklung und Kommunikation unterstützt, wie Zukunftswerkstätten oder Projekte des Ehrenamts und des generationenübergreifenden Miteinanders. Der Vorteil des Programms liegt darin, dass die Projektträger mit ihren Ideen und Vorhaben „Vor Ort abgeholt“ werden und den Prozessverlauf somit maßgeblich selbst bestimmen. Die Projekte werden von der Staatskanzlei sorgfältig betreut, so dass eine erfolgreiche Projektumsetzung gewährleistet ist.

Weitere Informationen

Heike Zettwitz
Sächsische Staatskanzlei, Referat Strategische
Planung, Demografie, Demoskopie
E-Mail: demografie@sk.sachsen.de
www.demografie.sachsen.de

Demografiepolitik der Bundesländer online

Bei der Entwicklung eigener Strategien und Projekte lohnt es, sich von guten Beispielen inspirieren zu lassen - das Rad muss schließlich nicht immer wieder neu erfunden werden. Hierfür bieten die Internetangebote der Landesregierungen gute Informationsquellen.

Von Stefan Kämper und Stephanie Müller. Nachfolgend stellen wir Ihnen die Internetangebote der Länder vor. Teilweise gebündelt, teilweise auf den Seiten mehrerer Ressorts spiegeln diese die föderale Vielfalt wider. Demografische Daten zu den einzelnen Bundesländern sind in den jeweiligen Statistischen Landesämtern abrufbar. Darüber hinaus lohnt sich ein Blick in das Demografie-Portal (siehe Seite 34), in dem Aktivitäten und Initiativen auf Bundes- und Länderebene zusammengeführt werden: www.demografie-portal.de.

Baden-Württemberg

Das Baden-Württembergische Landesportal www.baden-wuerttemberg.de und das Sozialministerium www.sm.baden-wuerttemberg.de bieten neben Informationen zur Bevölkerungsentwicklung, Auskünfte zu Themen wie Senioren, Familie, Wohnen, Bildung und Mobilität.

Bayern

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat bündelt unter www.demografie-leitfaden-bayern.de jede Menge Informationen und Tipps rund um den demografischen Wandel in Bayern. Hier ist auch der 2011 erschienene „Aktionsplan demografischer Wandel“ verfügbar. Das Sozialministerium bietet die Publikation „Generationenfreundliche Zukunft“ zu kommunalen Demografiestrategien an www.stmas.bayern.de/generationen/wandel/strategien.htm und das Innenministerium hat Informationen zum Thema Bauen und Demografie zusammengestellt www.stmi.bayern.de/bauen/themen/demographie.

Brandenburg

Die Staatskanzlei Brandenburg bündelt unter www.demografie.brandenburg.de Informationen zur brandenburgischen Demografiepolitik. In der Rubrik „Brandenburg aktiv“ sind Strategien, Maßnahmen und Projekte sowie Demografieberichte für einzelne Politikfelder eingestellt. Zahlreiche weitere Demografieprojekte befinden sich im „Marktplatz der Möglichkeiten“. Zu unterschiedlichen Themen sind unter „Handlungshilfen“ Ratgeber, Leitfäden und Handbücher

abrufbar und weiterführende Informationen zum Thema können den zusammengestellten Links entnommen werden.

Hessen

Bei der Staatskanzlei als zentraler Knotenpunkt der Demografiepolitik in Hessen (siehe Seite 36) sind Informationen zur Bevölkerungsentwicklung, zur politischen Strategie und zu konkreten Handlungsansätzen zu finden: www.stk.hessen.de > *Initiativen* > *Demographie*. Über die Seite www.hessen-agentur.de > *Wirtschafts- und Regionalförderung* > *Servicestelle Demografie* kann auf die Förderdatenbank „Vitale Orte 2020“ und die „Gemeindedatenbank Demografischer Wandel“ zugegriffen werden.

Mecklenburg-Vorpommern

Auf dem Regierungsportal www.demografie-mv.de sind alle wichtigen Informationen zu den Handlungsfeldern der Demografiepolitik Mecklenburg-Vorpommerns sowie zu Projekten und der Bevölkerungsentwicklung zusammengefasst. Die Demografiestrategie des Landes ist hier ebenfalls einsehbar. Interessant ist auch www.mv4you.de. Ziel der Initiative ist es, Fach- und Führungskräfte mit Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zusammenzubringen.

Niedersachsen

Auf den Seiten des Sozialministeriums www.ms.niedersachsen.de > *Themen* > *Senioren/ Generationen* > *Demografischer Wandel* sind Informationen zum Thema und weiterführende Links zu finden. Beim Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz kann der aktuelle Bericht zum Regionalmonitoring nachgelesen werden: www.ml.niedersachsen.de > *Themen* > *Raumordnung & Landesentwicklung* > *Regionalmonitoring*. Das „Handlungskonzept Demografischer Wandel“ aus dem Jahr 2012 steht unter www.niedersachsen.de/download/65785 zur Verfügung.

Nordrhein-Westfalen

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter informiert über die Bevölkerungsentwicklung, das Leben im Alter und Projekte zum „Miteinander der Generationen“:

www.mgepa.nrw.de/alter/demographische_entwicklung.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeitswelt sind Thema beim Arbeitsministerium:

www.arbeit-demografie.nrw.de.

Geboten werden unter anderem eine Good-Practice-Datenbank und Instrumente zum Sofortcheck.

Rheinland-Pfalz

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie bietet unter

www.demografie.rlp.de

Informationen zum demografischen Wandel. Interessant ist hier der Aktionsplan „Gut leben im Alter“ (> Generationen, Vielfalt, Miteinander). Auf

www.starkekommunen-rlp.de

thematisiert das Innenministerium verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Saarland

Das Sozialministerium informiert in einem eigenen Portal zu den saarländischen Aktivitäten:

www.saarland.de/demographie.htm.

Hier ist auch eine ausleihbare „Wanderausstellung Demographischer Wandel“ zu finden. Interessant ist außerdem die Seite

www.demografie-netzwerk-saar.de.

Das Demografie-Netzwerk wurde vom Wirtschaftsministerium gegründet und bietet Unternehmern die Möglichkeit sich über die Sicherung von qualifizierten Arbeitnehmern auszutauschen.

Sachsen

Die Staatskanzlei des Freistaats hat unter

www.demografie.sachsen.de

umfassende Informationen zusammengestellt (siehe Seite 37). Es wird etwa über politische Konzepte, zur sächsischen Förderrichtlinie und zu Projekten informiert und im Demografiemonitor lassen sich Demografiedaten übersichtlich in Karten, Diagrammen und Tabellen visualisieren.

Sachsen-Anhalt

Das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr stellt auf dem Demografieportal Sachsen-Anhalt

www.demografie.sachsen-anhalt.de

die Aktivitäten der Landesregierung vor und veröffentlicht Daten, Konzepte, Studien und Berichte wie das Handlungskonzept „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“. Demografieprojekte des Landes werden sehr übersichtlich auf der Seite

www.demografie-projekte.de

dargestellt.

Schleswig-Holstein

Auf den Seiten der Staatskanzlei kann Grundlegendes zum demografischen Wandel in Schleswig-Holstein abgerufen werden:

www.landesplanung.schleswig-holstein.de >

[Schwerpunkte](#) > [Weitere Themen](#) > [Demographie](#).

Hier befinden sich auch Informationen über das „Netzwerk Daseinsvorsorge“ und es steht ein Werkzeugkasten zur Verfügung, der Kommunen Hilfe bei der Bewältigung des demografischen Wandels leisten kann.

Thüringen

Das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft stellt auf seiner Internetseite Demografieberichte, Daten und Fakten und die Gremienarbeit der Landesregierung zur Gestaltung des demografischen Wandels in Thüringen vor:

www.thueringen.de/th9/tmbvl/landesentwicklung/demografisch.

Außerdem hat die Thüringer Landesregierung gemeinsam mit der Stiftung Schloss Ettersburg die Serviceagentur Demografischer Wandel

www.serviceagentur-demografie.de

gegründet: eine Ideenbörse mit guten Praxisbeispielen zum Umgang mit dem Wandel. Erwähnenswert ist außerdem das Thüringer Netzwerk Demografie

www.demografie-netzwerk.de,

das von der Landesregierung mit ins Leben gerufen wurde.

Mehr Informationen

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

Dort finden Sie unter anderem die Direktlinks dieser Seite und die Links zu den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.



Ohne Förderung geht es nicht!

Von Sebastian Elbe

EFRE, ELER, GAK oder Städtebauförderung – ohne die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union, des Bundes und der Länder können die ländlichen Kommunen Deutschlands ihre Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge nur schwer erfüllen. Wie die Förderinstrumente der verschiedenen Ebenen ineinander übergehen, das zeigt uns der nachfolgende Beitrag. Der Freistaat Sachsen wird hierbei genau unter die Lupe genommen. ▶▶

Die Kommunen der ländlichen Räume sind auf Hilfen der Europäischen Union (EU), des Bundes und der Länder angewiesen. Den bestehenden Förderprogrammen, die aus diesen Quellen gespeist werden, kommt von daher für die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels eine zentrale Bedeutung zu.

Intelligent, nachhaltig, integrativ

Den strategischen Rahmen der aktuellen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 bildet die sogenannte Europa 2020-Strategie. Diese wird auch als Wachstumsstrategie der EU bezeichnet und stellt als Ziel für die kommenden Jahre ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in den Fokus. Gleichzeitig erkennt die Europa 2020-Strategie die demografische Entwicklung als eine Bedrohung für den Wohlstand in Europa an. Um zu verhindern, dass das Wachstumspotential in Europa in Folge des demografischen Wandels weiter sinkt, möchte die EU unter anderem mehr Menschen in Beschäftigung bringen, konkret die Quote der Menschen zwischen 15 und 64 Jahre in Erwerbstätigkeit erhöhen (Europäische Kommission 2014).

ESI-Fonds und Partnerschaftsvereinbarung zur Umsetzung der EU 2020-Strategie

Alle EU-Politiken müssen sich an den Zielen der Europa 2020-Strategie messen lassen. Dies trifft insbesondere

auf die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und damit auf den ESF (Europäischer Sozialfonds), den EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), den EMFF (Europäischer Meeres- und Fischereifonds), den ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds) und den Kohäsionsfonds zu. Um den Beitrag der ESI-Fonds besser fassen zu können, wurde zwischen der EU und jedem Mitgliedsstaat eine sogenannte Partnerschaftsvereinbarung geschlossen. Für Deutschland enthält diese unter anderem Aussagen zur Bekämpfung des in einigen Regionen und Sektoren bereits existierenden Fachkräftemangels wie durch die Erhöhung des Anteils von Frauen und älteren Menschen im Arbeitsmarkt. Neben dem Arbeitsmarkt schlägt der demografische Wandel aber auch in der Fläche zu: Ländliche Räume, gerade im Osten Deutschlands, erfahren starke Abwanderung. Auslöser für die Binnenmigration sind meist fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Abwanderung kann in einer wirtschaftlichen und infrastrukturellen Abwärtsspirale enden.

Die Bundesregierung möchte die ländlichen Gebiete als lebenswerte Räume erhalten (siehe hierzu auch Beiträge Seite 26 bis 34). Deswegen sollen Basisdienstleistungen auch zukünftig garantiert bereitgestellt werden. Die Anpassungen örtlicher Infrastrukturen an die neuen Herausforderungen, eine flächendeckende Breitbandversorgung und die Unterstützung von Gründern sollen den ländlichen Raum für Fachkräfte und Zuwanderung attraktiv machen. Leerstand und Innenentwicklung kann mit Dorferneuerungs-Programmen entgegengewirkt werden. Auch jünge-



Weitere Initiativen in Sachsen

Sachsens Förderrichtlinie Demografie

Die Förderrichtlinie Sachsen existiert seit 2007 und unterstützt seither öffentliche Träger aber auch Vereine, Verbände und Einrichtungen bei der Entwicklung lokaler Konzepte zur Bekämpfung des demografischen Wandels und seiner Folgen. Informationen zur Förderrichtlinie Demografie unter: www.demografie.sachsen.de/21033.htm.

Laut Aussage aus der Staatskanzlei ist der demografische Wandel ein Querschnittsziel der sächsischen Politik. Unterschiedliche Landesministerien führen viele Projekte in Eigenregie durch, wobei der demografische Wandel immer im Auge behalten wird. Einen Überblick über die vielen Projekte aus unterschiedlichsten Bereichen bietet die FÖMISAX, die Fördermitteldatenbank Sachsen

(www.foerderung.sachsen.de). Die Webseite der Staatskanzlei listet außerdem auch eine Vielzahl von Beispielen auf, wie Sachsen darüber hinaus im Bereich demografischer Wandel aktiv ist. Die Beispiele sind aus den unterschiedlichsten Themenbereichen und mal mehr, mal weniger direkt mit dem demografischen Wandel verbunden.

Beispielhafte Aktivitäten im Bereich Familie und Gesellschaft

Über das Ehrenamtsportal soll ehrenamtliches Engagement besser vernetzt werden (www.ehrenamt.sachsen.de). Im Mittelpunkt stehen die Ehrenamts-Card, der Freiwilligendienst sowie die Förderrichtlinie „Wir für Sachsen“ (www.ehrenamt.sachsen.de/11909.html). Letztere stellt

re Menschen sollen vor Ort eine Chance für eine Zukunft haben. Über die LEADER-Förderung können die Bewohner selbst bei der Gestaltung ihrer Region aktiv werden.

Demografiestrategie der Bundesregierung

Die Demografiestrategie der Bundesregierung ist eine weitere wichtige Strategie auf Bundesebene, um beispielsweise Familien künftig stärker zu entlasten und Menschen zur Entscheidung für Kinder zu animieren. Festgestellt wird zudem, dass auf der kommunalen Ebene die Anpassung der Infrastrukturen in einigen Räumen unumgänglich sein wird. Künftig werden Klein- und Mittelstädte bei der Daseinsvorsorge eine noch bedeutendere Rolle spielen. Der Bund will die Städte und Gemeinden bei diesen Herausforderungen unterstützen. Es gilt, die Bevölkerung in den Veränderungsprozess einzubinden und zu motivieren durch Engagement notwendige Anpassungen mitzutragen. Zahlreiche Bundesprogramme und Modellvorhaben unterstützen die Umsetzung der Demografiestrategie.

Die zentrale Rolle nehmen jedoch die Bundesländer ein, da sie für die Umsetzung der Regionalpolitik zuständig sind. Insbesondere die Länderprogramme zur Umsetzung der ESI-Fonds stellen dabei zentrale Instrumente der Förderung dar. Darüber hinaus gibt es aber auch zahlreiche landesspezifische Initiativen, die es lohnt mit in Betracht zu ziehen. Wie auch beim ELER gilt, dass jedes Land andere Schwerpunkte entsprechend seiner Stärken und

Schwächen setzt. Am Beispiel von Sachsen (siehe auch Seite 37) wird im Folgenden gezeigt, welche thematischen Schwerpunkte gesetzt werden können und wie breit die thematische Vielfalt gehen kann. Dabei wird den Lesern ein grober Überblick über die inhaltlichen Schwerpunkte gegeben, der zu weiteren eigenen Recherchen anregen soll. Bei alledem sollte jedoch unbedingt beachtet werden: Zuerst braucht es eine konkrete Projektidee. Erst dann macht eine Auseinandersetzung mit und eine Suche in den ziemlich unüberschaubaren Förderangeboten Sinn. Kurz gefasst: Erst die Idee, dann das Geld und nicht andersrum!

Demografischer Wandel im Operationellen Programm des ESF und des EFRE Sachsens

Querschnittsziel der Maßnahmen des ESF in Sachsen ist die Bekämpfung des demografischen Wandels. Entsprechend wurde darauf geachtet, dass alle ESF-geförderten Vorhaben in Sachsen auch einen Beitrag zur Bekämpfung der Folgen des demografischen Wandels leisten.

Um der steigenden Nachfrage nach Fachkräften, insbesondere im Pflege- und Sozialbereich, gerecht zu werden, sollen beispielsweise gerade auch ältere Arbeitslose angesprochen werden, die einen großen Anteil (40 Prozent) der arbeitslosen Menschen in Sachsen bilden. Die Eingliederung dieser älteren Menschen wird eine Verbesserung der betrieblichen Gesundheitsversorgung erfordern, wo auch ESF-Mittel zum Einsatz kommen. ►►

freiwillig Engagierten auf Antrag eine kleinere Aufwandsentschädigung zur Verfügung.

Beim Projekt genialsozial werden Jugendliche dabei unterstützt, sich für junge Menschen in ärmeren Teilen der Welt einzusetzen. Jugendliche sollen so auch ein Gespür für die eigenen Problemlagen entwickeln und zu Engagement und Verantwortung motiviert werden (www.genialsozial.de).

Mit dem Programm „Alltagsbegleitung für Senioren“ des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz und des Europäischen Sozialfonds werden Ruhestandler gefördert, die Senioren im Alltag bei täglichen Erledigungen begleiten oder mit ihnen Zeit verbringen. Vergleiche www.alltagsbegleitung-sachsen.de in Verbindung mit www.demografie.sachsen.de/20994.htm.

Mit dem Projekt „Joker im Ehrenamt“ würdigt Sachsen ehrenamtliche Helfer, die sich im besonderen Maße engagieren.

Beispielhafte Aktivitäten im Bereich Wirtschaft und Arbeit

Auf der Innovationsplattform futuresax (www.futuresax.de) werden innovative Gründer und Wissenschaftler mit Unternehmen und Investoren zusammengebracht und bekommen strukturelle Unterstützung bei der Realisierung ihrer Ideen. Die Plattform hilft bei der Bekanntmachung der Projekte und unterstützt auch mit individuellem Coaching.

Um Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken, wird schon der Berufseinstieg erleichtert und bei der Berufsausbildung oder Weiterbildung auf mehr Praxisnähe gesetzt. Durch Gründerförderung und die Förderung von Promotionsplätzen sollen künftig auch höher Qualifizierte davon überzeugt werden, Sachsen zu ihrer Arbeits- und Wohnregion zu wählen.

Im Operationellen Programm des EFRE für Sachsen zählt der demografische Wandel ebenfalls zu den zentralen Herausforderungen. Um auf den sich anhebenden Altersschnitt zu reagieren werden etwa Innovatoren gefördert, die sich im Bereich der Gesundheit, Ernährung und Pflege bewegen.

Die Ungleichverteilung der Bevölkerung beziehungsweise die Wanderungsbewegungen stellen eine weitere Herausforderung dar: Im Raum Dresden, Leipzig und Chemnitz kommt es zu einer Bevölkerungsballung von qualifizierten und mobilen Menschen, welche die vorhandenen Strukturen an ihre Grenzen bringen. Andere Regionen hingegen verlieren stetig Menschen dieser Bevölkerungsgruppe. Auch dort werden Anpassungen in der örtlichen Infrastruktur erforderlich, hier allerdings durch zu geringe Auslastung und zu hohe Kosten.

Demografischer Wandel im ELER Sachsen

Gerade der ländliche Raum ist stark vom demografischen Wandel betroffen, weswegen umfassende Anpassungen

der örtlichen Versorgungsinfrastruktur notwendig sind. Da die zurückbleibende Bevölkerung einen hohen Altersschnitt aufweist, muss dafür Sorge getragen werden, dass die Mobilität der verbliebenen Bewohner auch in Zukunft gesichert bleibt.

Um dem Leerstandproblem zu begegnen werden Investitionen in ortsprägende oder denkmalgeschützte Objekte gefördert, damit deren Verfall verhindert wird und der ländliche Raum auch künftig Wohnqualität aufweist. Das Ziel des ELER ist es, der Abwanderung durch eine adäquate Versorgungsinfrastruktur und die Schaffung beziehungsweise Sicherung wohnortnaher Arbeitsplätze vorzubeugen. Hierzu sollen bestehende kleine und mittlere Unternehmen weiterentwickelt und neue geschaffen werden.

Die ländliche Entwicklung und somit auch die Anpassung an den demografischen Wandel wird vollständig über den LEADER-Ansatz umgesetzt, der nahezu flächendeckend in Sachsen angeboten wird. Somit bieten die LEADER-Entwicklungsstrategien die Grundlage für Demografie-Projekte im Rahmen des ELER.

Mehr Informationen

Sebastian Elbe
 SPRINT GbR
 E-Mail: elbe@sprintconsult.de

Was bietet der ELER 2014 – 2020?

Von *Isabell Friess*. In der neuen Förderphase wird der ELER in sechs Prioritäten untergliedert:

1. Wissenstransfer und Innovation;
2. Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit von landwirtschaftlichen Betrieben und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung;
3. Nahrungsmittelkette, Verarbeitung und Vermarktung sowie Tierschutz und Risikomanagement in der Landwirtschaft;
4. Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der Ökosysteme;
5. Förderung der Ressourceneffizienz und der kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft;

6. Förderung der sozialen Eingliederung, der Armutsbekämpfung der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten.

Prioritätsübergreifend sind die drei Querschnittsthemen Innovation, Umwelt und Klimaveränderung, die sich aus der Europa 2020-Strategie ergeben sowie der methodisch geprägte LEADER-Ansatz.

Demografierelevante Maßnahmen

Was heißt das nun für Förderinteressierte? Im ELER gibt es insgesamt 20 Maßnahmen, die den sechs Prioritäten

zugeordnet werden. Demografierelevant im engen Sinn ist Maßnahme 7 „Basisdienstleistung und Dorferneuerung in ländlichen Gebieten“. Hierzu gehören sieben Untermaßnahmen:

1. Ausarbeitung und Aktualisierung von gemeindlichen Entwicklungsplänen sowie von Schutz- und Bewirtschaftungsplänen für Gebiete mit hohem Naturschutzwert;
2. Investitionen in die Schaffung, Verbesserung oder Ausdehnung aller Arten von kleinen Infrastrukturen, einschließlich Erneuerbaren Energien und Energieeinsparungen;
3. Förderung von Breitbandinfrastruktur einschließlich öffentlicher e-Government-Dienste;
4. Investitionen in die Schaffung, Verbesserung oder Ausdehnung lokaler Basisdienstleistungen für die ländliche Bevölkerung, einschließlich Freizeit, Kultur und dazugehörige Infrastruktur;
5. Investitionen zur öffentlichen Verwendung in Freizeitinfrasturktur, Fremdenverkehrsinformation und kleinen touristischen Infrastrukturen;
6. Unterstützung von Studien und Investitionen im Zusammenhang mit der Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung des kulturellen und natürlichen Erbes von Dörfern, ländlicher Landschaften und Gebieten mit hohem Naturwert, einschließlich der dazugehörigen sozioökonomischen Aspekte sowie Maßnahmen zur Förderung des Umweltbewusstseins;
7. Investitionen für die Verlagerung von Tätigkeiten und die Umgestaltung von Gebäuden oder anderer Anlagen innerhalb oder nahe ländlicher Siedlungen zur Verbesserung der Lebensqualität oder der Umweltleistung der Siedlung.

Im weiteren Sinn förderrelevant können auch noch andere Maßnahmen sein wie Maßnahme 1 „Wissenstransfer und Informationsmaßnahmen“. Hier wird unter anderem die „Förderung der Berufsbildung und der Erwerb von Qualifikationen“ gefördert. Zu der Zielgruppe können laut ELER-Verordnung Personen gehören, die in der Land-, Ernährungs- oder Forstwirtschaft tätig sind, ferner Landbewirtschafter und andere Wirtschaftsakteure, bei denen es sich um in ländlichen Gebieten tätige kleine und mittlere Unternehmen handelt.

Ob nun eine Maßnahme demografierelevant ist, hängt von den länderspezifischen Programminhalten ab. Es kommt also darauf an, wie das jeweilige Bundesland seine Förderschwerpunkte setzt. Die erste Frage lautet demnach, ob ein Bundesland die von der EU angebotene Maßnahme überhaupt programmiert und wenn ja, hierfür auch Geld vorgesehen hat. Danach gilt es zu schauen, was und wer überhaupt gefördert wird, denn auch hier ergeben sich in den Länderprogrammen Unterschiede.

Mehr LEADER für die Regionen

Außerdem interessant ist und bleibt LEADER – Maßnahme 19. Die Europäische Union hat LEADER für die neue Förderphase klar gestärkt. Wer Projekte über LEADER beziehungsweise Community Led Local Development umsetzt, der bekommt eine höhere Förderquote – das sollte, gerade in Hinblick auf immer knapper werdende finanzielle Mittel, Anreiz genug sein. Integrierte Ansätze zu forcieren ist eine gute Entscheidung, gerade für den demografischen Wandel. Der Umgang mit den Herausforderungen kann nur funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen. Und alle sind in diesem Fall regionale Akteure, kommunale Entscheidungsträger und die Bevölkerung. LEADER gibt die Freiheit, auch Projekte umzusetzen, die thematisch nicht im ELER programmiert sind. Entscheidend ist viel mehr, dass die Projekte in die regionale Strategie passen, sie über ein Projektauswahlverfahren ausgewählt wurden und nicht zu den Pflichtaufgaben der Gemeinden zählen wie die Abwasserentsorgung oder die Müllabfuhr. Und genau diese regionale Strategie hat in der neuen Förderphase einen wesentlich höheren Stellenwert. Bei der Projektauswahl sind die Lokalen Aktionsgruppen lediglich an ihre eigenen Strategien gebunden – dadurch ergeben sich für die lokalen Akteure viele Pflichten, aber auch Möglichkeiten, an die regionalen Herausforderungen angepasste Projekte umzusetzen. Projekte, die nicht in die Inhalte der vorhandenen Fördermaßnahmen passen, sondern zu regionalen Bedürfnissen.

Mehr Informationen

Isabell Friess
DVS Ländliche Räume
E-Mail: Isabell.friess@ble.de



Klare Sicht bei den Demografie-Instrumenten

Von Isabell Friess

Der demografische Wandel tritt ein und lässt sich nicht aufhalten – weder im Osten noch im Westen Deutschlands. Doch wie können die Akteure mit den Herausforderungen umgehen? Wie erkennen, wo die Entwicklung hingeht, was die drängendsten Probleme sind und wie die passenden Lösungen finden? Eine Vielzahl von Instrumenten bieten den Akteuren Unterstützung und helfen dabei, Antworten auf diese Fragen zu finden. ▶▶

Blinder Aktivismus reicht nicht, um der Entwicklung gerecht zu werden und passende (Gegen-) Maßnahmen zu ergreifen. Für den Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels bedarf es einer realistischen Einschätzung des Ist-Zustandes und der zukünftigen Entwicklung und einer angepassten Strategie. Hilfestellung geben hierbei verschiedene Instrumente, die von der reinen Datenanalyse



bis hin zur Umsetzungsbegleitung reichen. Die Frage, die sich Vertreter der Kommunen, Landkreise und Regionen stellen müssen ist, was sie eigentlich erreichen wollen. Welches Ergebnis soll zum Schluss stehen? Den Blick dafür zu schärfen, wie die verschiedenen Instrumente bewertet werden können und einen Überblick über die Bandbreite zu geben, das wollen wir mit dieser Rubrik erreichen. Natürlich können nicht alle Instrumente vorgestellt werden, zu groß ist die Anzahl. Es gibt zahlreiche Leitfäden, Demografiechecks und verschiedene Möglichkeiten, die Daten nicht nur einzugeben, sondern auch Prognosen zu erstellen. Die Unterschiede aufzuzeigen, und so bei der Entscheidungsfindung zu helfen, ist das Ziel dieser Übersicht.

Fünf Kategorien erleichtern den Überblick

Für einen ersten Eindruck, können die vorgestellten Werkzeuge nach fünf Kategorien unterteilt werden. Ganz am Anfang steht die Frage, ob die Instrumente demografierelevante Daten aufbereiten. Einen Schritt weiter gehen die Instrumente, wenn sie auch für die Analyse der Ergebnisse eingesetzt werden können – also Werkzeuge, mit denen die Akteure Antworten auf die Fragen „Wie sieht es bei uns aus?“ und „Wo geht die Entwicklung bei uns hin?“ erhalten. Bei der dritten Kategorie dreht sich alles um die Beteiligung: „Wird beim Einsatz des Instruments die Bevölkerung beteiligt oder sitzen erst mal nur die Vertreter der Verwaltungen mit im Boot?“. Bei den letzten beiden Kategorien wird es immer konkreter. Auf der einen Seite schauen wir danach, ob tatsächliche Änderungen angestoßen und Projekte entwickelt werden. Auf der anderen Seite stellt

sich die Frage, ob ein kontinuierlicher Änderungsprozess in Gang gesetzt und konstant begleitet wird; das Thema Demografie ist hier nicht nur eine kurze Episode, sondern spielt langfristig eine wichtige Rolle.

Mehr Infos im Netz

Die Übersicht soll dabei helfen, das richtige Instrument zu finden. Bei den nachfolgenden Beschreibungen kommen dementsprechend vor allem die tatsächlichen Anwender zu Wort. Im Internet finden Sie darüber hinaus noch einen detaillierten Vergleich aller, hier vorgestellten Instrumente. Dort erfahren Sie dann beispielsweise, wie viel Aufwand – finanzieller, personeller und zeitlicher – hinter jedem Werkzeug steckt. Welchen Hauptzweck jedes hat, welche Daten benötigt werden, ob es Grenzen bezüglich einer Mindest- bzw. maximalen Einwohnerzahl gibt oder worin die Stärken, aber auch die Schwächen liegen.

Das passende Instrument finden

Die nachfolgenden Instrumente bieten oft keine völlig neuen Methoden oder Herangehensweisen, meistens sind einzelne Bausteine schon aus anderen Zusammenhängen bekannt. Die Akteure der Kommunen, Landkreise und Regionen müssen sich bei der Entscheidung drei Fragen stellen:

1. Will ich das Thema demografischer Wandel angehen?
2. Welches Instrument passt zu den Zielen?
3. Welches Instrument kann, aber will ich mir auch leisten?

Die Auswahl ist groß. Von der realistischen Einschätzung der Entwicklung, über eine Entscheidungsgrundlage für die Verwaltung bis hin zur ganzheitlichen Herangehensweise mit einer echten Anpassung an den demografischen Wandel. Klar ist auf jeden Fall mit der Vogel-Strauß-Strategie wird sich die Entwicklung nicht aufhalten lassen. Mut zur Veränderung brauchen die Akteure der ländlichen Räume und die Instrumente können dabei unterstützen, die ersten Schritte zu gehen.

Mehr Informationen

Isabell Friess
 DVS Ländliche Räume
 E-Mail: isabell.friess@ble.de

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

Übersicht: Instrumente zum Umgang mit dem demografischen Wandel

■ Kategorie wird erfüllt
▣ Kategorie wird teilweise erfüllt

	Datenaufbereitung	Datenanalyse	Beteiligung	Entwicklung Projekte	Umsetzungsbegleitung
Auswertung statistischer Daten	■	■	▣	▣	▣
www.wegweiser-kommune.de	■	■	▣	▣	▣
NENA Demografie-Rechner	■	■	▣	▣	▣
Leitfäden	■	■	▣	▣	▣
Nachhaltigkeitscheck ESYS	■	■	▣	▣	▣
Demografie-Monitoring	■	■	▣	▣	▣
Zukunftskheck und Zukunftsfonds Ortskern-Entwicklung	■	■	▣	■	▣
Konzepte	■	■	▣	▣	▣
Regionalstrategie Daseinsvorsorge	■	■	■	■	■
DemografieCheck	■	■	■	■	■
Change Management	■	■	■	■	■
Demografie-Beauftragter	■	■	▣	▣	■
Participatory Rapid Appraisal	▣	▣	■	▣	▣
Bürgergutachten	■	■	■	▣	▣
Bürgerhaushalt	■	■	■	▣	▣

DEMOGRAPHIE KOMMUNAL: zielgerichtete Auswertung kommunaler Daten

Denken – Verstehen – Handeln: Wie Kommunen wertvolle Informationen über die Bevölkerungszusammensetzung erhalten und nutzen können.

Von Markus Schöfer. Häufig werden mit dem Begriff „Demografischer Wandel“ vor allem schrumpfende Einwohnerzahlen in Verbindung gebracht, jedoch verbergen sich hinter diesem Terminus eine Vielzahl an Prozessen, die einen stetigen Einfluss auf die Zusammensetzung der Bevölkerung einer Kommune haben. Eine Auswahl der wichtigsten dieser Vorgänge kann für die kommunalen Vertreter transparent und leicht verständlich aufbereitet werden, um optimale Entscheidungsgrundlagen für zukünftige Maßnahmen zu schaffen.

Als verlässlicher Grundstock an Informationen kann hierfür das kommunale Einwohnermeldewesen dienen. Die im Verzeichnis gespeicherten Daten über die gemeldeten Bürger der Gemeinde ermöglichen, unter Wahrung aller datenschutzrechtlicher Belange, nicht nur herkömmliche Auswertungen wie die klassische Alterspyramide, sondern lassen ebenfalls individuelle Betrachtungen zu. Beispielsweise hilft die Kenntnis über die räumliche Konzentration von Familien mit jungem Nachwuchs bei der Bestimmung des Einzugsgebietes einer Einrichtung für die Kinderbetreuung. Darüber hinaus erlaubt die Betrachtung des Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund einen Einblick in die vorherrschende kulturelle Vielfalt und hilft das integrative Angebot noch besser auf die Bedürfnisse vor Ort anzupassen.

Den Wandel nachvollziehen

Die Veränderungen, die mit dem demografischen Wandel einhergehen, werden fortlaufend im Datenfundus des Einwohnermeldeamtes dokumentiert. Diese Veränderungen spiegeln sich in Bevölkerungsbewegungen wie Zu- und Abwanderungen aus einer Gemeinde, Umzüge innerhalb der Kommune aber auch in den Geburtenzahlen und Sterbefällen wider. Diese sogenannten „Motoren der Einwohnerentwicklung“ helfen, nach einer entsprechend fachkundigen Auswertung, günstige und ungünstige Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Einwohner zu identifizieren und gegebenenfalls maßgeschneiderte Verbesserungen einzuleiten. Beispielsweise verrät das Einwohnermeldewesen bereits, welche Ortsteile von jungen Zuzüglern bevorzugt werden oder welche (Wohn-)Quartiere besonders an Personen im Rentenalter verlieren. Gleichwohl verdeutlicht eine Analyse der Zielgebiete von Wegzüglern, welche Orte für die eigene Bevölkerung als neue Wohnstandorte

besonders attraktiv sind. Aufbauend auf den Ergebnissen der Analyse kann der Frage nachgegangen werden, was die Menschen zu einer Standortverlagerung bewogen hat.

Wer kommt und wer geht warum?

Entsprechende Fragen über die Beweggründe der Bürger für einen Zu- oder Wegzug sind berechtigt und erfordern eine Beantwortung, da mittels der erfahrenen Gründe die jeweiligen kommunalen Strategien im Umgang mit dem demografischen Wandel eine Optimierung erfahren können. Eine sogenannte „Wanderungsmotivforschung“, die zum Teil auch auf Ergebnissen von Befragungen basiert, ermöglicht es einerseits Kenntnislücken über die Beweggründe der Zu- und Wegzügler zu füllen. Andererseits kann dank einer Differenzierung nach Lebensstiltypen erfahren werden, welche Personengruppen mit einer jeweiligen Lebenseinstellung (z. B. traditionelle Gemüter, Aufstiegsorientierte, prekäre Milieus) den Wanderaustausch wie prägen. Aufbauend auf diese wertvollen Erkenntnisse besteht die Option, Einflussmöglichkeiten auf das Wandergeschehen gezielt wahrzunehmen und so die Bevölkerungsstruktur der Kommune für die Zukunft nachhaltig positiv zu prägen.

Erstmals wurde eine intensive Auswertung von kommunalen Daten im Rahmen von DEMOGRAPHIE KOMMUNAL in Günzburg durchgeführt (siehe „Chance!“, 1. Auflage). Mittlerweile wurden nach diesem Vorbild die Daten von etwa 50 Kommunen unter die Lupe genommen.

Mehr Informationen

DEMOGRAPHIE KOMMUNAL GbR
Markus Schöfer
E-Mail: markus.schoefer@demographie-kommunal.de
www.demographie-kommunal.de

Wegweiser Kommune

Ein Informations- und Frühwarnsystem für Kommunen, um kleinräumige Bevölkerungsprognosen zu erstellen.

Von Isabell Friess. Der Wegweiser Kommune ist eine web-gestützte Informationsplattform der Bertelsmann Stiftung. Er richtet sich an Städte und Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern. Dies sind insgesamt 2 953 Städte und Gemeinden und 295 Landkreise (Stichtag 30.06.2013), in denen mehr als 86 Prozent der Bevölkerung Deutschlands leben. Als Untersuchungseinheit wurden nur rechtlich eigenständige Kommunen berücksichtigt.

Für jeden frei zugänglich

Die Website ist im Februar 2006 online gegangen und richtet sich an kommunale Entscheider in der Politik und im Management sowie an interessierte kommunale Akteure. Flächendeckend werden unter www.wegweiser-kommune.de Daten, konkrete Handlungskonzepte und Bevölkerungsprognosen für die Gemeindeebene bereitgestellt. Ziel ist es, die Transparenz über die Entwicklungen für diese Ebene zu erhöhen, da hier der demografische Wandel und seine Folgen auch tatsächlich gestaltet werden müssen.

Die Daten ...

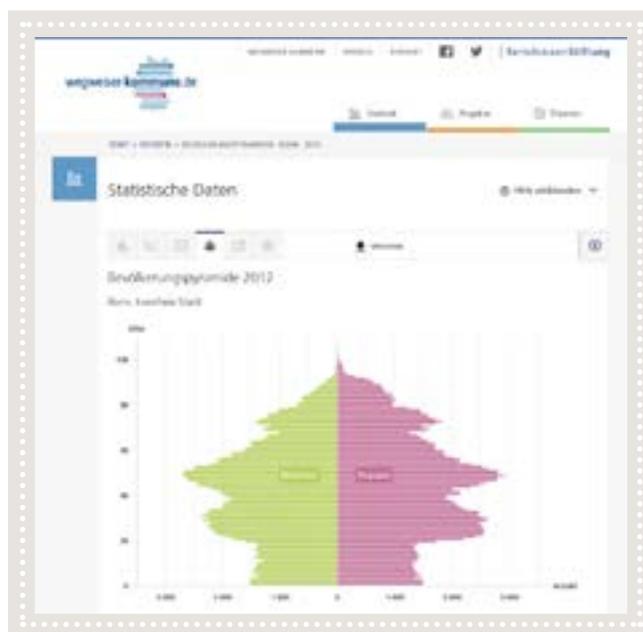
Im Wegweiser Kommune werden derzeit Datensätze für die Jahre 2003 bis 2012 angeboten. Ein Großteil der Daten wird jährlich aktualisiert und orientiert sich am aktuellen kommunalen Gebietsstand. Die verwendeten statistischen Daten stammen unter anderem von den statistischen Ämtern der Länder, dem statistischen Bundesamt, der Bundesagentur für Arbeit, der Nexiga GmbH sowie dem Ausländerzentralregister (AZR).

... und der Bezugsrahmen

Die demografischen Veränderungen wirken sich lokal sehr unterschiedlich aus. Oft reichen Untersuchungen auf Landkreisebene für die Akteure in den Kommunen nicht aus. Doch je kleiner die Betrachtungsebene wird, desto schlechter wird die Datenverfügbarkeit und die Aussagefähigkeit zum Beispiel von Bevölkerungsprognosen. Aus diesem Grund wurde der Untersuchungsrahmen auf Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnern beschränkt. Nur so sind belastbare Analysen und Prognosen und eine kleinräumige Betrachtung der Entwicklung möglich.

Was wird alles geboten

Der Wegweiser Kommune enthält kommunale Daten zu den Themen demografischer Wandel, Wirtschaft und Arbeit, Bildung, Finanzen, soziale Lage und Integration. Auf Gemeinde- und Kreisebene sind Bevölkerungsprognosen bis 2030 möglich.



Die Website „www.wegweiser-kommune.de“

Auf der Basis unterschiedlicher Demografietypen, die im Rahmen einer bundesweiten Clusteranalyse entwickelt wurden (Datenbasis 2008), erhalten Kommunen konkrete und differenzierte Handlungsempfehlungen. Die Indikatoren können nutzerspezifisch visualisiert und beispielsweise als Bevölkerungspyramiden, in Tabellen oder Grafiken dargestellt werden. Kommunenspezifische Berichte zu verschiedenen Themen mit Daten, Karten und Grafiken stehen zum Download bereit. Außerdem stellen Kommunen, die bereits Strategien und Ideen zum Umgang mit dem demografischen Wandel vor Ort umgesetzt haben, ihre Projekte auf der Website vor.

Mehr Informationen

Bertelsmann Stiftung
E-Mail: info@wegweiser-kommune.de
www.wegweiser-kommune.de

NENA Demografie-Rechner

„Einfach in der Handhabung, keine zusätzlichen Kosten und schnell aktualisierbar.“

Eduard Obermeier, Bürgermeister der Gemeinde Pettendorf

Von Klaus Zeitler. 15 bis 20 Minuten – so lange brauchen Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern, um mit Hilfe des NENA Demografierechners herauszufinden, wie es um ihre demografische Entwicklung steht. Erarbeitet und erprobt wurde der Rechner im Rahmen des Netzwerks Nachhaltige Bürgerkommune Bayern (NENA).



„Wir benötigen vor allem in den ländlichen Räumen und in den kleinen Gemeinden einen Werkzeugkoffer, der auch die kleinen Kommunen in die Lage versetzt, die demografischen Veränderungen der nächsten Jahre abzuschätzen.“

Bernhard Kraus, Bürgermeister der Gemeinde Velburg

Das Netzwerk NENA ist ein Zusammenschluss bayerischer Gemeinden. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, ihre Kommunen nachhaltig zu entwickeln und ihr Wissen an andere Gemeinden weiterzugeben. Unterstützt wird die Zusammenarbeit durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.



„Mit dem NENA Rechner können wir uns im Gemeinderat einen sehr guten Überblick über die Situation vor Ort verschaffen. Ich habe auch die Ortsteile der Gemeinde Berggau analysieren lassen und weiß jetzt, wie wir uns entwickeln werden. Da wir derzeit im Städtebauförderungsprogramm und in der Dorferneuerung engagiert sind, können wir den Fördergeldgebern punktgenau Aussagen zur demografischen Entwicklung liefern. Das spart Zeit und vor allem Geld.“

Wolfgang Wild, Bürgermeister der Gemeinde Berggau

Welche Infos gibt's?

Der Demografierechner liefert Angaben zur demografischen Entwicklung einer Gesamtgemeinde und einzelner Ortsteile. Unterschieden wird zwischen den Altersgruppen 0 bis 6 Jahre (unterteilt in Kleinstkinder- und Kindergartenbetreuung), 6 bis 16 Jahre (Unterteilung in Schultypologien), 16 bis 25 Jahre, 25 bis 65 Jahre sowie 65 Jahre und älter (Unterteilung in jüngere Rentner mit geringem Betreuungsbedarf und ältere Rentner mit höherem Betreuungsbedarf).

Die Altersgruppenaufteilung macht die Prognose für kommunale Planungen nutzbar, wie beispielsweise für die Seniorenbedarfs- und Jugendhilfeplanung, Dorferneuerung und Städtebauförderung. Die grafische Darstellung von Jugendquotient, Altersquotient, Durchschnittsalter und die Verteilung der Altersgruppen kann problemlos in andere Programme wie Präsentationen übertragen werden.

Eine gute Entscheidungsgrundlage

Der Mehrwert eines solchen Instruments liegt darin, dass auch kleine Gemeinden in Eigenregie Prognosen für ihre Ortschaften und einzelne Ortsteile erstellen können, durch die den Entscheidungsgremien, der Verwaltung, aber auch der Bevölkerung gezeigt werden kann, wo Handlungsbedarf besteht. Darüber hinaus können die Prognosen zur Entscheidungsfindung herangezogen oder in kommunale Förderprogramme integriert werden, denn sie liefern eine ausreichend sichere Datengrundlage für die Einschätzung der weiteren Entwicklung von kleinräumigen Gebieten. Der Demografierechner verfügt über grafische Elemente, die eine Visualisierung der Prognosen ermöglichen.

Ein Instrument für alle

Der Demografierechner kann als Excel-Datei kostenlos heruntergeladen werden. Alle bayerischen Gemeinden haben darüber hinaus die Möglichkeit, ihre kommunalen Daten mit denen auf Landkreisebene zu vergleichen. Der Rechner kann auch von Gemeinden außerhalb Bayerns genutzt werden, allerdings ist dabei kein Vergleich der Landkreise möglich. Seit 2014 wird der Demografierechner durch ein interaktives Werkzeug zur Analyse der Generationenfreundlichkeit einer Gemeinde ergänzt, das ebenfalls heruntergeladen werden kann.

Mehr Informationen

Dr. Klaus Zeitler
SIREG Mangolding
E-Mail: info@institut-sireg.de

www.nachhaltige-buergerkommune.de

Leitfäden

Leitfäden lassen sich kostengünstig und schnell ausfüllen – und können erste Anhaltspunkte liefern, um kommunale Probleme anzugehen.

Von Frank Albert und Stephanie Müller. Gemeinden können mithilfe von Leitfäden und darin integrierten Checklisten einen Überblick über bestimmte Themenfelder des demografischen Wandels erhalten und zukünftige Handlungsfelder definieren. Leitfäden geben oft Hinweise zur Datenerhebung und -bewertung sowie zur Visualisierung von Untersuchungsergebnissen, zum Beispiel durch Karten. Es gibt eine Vielzahl solcher Leitfäden, exemplarisch werden hier nur einige vorgestellt.

Ein erster Einstieg ins Thema

Der im Rahmen vom „Zukunftsradar 2030 - Demographischer Wandel“ erarbeitete „Demographie-Check für Kommunen“ der Zukunftsinitiative Rheinland Pfalz (ZIRP) verschafft einen ersten Überblick, wie gut die Kommune auf die aktuelle Bevölkerungsentwicklung vorbereitet ist. Anhand eines Fragebogens zu neun Themengebieten des demografischen Wandels kann jede Kommune erkennen, wo sie steht und ob Handlungsbedarf besteht.

Innenentwicklung im Fokus

Die Stiftung Schloss Ettersburg hat den Leitfaden „Bestimmung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen“ für Orte unter 500 Einwohner herausgegeben. In dem 48-seitigen Leitfaden werden 14 zukunftsrelevante Merkmale auf Chancen und Risiken untersucht.

Die LAG Donnersberger und Lautrer Land hat die Broschüre „Dorfcheck“ (vgl. auch DorfKomm) erarbeitet. Mithilfe einer Checkliste erfolgt eine erste Ortscharakterisierung. Nach der Ermittlung der charakteristischen Probleme gibt der Leitfaden Anleitung für eine umfangreiche Datenerfassung und bietet Anregungen für zukunftsfähiges Bauen und Gestalten sowie zur Verbesserung der Lebensqualität für alle Generationen.

Dem Thema Innenentwicklung widmen sich auch der vom Amt für ländliche Entwicklung in Bayern herausgegebene Leitfaden „Aktionsprogramm Dorf vital“ mit Vitalitätscheck sowie die Broschüre „Qualitätvolle Innenentwicklung. Eine Arbeitshilfe für Kommunen“, in der das Innenministerium Schleswig-Holstein konkrete Arbeitsschritte für eine zukunftsfähige Innenentwicklung beschreibt.

Die Broschüre „Generationenfreundliche Zukunft“ des bayerischen Sozialministeriums stellt 30 Fragen zur kommunalen Demografiestrategie im Sozialbereich. Die Fragen drehen sich um Themen wie generationsfreundliche Zukunft, Familien- und Seniorenpolitik, Bildung, Beschäftigung und bürgerschaftliches Engagement.

Unkompliziert geht's auch Online

Der Bestands- und Bedarfsanalyse im Bereich generationenübergreifende Sozialplanung widmet sich auch der „Generationsfreundlichkeits-Check“, der online erhältlich ist: www.nachhaltige-buergerkommune.de/hp5380/Generationenfreundlichkeits-Check.htm. 150 Fragen sind acht Handlungsfeldern zugeordnet und der Anwender entscheidet jeweils, wie hoch der Handlungsbedarf ist.

Der in der Interreg-Baltic Sea Region entwickelte „Vitalitätstest für Dörfer“ ist für bis zu 1 000 Einwohner angelegt. Unter <http://hinterland.krc.karelia.ru/index.php> kann er aufgerufen und ausgefüllt werden. Für den Vitalitätstest müssen insgesamt 21 Merkmale aus den Kategorien „Bevölkerung“, „lokale Wirtschaft“ und „soziales Zusammenleben“ eingetragen werden. Diese Angaben werden auf Grundlage der Durchschnittswerte von 90 untersuchten Dörfern analysiert. Das Programm errechnet eine Demografieprognose für das Dorf und ordnet es einem von neun Dorftypen zu. Der Vitalitätstest bietet keine Patentrezepte, kann aber als „Vorsorge-Untersuchung“ für Dörfer Denkanstöße liefern.

Weitere Leitfäden auch zu einzelnen Themengebieten des demografischen Wandels sind unter www.demografie-portal.de abrufbar.

Mehr Informationen

DVS Ländliche Räume
Isabell Friess
E-Mail: isabell.friess@ble.de

ESYS Nachhaltigkeitscheck

Ein Entscheidungssystem, um geplante Infrastrukturen auf ihre Nachhaltigkeit und demografische Tragfähigkeit zu prüfen.

Von Isabell Friess. Die Finanzierung von Infrastrukturen ist für die meisten Kommunen und Regionen eine erhebliche Belastung. Gerade die Lasten der Instandhaltung und des Betriebs sind für die öffentlichen Haushalte ein großes Problem. Dabei stehen der Größe der Infrastrukturen sinkenden Nutzerzahlen gegenüber – die Kosten müssen auf immer weniger Einwohner umverteilt werden.

Was kann ESYS?

Eine Entscheidungshilfe ist der webbasierte Nachhaltigkeitscheck (ESYS) des IRS Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung. In kurzer Zeit können



ESYS Eingabemaske zur Erfassung der Strukturdaten

Kommunen, Landkreise und Regionen geplante Infrastrukturprojekte auf ihre demografische Tragfähigkeit überprüfen. Der Auf- oder Ausbau unausgelasteter und finanziell nicht tragfähiger Infrastrukturen kann so vermieden werden. Im Fokus der Betrachtung stehen dabei nicht nur die ökonomischen Wirkungen, sondern auch die sozialen und ökologischen. ESYS kann als Unterstützung für Planungsprozesse herangezogen werden, die Nachhaltigkeit der Projekte gewährleisten (Kontrollfunktion) und so auch das Problembewusstsein der Beteiligten schärfen (Kommunikations-, Lern- und Legitimationsfunktion). Der Nachhaltigkeitscheck kann für die Infrastrukturarten Schule, Straße, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Gemeinschaftseinrichtungen, Berufsschulen, Kindertagesstätten und ÖPNV durchgeführt werden.

Schritt 1: Eingabe der Strukturdaten

Nach der Registrierung auf der Projektwebsite, müssen die Nutzer die Strukturdaten für die Kommune eingeben. Abgefragt werden u.a. die Einwohnerzahl, die Fläche, die Bevölkerungsdichte, der Anteil der Siedlungs- und Verkehrs-

flächen und die kommunalen Nettoeinnahmen. Besonders benutzerfreundlich ist, dass für einen Großteil der Bundesländer auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte eine Datenbank mit den erforderlichen Informationen hinterlegt ist. Wenn die Strukturdaten hochgeladen bzw. eingegeben sind, geht es an die eigentliche Projektplanung.

Schritt 2: Bewertung durch Indikatoren

Ein Projekt anlegen heißt, dass der Nutzer hierfür bestimmte Indikatoren angeben muss. Für den Neubau eines Kindergartens beispielsweise wird die Qualität des Betreuungsangebotes (z.B. Betreuungszeiten oder Beitragsgestaltung), die anfallenden Kosten inklusive der Folgekosten, die Funktionalität des Gebäudes, die Klima- und Umweltwirkung, die Flächeninanspruchnahme und die Prozessqualität (Partizipation, interkommunale Kooperation und Koordination) betrachtet. K.O.-Kriterien sind die Flächeninanspruchnahme (30-ha-Ziel der Bundesregierung) und die demografische Tragfähigkeit. Anhand der Indikatoren werden die Projekte anschließend bewertet. Außerdem werden lokale Gegebenheiten, wie politische Zielsetzungen oder Raumstrukturen berücksichtigt, indem jede Infrastruktur individuell priorisiert werden kann. Des Weiteren können die Indikatoren nach Raumtypologie (Agglomeration, verstädterter Raum, peripherer Raum) gewichtet werden. Großes Plus: Es können verschiedene Projektvarianten und Szenarien angelegt und so mit den Projekten, der Größe, geplanten Auslastung etc. variiert werden.

Nach der erfolgreichen Erprobung von ESYS in verschiedenen Kommunen und Landkreisen Brandenburgs wurde auf Initiative des Landes ein eigenständiger Nachhaltigkeitscheck „Landesstraßeninvestitionen“ entwickelt. Unklar ist jedoch, wer den Nachhaltigkeitscheck in den kommenden Jahren pflegen wird und wie lange die Akteure noch auf dieses Instrument zurückgreifen können.

Mehr Informationen

Dr. Michael Arndt
IRS Leibniz-Institut für Regionalentwicklung
und Strukturplanung
E-Mail: arndtm@irs-net.de
www.esys-nachhaltigkeitscheck.de

Demografiemonitoring

Die demografische Entwicklung zu beobachten und mehr Transparenz zu schaffen, das ist das Ziel des Demografiemonitorings der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt).

Von Bettina Henrichs. Demografiemonitoring ist ein Instrument zur Verbesserung von Entscheidungsgrundlagen, indem erhobene Daten beobachtet, bereitgestellt und bewertet werden, wodurch die Transparenz über demografische Entwicklungen und hiermit verbundene Prozesse und soziale Zustände gefördert wird.

Früher Vogel fängt den Wurm

Mithilfe einer begrenzten Anzahl von Indikatoren werden Informationen für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit bereitgestellt. Demografiemonitoring trägt dazu bei, Probleme und Handlungsbedarfe rechtzeitig zu erkennen (Frühwarnsystem). Die Ergebnisse des Demografiemonitorings wirken in verschiedene kommunale Handlungsfelder wie zum Beispiel Wohnen und Quartiersentwicklung in Stadt- und Ortsteilen hinein. Dies erfordert ein kleinräumig ausgerichtetes Demografiemonitoring. Kommunen sollen unterstützt werden bei Fragen wie „Ist unsere Kommune attraktiv genug?“, „Fühlen sich die Menschen in unserer Kommune wohl?“ „Bieten wir bedarfs- beziehungsweise bedürfnisgerechten Wohnraum an?“ oder „Welche Ausprägungen hat die Vereinzelung der Gesellschaft?“.



Unter Monitoring wird allgemein eine regelmäßige (in definierten Intervallen), mehrdimensionale (mehrere Bereiche umfassende) Beobachtung der Ausprägungen einer begrenzten Anzahl von Indikatoren verstanden.

Auf den Bedarf ausgerichtet

Die KGSt hat gemeinsam mit kommunalen Experten das Indikatorenset aus insgesamt 19 Indikatoren (unter anderem Altersquotient, relativer Wanderungssaldo, Anteil der alleinerziehenden Haushalte) erarbeitet, das einen praktikablen Standard abbildet (siehe KGSt-Materialien 5/2010). Ziel ist es, mit diesen Indikatoren ein System zu entwickeln, das auf kleinräumig vorliegenden, vereinheitlichten und vergleichbaren Daten beruht. Das verbessert wiederum die Möglichkeit, sich untereinander vergleichen zu können oder regionale Kooperationen einzugehen. Eine der wesentlichen Fragen, welche sich die Arbeitsgruppe bei der Einrichtung des Demografiemonitorings stellte,

lautet: „Woher kommen die notwendigen Daten?“. Unsere Antwort lautet: Kommunen sollten ihr Demografiemonitoring auf Melderegisterdaten aufbauen und die fachliche Unterstützung beim KOSIS-Verbund (Kommunales Statistisches Informationssystem) in Anspruch nehmen.



Überall einsetzbar

Demografiemonitoring trifft den Kern aller kommunalen Handlungsfelder und kann somit als verbindendes Element zwischen bestehenden Monitoringsystemen wie dem Sozialmonitoring oder dem Integrationsmonitoring gesehen werden. Insofern schließt das Demografiemonitoring eine wesentliche, noch bestehende Lücke bei den Instrumenten für ein strategisches und zukunftsorientiertes Verwaltungshandeln. Entscheidend ist die Einbettung in einen strategischen Prozess, weil die Gestaltung des demografischen Wandels eine systematische Planung und Evaluation voraussetzt.

Die Städte Wiesbaden, Mannheim und Langen, aber auch der Landkreis Osnabrück oder die Gemeinde Bönen setzen bei ihren Planungen bereits auf das Demografiemonitoring. Interessierte können hier mehr Informationen erhalten.

Mehr Informationen

Bettina Henrichs
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
E-Mail: Bettina.Henrichs@kgst.de
www.kgst.de

Zukunftscheck und Zukunftsfonds Ortskernentwicklung

Zwei Instrumente stärken zusammen den Geschäftsbesatz in Ortskernen und Innenstädten

Von *Arndt Hauschild und Klaus Mensing*. Der Zukunftscheck Ortskernentwicklung wurde für den Landkreis Osnabrück entwickelt. Angesichts der demografischen Entwicklung und der Trends im Einzelhandel wurden bis heute in 18 Städten und Gemeinden in moderierten „Planerwerkstätten Ortskernentwicklung“ von den Akteuren vor Ort zielgerichtete Maßnahmen erarbeitet. Je nach Engagement und Erfolg werden pro Kommune etwa fünf bis zehn „Planerwerkstätten“ durchgeführt.



„Der Zukunftscheck hat uns dazu bewegt, den Besatz in unserem Ortszentrum wie ein Kaufhaus zu managen. Eigentümer und Geschäftsleute bilden das Centermanagement – in Kooperation mit der Gemeinde.“

Wolfgang Tullney, Ostercappelner Kaufhaus

Alle mit ins Boot holen

Das Ziel des Zukunftschecks ist es, das Engagement der Akteure vor Ort – den Geschäftsleuten, Eigentümern und der Gemeinde – für die Gestaltung „ihres“ Ortskerns zu gewinnen. Hierzu werden mit Hilfe der praxiserprobten Instrumente aus der ToolBox Ortskernentwicklung (siehe Kasten) die Probleme analysiert und kurzfristig umsetzbare Lösungen erarbeitet. Dies schafft Identifikation, motiviert aufgrund sichtbarer Erfolge zum Weitermachen und trägt zur Schaffung selbsttragender Strukturen bei.

Software und Hardware fördern!

Während der Zukunftscheck durch Moderation und fachlichen Input auf die Software – also Konzepte, Besatzmanagement und Marketing – zielt, bietet der Zukunftsfonds Ortskernentwicklung konkrete finanzielle Anreize für die

Hardware – also investive Maßnahmen in Gebäude, Geschäfte und den (halb)öffentlichen Raum. Damit wird dem Trend der Funktionsverluste in den Zentren aktiv entgegengesteuert. Der Zuschuss des Landkreises Osnabrück durch den Zukunftsfonds beträgt 40 Prozent, je 30 Prozent steuern die Kommunen und die privaten Akteure vor Ort bei. Der im Sommer 2014 in der zweiten Auflage gestartete Wettbewerb verfolgt das Ziel, die Kooperation zwischen Kommunen und Privaten zu intensivieren und schafft finanzielle Anreize, die wiederum Investitionen in den Zentren auslösen.

Zukunftscheck und Zukunftsfonds Ortskernentwicklung setzen damit gemeinsam auf folgende Erfolgsfaktoren:

- die Rolle des Landkreises als Impulsgeber für zukunftsorientierte Lösungen,
- die gezielte Initiierung von Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren,
- den professionellen „Blick von außen“ durch den Landkreis und CONVENT Mensing, der dazu beiträgt, komplexe Sachverhalte vor Ort in realistisch umsetzbare Arbeitsschritte zu zerlegen sowie
- die finanziellen Anreize durch den Zukunftsfonds Ortskernentwicklung.

Mehr Informationen

Arndt Hauschild

Landkreis Osnabrück, Fachdienst Planen und Bauen

E-Mail: arndt.hauschild@lkos.de

www.landkreis-osnabrueck.de/bauen-umwelt/planen-und-bauen/zukunftscheck-ortskernentwicklung

Klaus Mensing

CONVENT Mensing beraten • planen • umsetzen

E-Mail: mensing@convent-mensing.de



Praxiserprobte Instrumente: Die ToolBox Die ToolBox fasst unkomplizierte und kostengünstige Methoden und Instrumente aus der Praxis zusammen. Durch den Aufbau als Loseblattsammlung können individuell Teilbereiche oder „Trainingseinheiten“ beziehungsweise Werkzeuge für die Entwicklung der Ortskerne zusammengestellt und umgesetzt werden. Für die Analyse werden zum Beispiel Alters-Leerstands-Karten erstellt, Kunden befragt oder ein Flächenfinder eingesetzt. Zur Entwicklung einer Strategie wird ein Geschäftsstraßen- und Quartiers-Portfolio erstellt. Bei der Umsetzung kann die Gründung einer Standortgemeinschaft schnelle, sichtbare Ergebnisse liefern. Statt langwieriger Bestandsanalysen und aufwändiger Planungen kann sofort losgelegt werden.

Kreisentwicklungskonzepte

In Anbetracht der immensen Anpassungsnotwendigkeiten, die durch die demografische Entwicklung hervorgerufen werden, greifen mehr und mehr Landkreise zum Instrument integrierter Kreisentwicklungskonzepte.

Von Markus Mempel. Vor allem im Zuge der demografischen Entwicklung kommen große Anpassungserfordernisse auf Landkreise und Gemeinden zu, die nur gemeinsam bewältigt werden können. Dabei kann das Instrument der Kreisentwicklung ein wertvolles Hilfsmittel sein, gerade wenn es darum geht, integriert und fachbereichsübergreifend zu denken, einzelne Themen zusammen zu behandeln und in Kooperation mit Gemeinden, Wirtschaft und Bürgern eine Vorstellung davon zu erarbeiten, wohin sich der Landkreis entwickeln soll. Ziel eines solchen Leitbildprozesses ist die Skizzierung eines künftigen Entwicklungsziels, auf das Einzelkonzepte, beispielsweise im Bereich der Wirtschaftsentwicklung, der Sozial- oder Bildungsplanung, aufsetzen können. Derartige Konzepte sind mithin informelle, in sich schlüssige räumliche Strategien im untechnischen Sinne, die allerdings auf Planungsgrundlagen der Raumordnung und Landesplanung sowie der Regionalplanung zurückgreifen, beispielsweise Bevölkerungsprognosen.

Überörtlich und sektorübergreifend

Ogleich die Gemeinden nach wie vor etwa im Rahmen der Bauleitplanung oder Standortentwicklung wesentliche Akteure sind, besteht ein Bedarf nach koordiniertem und abgestimmtem Vorgehen sowie nach überörtlicher Begleitung der Anpassungs- und Entwicklungsprozesse, von der Infrastrukturversorgung über Standortpolitik bis hin zu Wirtschaftsförderung und Tourismusentwicklung. Mittlerweile nutzt über die Hälfte der Landkreise die Kreisentwicklung als Instrument zur Realisierung eigener Projekte, Konzepte, Koordinierungen und Berichterstattungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und der Anpassung kommunaler Infrastrukturen.

Kreisentwicklung nur mit den Gemeinden

Gerade mit Blick auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Gewerbe- und Infrastrukturen im Landkreis ist es nahezu unumgänglich, dass die Landkreise gestaltend tätig werden und bemüht sind, zu einem integrierten Ansatz zu gelangen, der einen Entwicklungspfad für die nächsten Jahre und Jahrzehnte beschreibt. Dass dies stets in Abstimmung und nur im Schulterschluss mit den kreisangehörigen Gemeinden und nicht gegen sie erfolgen kann, versteht sich in Anbetracht der Vielschichtigkeit der betroffenen Bereiche, der unterschiedlichen Zuständigkeiten und Interessenlagen von selbst. So gesehen ist Kreisentwicklung im

Kern nichts anderes als ein Rahmen für eine vorausschauende interkommunale Kooperation. Sie ist keine formelle Planung, sondern ein kooperativer Entwicklungsprozess mit allen Akteuren im Landkreis, um gemeinsam zu einer tragfähigen strategischen Aufstellung und Zukunftsvision zu gelangen.



Broschüre mit Musterkonzept

Dazu gehören Vorstellungen zur wirtschaftspolitischen Ausrichtung ebenso wie Kita- oder Schulplanung oder Bau und Unterhaltung von kommunalen Straßen. Wichtig ist, diese unterschiedlichen Einzelthemen in einem Gesamtzusammenhang konzeptionell zu bündeln, damit sich Synergien ergeben und im Landkreis buchstäblich alle Akteure an einem Strang ziehen und die Zukunft gemeinsam gestalten.

Mehr Informationen

Dr. Markus Mempel
 Deutscher Landkreistag
 E-Mail: markus.mempel@landkreistag.de
 www.landkreistag.de
 Download unter: www.landkreistag.de >>
 Publikationen >> Schriftenreihe >> Band 98

Regionalstrategie Daseinsvorsorge

Die Daseinsvorsorge auf regionaler Ebene bereichsübergreifend planen und kompromissfähige Gestaltungs- und Anpassungsalternativen entwickeln.

Von Klaus Einig und Johann Kaether. Der demografische Wandel stellt Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge vor unterschiedliche Herausforderungen. Sinkt die Nachfrage, muss das Angebot vielfach reduziert werden. Steigt die Nachfrage, sind Angebote auszudehnen. In vielen Räumen geht Ausbau und Reduktion Hand in Hand, weil sich gleichzeitig der Anteil der Älteren erhöht und der Anteil der Kinder abnimmt.

Wirkliche Einsparungen ...

Egal ob Angebote reduziert oder ausgebaut werden, immer stellt sich der Anpassungsprozess als komplexe Planungsaufgabe dar. Kosten sollen gespart, Einrichtungen



betriebswirtschaftlich sinnvoll an die veränderte Nachfrage angepasst, zukünftige Versorgungsdefizite der Bevölkerung vermieden und die Wege zu Einrichtungen nicht übermäßig verlängert werden. Bisher wird jeder Sektor der Daseinsvorsorge mehr oder weniger unabhängig durch spezialisierte Fachplaner verwaltet. Praktisch kann das heißen, dass die Entwicklung der Schulstandorte und das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs unabhängig voneinander entwickelt werden, sodass durch Schulschließungen gesparte Ausgaben aufgrund der resultierenden Verlängerung der Schulwege zu

erhöhten Aufwendungen für den Schülerverkehr führen.

... durch integrierte Planung

Soll vermieden werden, dass erzielte Spareffekte an anderer Stelle durch steigende Ausgaben aufgezehrt werden, ist möglichst integriert zu planen. Wie eine bereichsübergreifende Daseinsvorsorgeplanung auf der Ebene von Landkreisen, interkommunalen Kooperationen und Regionen organisiert werden kann, demonstrieren die Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Masterplan Daseinsvorsorge“ und „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“, die vom Bundesministerium für Verkehr

und digitale Infrastruktur (BMVI) und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Regionalforschung (BBSR) in Zusammenarbeit mit 25 Modellregionen in ländlichen Räumen durchgeführt wurden. Es konnten Vertreter öffentlicher Verwaltungen und Fachplanungen, private Träger der Daseinsvorsorge, Kommunal- und Landespolitik und Zivilgesellschaft bei der diskursiven Erarbeitung der integrierten Entwicklungskonzepte für unterschiedliche Bereiche der Daseinsvorsorge einbezogen werden.

Regionalstrategie von A bis Z

Eine Regionalstrategie umfasst eine kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzung sowie Bestandsaufnahmen von Daseinsvorsorgeeinrichtungen. Im Anschluss werden verschiedene Anpassungsszenarien entwickelt, Nutzer befragt und in moderierten, bereichsübergreifenden Arbeitsgruppen gemeinsame Strategien erarbeitet. Jede vorgeschlagene Maßnahme wird durch Erreichbarkeitsanalysen und Kosten-Nutzen-Betrachtungen bezüglich ihrer Folgen für die Versorgungsqualität der Bevölkerung und die Kostenbelastung der öffentlichen Hand bewertet. Wichtig ist, dass die weiteren Schritte kommunalpolitisch abgestimmt und ein regionaler Beschluss herbeigeführt wird, sodass die Umsetzung der Regionalstrategie auch die nötige politische Legitimation erhält. Am Ende steht ein mehrseitiges Konzept, das die Vorgehensweise und Ergebnisse dokumentiert und aufzeigt, wie es zukünftig strategisch weitergehen soll.

Auf diese Weise können unterschiedliche Bereiche der Daseinsvorsorge, wie Schule, Kinderbetreuung, Ärzte, Pflege, Wohnen im Alter, Siedlungsentwicklung, Nahversorgung, Abwasser, Brandschutz und ÖPNV aus einer integrierten, ganzheitlichen Perspektive thematisiert und angegangen werden.

Mehr Informationen

Bundesinstitut für Stadt, Bau- und Raumforschung
Referat I 1 – Raumentwicklung
E-Mail: Ref-1-1@BBR.Bund.de
www.regionale-daseinsvorsorge.de
www.bbsr.bund.de



Erfahrungen aus erster Hand – Modellvorhaben „DemografieCheck Raum Parchim“

Von Jan Hoffmann. Das Projekt der LEADER-Aktionsgruppe „Warnow-Elde-Land“ war der erste DemografieCheck in Mecklenburg-Vorpommern. Die Modellregion mit 37 Kommunen und etwa 51 000 Einwohnern entspricht ungefähr dem Mittelbereich der Stadt Parchim. In Workshops wurden bottom-up vier Bereiche zur Untersuchung benannt: Gesundheitsversorgung, Siedlungsentwicklung, Mobilität und interkommunale Zusammenarbeit. In Arbeitsgruppen wurden diese Handlungsbereiche untersucht und elf Projektansätze ausgearbeitet und strategische Ziele formuliert. Beispielsweise wurde ein Modell der hausärztlichen Versorgung für ländliche Räume entwickelt, Maßnahmen zur Stärkung der Innenentwicklung von kleinen Ortschaften benannt sowie der Aufbau von interkommunalen Kooperationen in drei Bereichen, unter anderem beim Standesamt, begleitet. Die Bearbeitung dauerte 18 Monate und erforderte ein hohes Engagement aller Beteiligten. Um schneller in die Umsetzungsphase zu gelangen, sollten künftig nicht mehr als drei Schwerpunktthemen analysiert und die Bearbeitungszeit auf etwa zwölf Monate verkürzt werden. Für standortscharfe Entscheidungen, beispielsweise für kommunale Einrichtungen wie Kitas, Schulen oder Dorfgemeinschaftshäuser, sollte die Gebietskulisse kleiner sein und sich an der Obergrenze von etwa 8 000 Einwohnern orientieren.

DemografieCheck

Ein Angebot der gemeinnützigen Landgesellschaften zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels in ländlich geprägten Kommunen

Von Markus Löwer. Der DemografieCheck bietet Kommunen einen ziel- und ergebnisorientierten Werkzeugkasten für die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels. Dabei steht die Stärkung der örtlichen Lebensqualität in Verbindung mit einer demografiefesten Infrastrukturausstattung im Mittelpunkt. In einem überörtlich abgestimmten Prozess werden belastbare Daten und Trendaussagen als Grundlage für politische Entscheidungen erarbeitet. Darauf aufbauend werden zielgerichtete und demografiefeste Investitionen angestoßen, um langfristig tragfähige Strukturen zu schaffen. Ein wichtiges Element dieses Instruments ist dabei die Einbeziehung und Stärkung der Bürgergesellschaft durch ihre Beteiligung am Planungsprozess.

Vier Module

Der DemografieCheck besteht aus vier aufeinander aufbauenden Modulen. Als Datengrundlage wird zunächst eine kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung auf Grundlage der örtlichen Einwohnermeldedaten erstellt. Im nächsten Schritt erfolgt eine Bestandsanalyse der Infrastruktureinrichtungen („Kommunalinventarisierung“). Anhand des Infrastrukturbestandes und der zukünftigen Veränderung der Einwohnerzahl und der Bevölkerungsstruktur lassen sich infrastrukturelle Überangebote oder zusätzliche Bedarfe ermitteln. Im weiteren Verlauf gilt es, Anpassungsmaßnahmen der vorhandenen Infrastrukturen an die prognostizierte Entwicklung unter Berücksichtigung der Erreichbarkeit zu erarbeiten. Für eine anschau-

liche Darstellung werden hierzu Erreichbarkeitsanalysen erstellt. Unter breiter Akteurs- und Bürgermitwirkung werden gemeinsam neue Lösungen entwickelt: von neuen Standorten für Einrichtungen bis hin zu Rückbeziehungswise Umbaumaßnahmen. Auch die Suche nach alternativen Wegen zum Erhalt von Leistungen wird dabei mitgedacht. Steht das Konzept, gilt es, die Maßnahmen umzusetzen: Fördermittel sind einzuwerben und zu verwalten und die Akteure vor Ort für die Verstetigung des Prozesses zu coachen.

Die Durchführung des DemografieCheck ist in den meisten Bundesländern im Rahmen von bestehenden Programmen oder Richtlinien förderfähig. Ebenso gibt es die Möglichkeit der Zuschussförderung für investive Maßnahmen in der Umsetzungsphase.

Mehr Informationen

Markus Löwer
Niedersächsische Landgesellschaft mbH
E-Mail: markus.loewer@nlg.de
www.nlg.de

Jan Hoffmann
Landgesellschaft Mecklenburg Vorpommern mbH
E-Mail: jan.hoffmann@lgm.de
www.lgm.de

Changemanagement

WEGE – Wandel erfolgreich gestalten. Ganzheitliche ländliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels. Wir sprachen mit Werner Klöckner, Bürgermeister der Verbandsgemeinde (VG) Daun

Changemanagement (CM) kommt eigentlich aus der Wirtschaft, wieso setzen Sie es in Ihrem WEGE-Prozess ein?

Bis 2006 hatten wir in der VG steigende Bevölkerungszahlen. Erst als mir nach und nach bewusst wurde, dass die Folgen des demografischen Wandels auch vor der VG nicht Halt machen werden, begann ich, mich mit den unterschiedlichen Herangehensweisen der Strukturentwicklung auseinanderzusetzen. Diese sind jedoch meist von sektoralem Handeln geprägt. Beim Lesen von John Kotters Buch „Das Pinguin-Prinzip“ wurde mir klar, dass die Übertragung von CM der richtige Ansatz für ein ganzheitliches Denken und Handeln in der Kommune sein kann.

Was hat Sie so begeistert?

John Kotter erklärt CM mit Hilfe der Theorie des Lernens anhand einprägsamer Geschichten, die genutzt werden, um langfristige Veränderungen herbeizuführen. Die Geschichte handelt von einer Pinguinkolonie, die auf einem schmelzenden Eisberg lebt. Eines Tages entdeckt der Pinguin Fred, dass sein Volk in großer Gefahr schwebt und ahnt: Niemand wird die schlimme Botschaft hören wollen. Es geht in der Geschichte um Widerstand gegen Veränderungen und entschlossenes Handeln, um Verwirrung und Einsicht, um scheinbar unermessliche Hindernisse und deren Überwindung.

Was können Sie von John Kotters Theorien für die Entwicklung Ihrer VG lernen?

Er hat acht Schritte für ein erfolgreiches CM entwickelt. Diese beruhen auf der Erkenntnis, dass Daten und Analysen Menschen weniger bewegen, als überzeugende Erfahrungen. Gefühle übertrumpfen oft das Denken. Ein Veränderungsprozess in einem Unternehmen darf sich nicht auf die Führungsspitze beschränken, sondern muss die Mitarbeiter einbeziehen – Ängste müssen genommen und Kompetenzen genutzt werden. „Mitarbeiter“ unseres Prozesses sind alle Bürger, Unternehmen und Institutionen.

Wie sind denn Ihre bisherigen Erfahrungen?

Die acht Schritte nach Kotter lassen sich in einem Prozess der ländlichen Entwicklung nicht abarbeiten. Es wird ständig und mit unterschiedlichen Methoden „ein Gefühl

der Dringlichkeit“ geweckt. Eine Strategie mit zwölf Handlungsfeldern ist unter Beteiligung zahlreicher Bürger erarbeitet worden. Im Sinne des dritten Schrittes nach Kotter „Zielvorstellung und Veränderungsstrategie entwickeln“ haben wir die Vision „In der VG Daun leben – in einer gesunden Welt zu Hause“ entwickelt. Das Thema ganzheitliche Gesundheit soll alle Lebens-, Wohn- und Arbeitsbereiche durchdringen.

Woran messen Sie den Erfolg?

Den Erfolg messe ich zunächst daran, dass es eine Vielzahl, ich schätze über hundert, Umsetzungsprojekte gibt, die der Visionserreichung dienen. Auch ist der Kreis der WEGE-Akteure enorm gestiegen. Wir haben das Ehrenamt aktiviert, aber auch Unternehmen und Institutionen mit auf den WEG nehmen können. Es gelang uns, auch kurzfristige Erfolge sichtbar zu machen: Zum Beispiel hilft der 2012 gegründete Verein Bürger für Bürger älteren Menschen, so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben zu können.

Sie sprachen das Ehrenamt an. In welchen Bereichen haben Sie dieses aktiviert?

Der Verein Bürger für Bürger wird beispielsweise ausschließlich ehrenamtlich geführt. Ehrenamtliche WEGE-Botschafter unterstützen den Prozess in der Kommunikation und Umsetzung. 25 ehrenamtliche Seniorenbeauftragte leisten unter anderem aufsuchende Altenarbeit. Für die Entwicklung Gillenfelds hin zu einer sorgenden Gemeinschaft tagte bislang ein Arbeitskreis über zwanzigmal! Der WEGE-Prozess hat damit tolle, engagierte und qualifizierte Menschen erreicht.

Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Mehr Informationen

Werner Klöckner
Bürgermeister Verbandsgemeinde Daun
w.kloekner@vgv.daun.de
www.daun.de/Wege/

Demografie-Beauftragte

Seit 2008 ist die Demografie-Beauftragte in Euskirchen an strategischer Stelle tätig und kann so die Demografearbeit der Kreisstadt fachbereichsübergreifend voranbringen.

Von *Stephanie Burkhardt*. Die Kreisstadt Euskirchen im südlichen Rheinland ist mit ihren 56 000 Einwohnern Mittelzentrum und gehört als wichtiger Arbeitsort mit großem Einzugsbereich zu den demografisch begünstigten Regionen Deutschlands. Doch auch in Euskirchen sind die Auswirkungen des demografischen Wandels spürbar, insbesondere in der Alterung der Bevölkerung, den nachlassenden Wanderungsgewinnen und einem zunehmenden Sterbeüberschuss.

2007 wurde deshalb die Einrichtung einer Stabsstelle Demografie beschlossen und seit Anfang 2008 hat die Kreisstadt Euskirchen eine Demografiebeauftragte. Die Tatsache, dass diese Aufgabe dem Bürgermeister direkt unterstellt ist, unterstreicht den Querschnittscharakter dieser freiwilligen Aufgabe. Gleichwohl werden alle Fachbereiche in die Arbeit eingebunden. Wichtiger Aspekt der Arbeit ist die Vernetzung mit Multiplikatoren der Stadtgesellschaft. Ziel ist es, effektive Projekte zur Gestaltung des demografischen Wandels gemeinsam, zeitnah und nachhaltig umzusetzen.

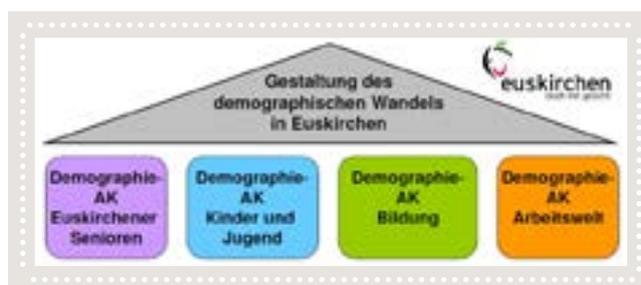
Alle ins Boot holen

Grundlage für die Projektumsetzung ist das „Maßnahmen- und Handlungskonzept zur Gestaltung des demografischen Wandels in der Kreisstadt Euskirchen“. Dieses Konzept wurde mit breiter Bürgerbeteiligung in Demografie-Arbeitskreisen zu den Themen Arbeitswelt, Kinder- und Jugendfreundlichkeit, Bildung sowie Senioren entwickelt. Am Anfang stand die Auswertung demografierelevanter Daten, die seitdem kontinuierlich aktualisiert werden. Darauf folgten eine Stärken-Schwächen-Analyse und die Formulierung von Zielen für die Gestaltung des demografischen Wandels. Zwei wichtige Querschnittsaufgaben kristallisierten sich heraus: Die vielseitigen Angebote für Bürger aller Altersstufen bekannter zu machen und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Seitdem werden Demografie-Projekte aus dem Handlungskonzept umgesetzt.

Die Demografie zieht weite Kreise

Mittlerweile werden nicht mehr ausschließlich Projekte aus dem Handlungskonzept umgesetzt. Durch die Teilnahme am Modellprogramm Aktiv-im-Alter entstanden auch Projekte von und für Senioren, zum Beispiel ein Seniorenportal im Internet, das von einem ehrenamtlichen

Senioren-Redaktionsteam betreut wird, oder die Seniorenpaten, die von der Stabsstelle, die seit Ende 2013 auch Seniorenbüro ist, organisiert werden.



Eine große Chance des demografischen Wandels sind die geburtenstarken Jahrgänge, die in zunehmender Zahl in den Ruhestand gehen. Hier sieht das Demografie-Konzept der Kreisstadt Euskirchen ein großes Potential sowohl für freiwilliges Engagement als auch für eine innovative Neuausrichtung der städtischen Seniorenarbeit. Die jungen Ruhestandler sind gesellschaftlich aktiv und bringen viel Berufs- und Lebenserfahrung mit. Dieses Potential für ein Engagement in der Gesellschaft zu gewinnen, ist eine der Chancen des demografischen Wandels.

Neben der unterstützenden Seniorenarbeit wird künftig unter demografischen Gesichtspunkten ein großes Gewicht auf die aktivierende sowie beteiligende Seniorenarbeit gelegt. Einsatzbereiche für Freiwillige werden bekannt gemacht und am jährlich stattfindenden „Ehrenamtstag“ im Rahmen des Stadtfestes beworben.

Die Demografearbeit in Euskirchen ist vielseitig und bei weitem nicht nur auf die Älteren ausgerichtet: So unterstützen zum Beispiel 34 städtische Einsatzstellen im Bundesfreiwilligendienst Jugendliche im Übergang von Schule zu Beruf. Die „Aktionswoche der Generationen“ fördert das Miteinander von Jung und Alt und das Projekt „Forum Pflege“ die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege in der Stadtverwaltung.

Mehr Informationen

Stephanie Burkhardt
Kreisstadt Euskirchen
sburkhardt@euskirchen.de
www.euskirchen.de/demographie



Ideen vom Küchentisch ...

... oder die etwas andere Bürgerumfrage. Participatory Rapid Appraisal ist eine Methode zur Beteiligung der Bevölkerung bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes. Die Gemeinde Wensin in Schleswig-Holstein hat die Methode angewandt. Das Ergebnis ist ein Leitfaden für die kurz- und mittelfristige Entwicklung des Dorfes.

Von Almut Wardin. Wie findet ein Gemeinderat heraus, was sich Bürger für ihr Lebensumfeld wünschen? Wie erreicht man Menschen, die nicht zu Versammlungen kommen oder dort ihre Meinung nicht äußern? Diese und andere Fragen bewogen die Gemeinde Wensin eine Participatory Rapid Appraisal (PRA), also eine Befragung mit dem Ziel der aktiven Bürgerbeteiligung, durchzuführen.

Bürgerinnen und Bürger sind Experten

Die PRA-Methode eignet sich für die Abfrage individueller Bedürfnisse in einem überschaubaren Umfeld. Die Bürger werden dabei als Experten bei der Gestaltung ihres Umfeldes angesehen. Themen werden nicht vorgegeben, sondern ergeben sich höchstens durch die Auswahl der Befragten. So werden zum Beispiel nur bestimmte Altersgruppen interviewt oder die zu Befragenden nach dem Familienstand oder räumlichen Zusammenhängen ausgewählt.

Für die Befragungen besuchen jeweils zwei Interviewer etwa zehn Prozent der Haushalte der ausgewählten Zielgruppe. In freien Gesprächen unterschiedlicher Länge – 20 Minuten bis zu eineinhalb Stunden – sollen weniger die vorhandenen Probleme als vielmehr Veränderungsvorschläge zur Sprache kommen. Im Schutz des eigenen Zuhauses, „am Küchentisch“, entsteht ohne Zeitdruck ein offenes Gespräch. Hier haben Kummer und Sorgen genauso Platz wie Lösungsvorschläge, außergewöhnliche Ideen und Kreativität.

Transparenz ist wichtig!

Die Anregungen aller Befragten werden in einer Auswertung direkt nach den Gesprächen zusammengetragen. Die transparente Dokumentation und stetige Information der Bevölkerung ist ein unerlässlicher Bestandteil der PRA, denn nur durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit entsteht die notwendige Akzeptanz in den beteiligten Bevölkerungsgruppen. Das sich aus den Interviews ergebende Gesamtbild wird anschließend öffentlich präsentiert.

Bei der Abschlussveranstaltung mit der Bevölkerung und den Entscheidungsträgern geht es nicht nur um die Präsentation von Fakten, sondern auch um die Darstellung eines Spiegelbildes der befragten Zielgruppen. Erst wenn die

Ergebnisse der Umfrage allgemein bekannt sind, werden Möglichkeiten der Umsetzung erarbeitet. Hierbei kommt es darauf an, die zusammengetragenen Ideen kreativ zu gestalten, Lösungen für Probleme zu finden und sich von früheren Ansätzen nicht einengen zu lassen.



Wensin geht neue Wege: Leuchtturmprojekt dank Bürgerbeteiligung

„Wir haben allen Grund, dem demografischen Wandel und der dadurch älter werdenden Bevölkerung zu begegnen. Wir müssen unsere dörfliche Infrastruktur aber auch an die Wünsche der jungen Familien anpassen“, so erklärte Wensins Bürgermeister Jörg Buthmann die Wahl der unkonventionellen Beteiligungsmethode PRA. Die Ideensammlung zur Zukunft des Ortes wurde auf Landesebene vor allem durch die Komplexität der Umfrage und den daraus entstandenen Teilprojekten zu einem Leuchtturmprojekt. Ein Dorf bewusst von Wohnraum in Lebensraum zu verändern wurde zu einem Beispielprojekt für das Flächenland Schleswig-Holstein. Mit Mitteln der EU, der Gemeinde und von privaten Trägern sollen in den nächsten Jahren alle Projekte umgesetzt werden.

www.holsteinsherz.de/projects

In Wensin bilden die Ergebnisse der PRA-Umfrage ein parteiübergreifendes Grundgerüst für die Gemeindeplanung der nächsten Jahre. Vor allem mit Blick auf die Veränderungen durch die zu erwartenden demografischen Entwicklungen stellen die Umfrage und der daraus entstandene Leitfaden eine gute Grundlage zur Verfügung, um die Lebensqualität in Wensin zu verbessern.

Mehr Informationen

Almut Wardin (Projektleitung)
Architekturbüro Meier & Moss
a.wardin@meier-moss.de

Bürgergutachten 2.0

„Hierbleiben - Engagieren – Zurückkommen“: Jugendliche entwickeln in Erlbach und Markneukirchen in Sachsen innovative Ideen und Lösungsansätze zur aktiven Gestaltung des demografischen Wandels.

Von *Hardo Kendschek*. Das Vorhaben „Hierbleiben – Engagieren – Zurückkehren“ knüpfte inhaltlich und methodisch an die guten Erfahrungen an, welche der Ortsteil Erlbach mit einem „Bürgergutachten“ (siehe „Chance!“, 1. Auflage) 2007 und 2008 machen konnte. Im Rahmen der „Demografiepartnerschaft Sachsen-Hessen“ wurden damals gemeinsam mit der nordhessischen Kleinstadt Battenberg mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung kreative Lösungen entwickelt und Erfahrungen ausgetauscht. Nachahmenswerte und übertragbare Projekte, die aus dem „Bürgergutachten“ in Erlbach hervorgingen, sind das Bürgerbüro, der Bürgerbus, der Bürgerverein als „Verein der Vereine“ und der Einsatz einer Demografiebeauftragten.

für die Jugendlichen bedeutet. Die zentrale Frage des zweiten Tages lautete: „Welche Ideen haben wir für ein kinder- und jugendfreundliches Erlbach?“. Aus den Ideen der beiden Tage entwickelten die Jugendlichen einen Aktionsplan mit ihren Top-Ideen.

Das Demografie-Café im April 2013 in Markneukirchen lief ähnlich wie in Erlbach ab. Jedoch wurden bereits am ersten Tag die Ideen für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt entwickelt. Aus den Top-Ideen ergab sich das Schwerpunktthema „Kinder- und jugendfreundliche Innenstadt“. Am zweiten Tag wurde ein demografischer Innenstadtrundgang konzipiert. Anschließend schwärmten die Arbeitsgruppen in die Innenstadt aus, machten Fotos und diskutierten erste Vorschläge. Diese wurden danach in einem Aktionsplan gebündelt.

Die Ergebnisse des Projektes „Hierbleiben – Engagieren – Zurückkehren“ wurden im Juni 2013 von den jugendlichen Bürgergutachtern in einer Bilanz-Werkstatt vorgestellt. An dieser Veranstaltung nahmen über 70 Gäste aus Vereinen, Verwaltung und Landespolitik teil.

Projekte, die wirken

Als Ergebnis des Bürgergutachtens 2.0 mit Jugendlichen in Erlbach und Markneukirchen standen umsetzbare und übertragbare Projekte, von denen inzwischen bereits eine Reihe auf den Weg gebracht wurden: Die Gründung eines Jugend-Beirates, originelle Lösungen für leerstehende Geschäfte in Markneukirchen, Speed-Dating zwischen Unternehmen und Jugendlichen, Rock trifft Volksmusik als neues Format für die Kurkonzerte oder die Jugend-Filmtage im „Alten Schloss“ sind nur einige der realisierten Projekte.

Mehr Informationen

Dr. Hardo Kendschek
komet-empirica GmbH
kendschek@komet-empirica.de



Bürgergutachten 2.0 Erfolgsfaktoren auf einen Blick

- Die richtigen Fragen und Themen auswählen
- An jugendlichen Lebenswelten anknüpfen
- Zweitägige strukturierte und kreative Arbeit in Kleingruppen und im Plenum
- Von guten Beispielen inspirieren lassen
- Jugendliche in konkrete Projekte einbinden
- Schnelle Erfolge sichern

Die Entscheidungsträger aus dem Ortsteil Erlbach und der Stadt Markneukirchen verständigten sich in Abstimmung mit der kommunalen Politik und der Bürgerschaft, in einem „Bürgergutachten 2.0“ das Thema Jugend in den Mittelpunkt zu rücken. Passgenaue Beteiligungsmethoden sollen dabei den Jugendlichen die Möglichkeit zu einer aktiven Gestaltung ihrer Region bieten, um ihnen Anreize zum Bleiben und Zurückkommen zu geben.

Bürgergutachten als „Demografie-Café“

Im Februar 2013 trafen sich über 20 jugendliche Bürgergutachter aus Erlbach, um neue Ideen für die Zukunft ihres Ortsteils zu entwickeln. Am ersten Tag des Demografie-Cafés wurde in kreativer Arbeit den Fragen nachgegangen, wie das Leben 2030 in Erlbach aussehen wird und was das

Bürgerhaushalt

Durch Beteiligung mehr Transparenz schaffen und Akzeptanz für kommunale Entscheidungen erreichen.

Von Steffen Janik. Der Bürgerhaushalt in Großbreitenbach in Thüringen ist seit sechs Jahren das zentrale Element der Kommunikation zwischen Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung auf der einen Seite und der Bürgerschaft auf der anderen Seite. Vertreter aus Politik und Verwaltung diskutieren mit den Bürgern nicht nur die Angelegenheiten des aktuellen Haushaltes und der Haushaltsplanung, die Themenvielfalt geht deutlich darüber hinaus. Auch zukünftige kommunale Projekte und grundsätzliche Fragen der Stadtentwicklung, die oft noch gar keine direkte Haushaltsrelevanz haben, werden besprochen.

Was wird gemacht

Die Bürger reichen dem Stadtrat konkrete Vorschläge und Hinweise für Projekte und deren Finanzierung ein. Die Bürger können nur auf die freiwilligen Ausgaben Einfluss nehmen, Pflichtausgaben stehen nicht zur Diskussion. Die Entscheidungskompetenz bleibt aufgrund der Landes- und Bundesgesetzgebung letztendlich immer beim gewählten Stadtrat. Der Stadtrat kann sich aber so an den Bedürfnissen seiner Bürger orientieren und Prioritäten setzen. Wichtig ist: ein Bürgerhaushalt ist keine Weihnachtswunschaktion der Bürger an ihre Stadt und keine Legitimation von Sparvorschlägen.

Information ist alles

Jährlich haben die Bürger am „Tag des Bürgers“ die Gelegenheit, sich über den Stand der Entwicklung, die Finanzlage, geplante Schwerpunkte, die Arbeit der Verwaltung und Stadträte und vieles mehr zu informieren. Gleichzeitig können sich die Bürger hier mit Vertretern der Stadt austauschen. Vorschläge werden unterbreitet und die Bürger erfahren, was aus ihren Ideen und Anregungen geworden ist. Der Informationstag ist auch der Startschuss für die jeweils neue Beteiligungsphase. Im weiteren Prozedere werden die Einwohner in öffentlichen Veranstaltungen über den Stand des Verfahrens informiert.

Vorteile der Beteiligung

Diese Form der Partizipation hat dazu geführt, dass Entscheidungen zu Projekten jetzt von einer breiten Masse getragen werden. Konflikte können unmittelbar mit den betroffenen Gruppen diskutiert und abgebaut werden.

Ein weiterer Effekt ist, dass sich der Blickwinkel der Kommunalverwaltung erweitert. Die politischen Verantwortungsträger erhalten ein wertvolles Feedback darüber, ob sie mit ihren Vorstellungen und Aktivitäten richtig liegen. Zudem kann die Verwaltung durch externe Impulse ihre Arbeitsprozesse optimieren und effektiver werden.



Bürgerhaushalt kann ...

1. die Erfolgsstrategie für einen sachgerechten Haushalt sein
2. die Akzeptanz der Bürger für schwierige Haushaltsentscheidungen fördern
3. die Glaubwürdigkeit des Stadtrates und der Verwaltung unterstützen
4. für mehr Transparenz sorgen und überflüssige Bürokratie abschaffen.

Erfolg gibt Recht

In Großbreitenbach hat sich der Bürgerhaushalt als Instrument der Mitgestaltung und Mitbestimmung etabliert. Seit 2008 gingen rund 1970 Vorschläge und Hinweise ein. Die Bürgerbeteiligung hat dazu beigetragen, das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Politikern zu verbessern. Durch die Bürgerhaushalte der vergangenen sechs Jahre konnten einige Projekte erfolgreich umgesetzt werden. Beispielsweise wurden eine Skirollerstrecke angelegt, eine Kita saniert, ein Herrenhaus rekonstruiert und altersgerechte, barrierefreie Wohnungen kombiniert mit einer Tagespflegeeinrichtung geschaffen.

Mehr Informationen

Steffen Janik
J&B Beratungskontor
steffen.janik@da-rede-ich-mit.de
www.da-rede-ich-mit.de



... und vor Ort wird es konkret

In der Gemeinde, im Landkreis und der Region werden gesellschaftliche Veränderungen greifbar. Hier sind die Menschen direkt betroffen – wenn Läden schließen, der Weg zum nächsten Arzt länger wird, die Schule nicht mehr vor Ort ist oder weniger Busse fahren.

Zukunftsweisende Projekte sind gefragt, keine Patentrezepte, sondern an die Situation angepasste, praktische Lösungen. Die Beispiele auf den folgenden Seiten zeigen für unterschiedliche Bereiche und Handlungsebenen, wie es gelingen kann, den Herausforderungen zu begegnen.

Überzeugen Sie sich selbst davon!

Von Bürgern für Bürger – Nahversorgung in der LEADER-Region Eifel

Veränderte Konsum- und Mobilitätsgewohnheiten haben in den vergangenen Jahrzehnten zu einem starken Wandel bei den Nahversorgungsangeboten auch in den Dörfern der Eifel geführt. In einem abgestimmten Prozess untersuchten regionale Akteure zusammen mit den Bürgern die Perspektiven einer örtlichen Versorgung.

Von Alexander Sobotta. Gehörte der Lebensmittelladen früher auch in kleineren Dörfern zum Ortsbild, müssen heute für den täglichen Einkauf und für Dienstleistungen oft weite Wege mit dem Auto zurückgelegt werden. Probleme entstehen vor allem für Bürger mit begrenzter Mobilität, wie Senioren oder Haushalte mit nur einem PKW. Der Verlust der örtlichen Nahversorgung schränkt gleichzeitig die dörfliche Lebensqualität ein.



Eröffnung des Dorfladens in Wollersheim

Der Erhalt oder die Reaktivierung wohnungsnaher Versorgungsmöglichkeiten ist deshalb eine effektive Möglichkeit, Dörfer als Wohnort für junge Familien wieder attraktiver zu machen und gleichzeitig dem steigenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung gerecht zu werden. Passende Angebote werden damit zum Wettbewerbsvorteil von Kommunen.

Diese Entwicklungen betreffen auch die LEADER-Region Eifel in Nordrhein-Westfalen, die 15 Gemeinden in drei Landkreisen umfasst. Die 170 000 Einwohner der Region verteilen sich auf mehrere hundert Dörfer und Siedlungen. Für die Region wird eine im Bundesvergleich moderate Bevölkerungsabnahme bis 2030 mit deutlichen Unterschieden zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden prognostiziert.

Regional statt lokal

Deutschlandweit zeigen viele Beispiele, wie örtliche Einkaufsangebote, häufig kombiniert mit kommunalen, medizinischen und sozialen Dienstleistungen, erhalten oder reaktiviert werden können. Träger sind meist lokale Initiativen und einzelne Personen mit großem Engagement. Für die LEADER-Region Eifel stellte sich aber die Frage, was auf regionaler Ebene getan werden kann, um breit angelegt erste Impulse zur Erhaltung der Nahversorgung zu geben. Wie sich herausstellte, waren die Strukturen der Lokalen Aktionsgruppe sehr nützlich, um eine Reihe örtlicher Projekte anzuregen.

Gemeinsam Ziele setzen

Als erster Schritt wurde ein offener Arbeitskreis eingerichtet, mit dem Ziel, zu informieren, Austauschmöglichkeiten zu bieten und letztlich auch Lösungsansätze zu entwickeln. Dieses Angebot nutzten Vertreter bürgerschaftlicher Initiativen, Gewerbetreibende und Verwaltungsmitarbeiter rege. Interessant war, dass viele Dörfer bereits die Nahversorgungsproblematik diskutiert und teilweise schon konkrete Ideen entwickelt hatten. Deren Weiterführung scheiterte bislang vor allem daran, dass vor Ort Spezialkompetenz bei den ehrenamtlichen Akteuren fehlte. Außerdem wurden Risiken für finanzielle Investitionen gesehen und eine hohe zeitliche Belastung befürchtet.

Der wichtigste Punkt auf der durch den Arbeitskreis formulierten Agenda war deshalb, vorhandene bürgerschaftliche Projektideen durch Beratung zu unterstützen. Um die Kompetenz aller beteiligten Akteure zu steigern, sollten Erfahrungen aus repräsentativen Ansätzen in der Region transportiert werden. Ein weiteres Ziel bestand darin, die Bevölkerung zu sensibilisieren, um auch auf der Nachfrageseite Problembewusstsein zu schaffen.

Projektideen im Transfer

Wesentliche Kriterien für die Abfrage und die Auswahl der Modellprojekte waren die aktive Mitarbeit der Bürger vor Ort und die Begleitung durch die jeweilige Gemeindeverwaltung. Die Ausgangslagen, wie beispielsweise der Leer-

stand von Ladenlokalen im Dorfzentrum, der Wettbewerb des Einzelhandels mit einem neuen Discounter oder die Gestaltung von Nahversorgungsbereichen, sollten repräsentativ für die regionalen Fragestellungen sein. Die Einrichtung eines bürgerschaftlich getragenen Dorfladens wurde in vier Fällen als Lösung für die Nahversorgung in Betracht gezogen. Zwei Dorfläden wurden in der Zwischenzeit eröffnet. Weitere vier Projekte zielten darauf ab, in Zusammenarbeit mit privaten Gewerbetreibenden vorhandene Angebote zu erhalten und zu stärken. Alle lokalen Ansätze wurden von Bürgern begleitet.

Im Mittelpunkt des LEADER-Impulsprojekts standen deshalb einerseits die fachliche Beratung und Moderation, andererseits das spezielle örtliche Nachfragepotential. Die dazu nötigen Einwohnerbefragungen wurden in der Regel von den Bürgern durchgeführt. So konnte die vorhandene Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen, aber auch die Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung für das geplante Angebot detailliert erfasst werden. Gewerbetreibende, Dienstleister, Investoren und die Verwaltung haben so die Möglichkeit, Angebotserweiterungen auf der Grundlage belastbarer Daten abzuwägen.

Mangel bringt Bewegung

Unternehmerische Initiative ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine stabile Nahversorgung und sollte deshalb in erster Linie gefördert werden. Eine engagierte und problembewusste Gemeindeverwaltung, die Gewerbetreibende durch Beratung, Planungsbeteiligung und Einbindung in regionale Prozesse unterstützt, leistet hierzu den wichtigsten Beitrag.

Bis zum bürgerschaftlich getragenen Dorfladen ist es ein weiter Weg: Im Eifelort Nideggen-Wollersheim haben beispielsweise rund 50 Personen aktiv an der Dorfladen-gründung im Dezember 2011 mitgearbeitet. Über 100 der 650 Einwohner des Dorfes hatten zuvor an der Auftaktveranstaltung zum „Dorfladenprozess“ im Juli 2011 teilgenommen. Im April 2014 konnte der Dorfladen schließlich eröffnet werden. Zur Finanzierung einer preisgünstigen, aber ansprechenden Containerlösung hatten die Bürger bis dahin Anteile in einem Umfang von rund 40 000 Euro gezeichnet. Ein weit überdurchschnittliches Engagement der Bevölkerung und von Schlüsselpersonen vor Ort waren hier Grundlage des Erfolgs. Bei noch guten Nahversorgungsangeboten sind Bürger dagegen nur schwer zu motivieren, sich an Aktionen zu deren Sicherung zu beteiligen.

Manchmal können die Befragungsergebnisse für die Gewerbetreibenden auch enttäuschend sein, wenn nur wenige Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden oder die Kundenaussagen sogar die Geschäftsausrichtung in Frage stellen. Trotz zuweilen ernüchternder Ergebnisse ist es wichtig, dass die Gemeindeverwaltung, die aktiven Dorf-



Erfolgsfaktor Bürgerengagement: Über 50 der anwesenden 100 Bürger aus Nideggen-Wollersheim signalisierten in der Startveranstaltung zum Dorfladenprozess ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in den Projektarbeitsgruppen.

akteure und die Gewerbetreibenden die Entwicklungen im Blick behalten, um negativen Trends frühzeitig entgegensteuern zu können. Dabei können engagierte Arbeitsgruppen vor Ort die Befragungsergebnisse aufgreifen und die gewonnenen Daten für das Dorf nutzen.

Das regionale Netzwerk der Lokalen Aktionsgruppe brachte die relevanten Partner für die Impulskampagne zur Nahversorgung zusammen. Durch die Projekterfolge werden laufend weitere Dörfer zur Auseinandersetzung mit ihrer Nahversorgungssituation angeregt. Heute unterstützt das Regionalmanagement den Erfahrungsaustausch zwischen den Teilprojekten, weist auf Beratungsangebote hin und organisiert in Zusammenarbeit mit Partnern Fortbildungsmöglichkeiten für die Akteure. So konnte in der LEADER-Region Eifel mit geringem öffentlichen Mitteleinsatz der Grundstein für eine Reihe von Projekten zum Erhalt und zur Verbesserung der Nahversorgung gelegt werden.

Mehr Informationen

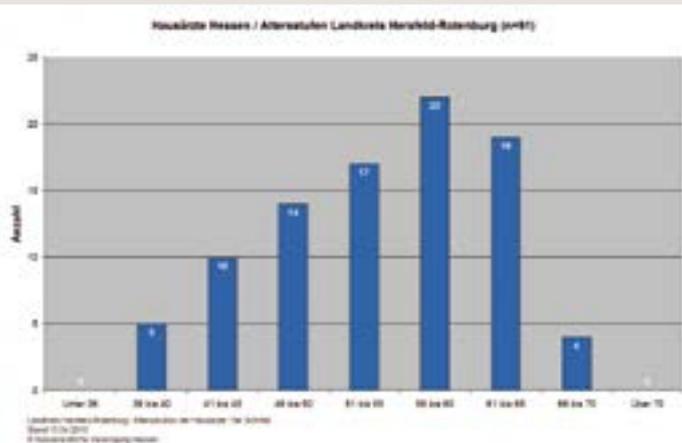
Alexander Sobotta (Regionalmanager)
Lokale Aktionsgruppe Eifel
beim Naturpark Nordeifel e.V.
E-Mail: leader@naturpark-eifel.de
www.leader-eifel.de

Hausarztakademie Hersfeld-Rotenburg – Gemeinsam auf der Suche nach jungen Ärzten

Alle werden älter! Heute schon haben wir die älteste Gesellschaft in Deutschland, die jemals gelebt hat. Seit 2009 findet im Landkreis deshalb eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema ärztliche Versorgung statt, 2011 startete die Hausarztakademie.

Von Anja Csenar. Schon heute gibt es für die steigende Zahl der älteren Menschen in Deutschland zu wenig Ärzte und ganz besonders zu wenig junge Ärzte. Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg sind 49,5 Prozent der Hausärzte über 55 Jahre alt und werden in den nächsten zehn Jahren aus-

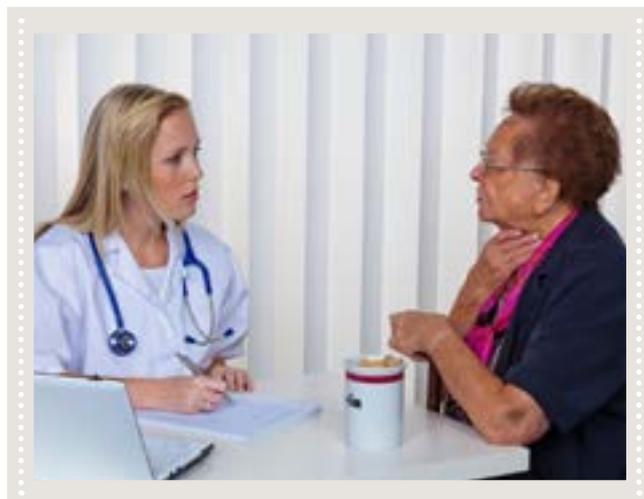
Kräfte benötigt und nicht von heute auf morgen zum Erfolg führt“, betonte der Landrat. Überzeugungsarbeit bei jungen Medizinerinnen sei erforderlich. Am besten könnten dies erfahrene ältere Kolleginnen und Kollegen leisten, die ihr Wissen und ihre Lebenserfahrungen einbringen und den



scheiden. Dies sind 45 von 90 Hausärzten. Aufgrund der Abwendung des ärztlichen Nachwuchses vom hausärztlichen Berufsbild zugunsten fachärztlicher Tätigkeiten (primär in Metropolen) und aufgrund des Wertewandels des ärztlichen Nachwuchses ergibt sich die geschätzte maximale Nachbesetzungsquote von 20 Prozent.

Durch die weit auseinander liegenden zentralen Orte ist eine hausärztliche Versorgung bereits heute nicht ausreichend gesichert. Die Situation wird sich durch den demografischen Wandel noch weiter zuspitzen, denn mit steigendem Alter nimmt die Notwendigkeit medizinischer Betreuung bei gleichzeitig abnehmender Mobilität der Patienten zu.

Vor diesem Hintergrund begann im Landkreis Hersfeld-Rotenburg im September 2009 auf Initiative von Landrat Dr. Karl-Ernst Schmidt ein intensiver Dialog mit den örtlichen Hausärzten. Hintergrund war der zunehmend schwieriger werdende Generationenwechsel bei dieser Berufsgruppe: Um eine drohende Unterversorgung zu verhindern, wurde vereinbart, in der Weiterbildung für Allgemeinmedizin intensiv zusammenzuarbeiten. „Wir müssen auf allen Ebenen tätig werden. Die Aufgabe der Sicherstellung ärztlicher Versorgung in ländlichen Regionen ist ein langwieriger und anspruchsvoller Ansatz, der die Bündelung vieler



medizinischen Nachwuchses für eine Ansiedelung auf dem Lande begeistern. „Wir können die Rahmenbedingungen nur gemeinsam verbessern“, sagte er.

Partner finden sich

Als Startschuss wurden Hausärzte zu einem Runden Tisch mit dem Thema „Sicherstellung der ärztlichen Versorgung“ eingeladen. Schnell wurde deutlich, dass ein Konzept gemeinsam mit den Kliniken angegangen werden muss. Im Juni 2011 wurde deshalb der Verein Hausarztakademie Hersfeld-Rotenburg e.V. gegründet, in dem das Klinikum Bad Hersfeld, das Herz- und Kreislaufzentrum Rotenburg, das Kreiskrankenhaus Rotenburg, die niedergelassenen Ärzte, der Hausärzteverband und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg Mitglied sind.

Das Rundum-Sorglos-Paket

Die teilnehmenden Kliniken und Ärzte verständigten sich darauf, eine Rotationsweiterbildung für Ärzte zum Allgemeinmediziner durch alle beteiligten Ausbildungsstätten wohnortnah und zeitgerecht zu garantieren. Während des

Studiums können angehende Ärzte Kontakt zu einem niedergelassenen Kollegen suchen, der sie als Mentor und ständiger Ansprechpartner während der Ausbildung begleitet. Die Weiterbildung zum Allgemeinmediziner (Hausarzt) beträgt zurzeit fünf Jahre, einschließlich anderthalb Pflichtjahre in einer niedergelassenen Praxis. Neben individuellen Weiterbildungen, wie beispielsweise zum Zeitmanagement, zur administrativen Führung einer Praxis oder durch Finanzierungsgespräche mit Banken, können die beteiligten Ärzte mit den Studenten auch eine zusätzliche individuelle finanzielle Vergütung während der Ausbildung vereinbaren. Die Mentoren bieten auch Unterstützung beim Umgang mit der kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen an. Die Finanzierung wird durch



Spenden der beteiligten Vereinsmitglieder und über Sponsoring der Kooperationspartner sichergestellt. Der Kreis bietet Unterstützung bei der Wohnungssuche und der Kinderbetreuung.

Ziel ist es, junge Ärzte auf ihrem Weg zu Allgemeinmedizinern weiterzubilden, um so Ärzte für die Region zu gewinnen. Dazu stellen ein Hausarzt und die ärztliche Leitung des Klinikums Bad Hersfeld regelmäßig allen Studenten die Hausarztakademie vor und werben für eine Niederlassung in der Region. Alle beteiligten Mitglieder berichten an verschiedenen Universitäten über das Projekt. Das Angebot soll helfen, der drohenden hausärztlichen Unterversorgung wegen des bevorstehenden Generationenwechsels zu begegnen. So konnten bereits sechs Studenten für eine Weiterbildung zum Allgemeinmediziner im Landkreis Hersfeld-Rotenburg gewonnen werden.

Der Landkreis wurde im Dezember 2011 durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge als eine von bundesweit 21 Modellregionen ausgewählt. Hieraus hat sich das Umsetzungsprojekt „Erprobung neuer Wege in der ärztlichen Versorgung und Seniorenversorgung im Landkreis Hersfeld-Rotenburg“, gefördert vom Bund und

vom Land, entwickelt. Das Ziel ist die Sicherung einer ausreichenden medizinischen Versorgung mit gut erreichbaren Ärzten und akzeptablen Wartezeiten für Behandlungstermine, mit Unterstützung von Delegationsmodellen wie die Versorgungsassistentin Hausarztpraxis (VERAH) sowie durch das präventive Angebot einer Kommunalen Seniorbetreuerin (KSB), durch das eine stationäre Unterbringung von Senioren vermieden oder zeitlich verzögert werden soll.

Zielgruppen des Vorhabens sind deshalb einerseits Senioren und pflegende Angehörige und andererseits Ärzte in der Allgemeinmedizin, insbesondere junge Ärzte. Die Hausarztakademie beteiligt sich an diesem Projekt und



Kooperationspartner gesucht

Die Hausarztakademie sucht nach Kooperationspartnern. Sponsoren oder neue Mitglieder, die das Projekt finanziell unterstützen möchten, wenden sich an die

Hausarztakademie Hersfeld-Rotenburg e.V.,
Telefon: 06621 87228
E-Mail: hausarztakademie@hef-rof.de

unterstützt hierbei vor allem die Weiterbildung von Arzthelfern zu den sogenannten VERAHs. Darüber hinaus ist die Hausarztakademie an dem Aufbau eines zukunftssicheren Gesundheitsnetzes im Landkreis Hersfeld-Rotenburg beteiligt, das vom Hessischen Sozialministerium im Rahmen des Wettbewerbs der Förderung regionaler Gesundheitsnetze gefördert wird.

Bereits im Juni 2011 wurde die Hausarztakademie durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag im Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ von insgesamt 585 Wettbewerbsbeiträgen als einer von neun Preisträgern ausgezeichnet.

Mehr Informationen

Corinna Zehender
Beauftragte für Zukunftsfragen
Landkreis Hersfeld Rotenburg
E-Mail: corinna.zehender@hef-rof.de
www.hausarztakademie-hersfeld-rotenburg.de

Rette aus Leidenschaft! Das Projekt „Perspektive Feuerwehren“

Die Freiwillige Feuerwehr im Landkreis Cochem-Zell geht neue Wege im demografischen Wandel

Von Susanne Tschirschky. Gesellschaftsstrukturelle Veränderungen wie der demografische Wandel beeinflussen auch die Leistungskapazitäten der Feuerwehren. Der ländlich geprägte Landkreis Cochem-Zell verfügt über eine geringe Bevölkerungsdichte (87,8 Einwohner je Quadratkilometer). Nach Prognosen des Statistischen Landesamtes wird die Bevölkerung ausgehend vom Jahr 2010 bis 2030



deutlich zurückgehen (-11,8 Prozent). Dies zeigt sich bereits bei der Nachwuchsge-
winnung der Jungfeuerwehren: Seit 2001 gingen die Mitgliederzahlen im Landkreis um 38 Prozent zurück. Im Rahmen des Modellprojektes „Ländliche Perspektiven“ der Entwick-

lungsagentur Rheinland-Pfalz e. V. erarbeiteten deshalb die Freiwilligen Feuerwehren des Kreises 2011 Maßnahmen, um auch künftig die Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr in ländlichen Räumen sicherzustellen.

Mit drei Projekt-Bausteinen zum Ziel

Im Fokus des Projekts „Rette aus Leidenschaft“ standen die Nachwuchsförderung für Freiwillige Feuerwehren sowie die Kostensenkung im Beschaffungswesen. Das Projekt setzt sich aus drei Projektbausteinen zusammen:

1. Gründung einer interkommunalen Einkaufsgemeinschaft zur zentraleren Organisation des Beschaffungswesens auf Grundlage von „Einkaufslisten“ ,
2. Durchführung einer einjährigen Imagekampagne „Rette aus Leidenschaft“ mit Projekttagen an Schulen,
3. Einführung des Wahlpflichtfaches „Feuerwehrtechnische Grundausbildung“ in der 8. und 9. Klasse.

An der Konzipierung und Umsetzung der Projektbausteine waren neben der Kreisverwaltung Cochem-Zell, die damaligen Wehrleiter mehrerer Verbandsgemeinden, der Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz, der Kreisfeuerwehrverband Cochem-Zell sowie die Realschule Plus Treis-Karden beteiligt.

Vernetzung als Schlüssel zum Erfolg

Zur Umsetzung waren die Motivierung und die Stärkung der Kooperationsbereitschaft der Schlüsselakteure entscheidend. Die regelmäßigen Arbeitskreissitzungen sorgten für eine gute Vernetzung. Die Basis für die gute Verknüpfung zwischen Verwaltung, Ehrenamt, Schulen und Feuerwehrverbänden bildete das Schaffen von gegenseitigen Vertrauen und das Herausarbeiten des individuellen Mehrwerts einer Projektrealisierung. Wichtige Meilensteine waren die öffentlichkeitswirksame Einführung des Schulfaches und der Start der Imagekampagne. Ein weiterer Erfolgsfaktor war die Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung, die der Einkaufsgemeinschaft einen verbindlichen und langfristig verlässlichen Rahmen gegeben haben.

Das Beispiel macht Schule

Das Schulfach „Feuerwehrtechnische Grundausbildung“ hat sich in der Praxis bewährt. Mittlerweile werden bereits an fünf weiteren rheinland-pfälzischen Realschulen Plus Schüler zu Feuerwehrmännern und -frauen ausgebildet. An der Realschule Plus Treis-Karden startete dieses Schuljahr bereits der dritte Jahrgang. Ein Drittel der Schüler treten nach erfolgreichem Abschluss in die aktive Wehr ein. Die Einkaufsgemeinschaft konnte bisher aufgrund der Anbieterstruktur im Beschaffungswesen nur bedingt Ersparnisse durch Mengeneffekte erzielen. Der erwirkte und verbindlich vereinbarte Konsens der Wehrleiter über gleiche Ausrüstungsqualitätsstandards ist jedoch Voraussetzung, um künftig Kosten zu sparen. Grundsätzlich eignen sich die erprobten Maßnahmen für alle Landkreise mit Nachwuchsproblemen in der Freiwilligen Feuerwehr und solche, die bei der Beschaffung der Ausrüstung langfristig Einspareffekte erzielen wollen.

Mehr Informationen

Hans-Werner Thomas
Kreisverwaltung Cochem-Zell

Susanne Tschirschky
Entwicklungsagentur RLP
E- Mail: tschirschky@ea.rlp.de

Ambient Assisted Living in Arzberg

Was kann man tun, wenn Senioren eine Stadt verlassen, weil passende Wohnangebote fehlen? Man muss Möglichkeiten schaffen, damit diese Menschen länger und möglichst selbstständig in ihrer eigenen Wohnung leben können. Wie das funktioniert? „Ambient Assisted Living“ kann eine Lösung bieten.

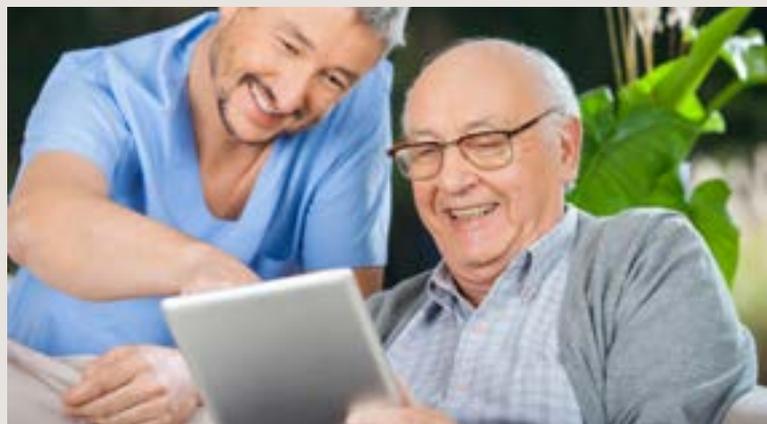
Von Markus Neufeld und Tobias Chilla. Die Stadt Arzberg im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge hat keinen leichten Stand. Nach dem industriellen Strukturwandel trifft aktuell auch der demografische Wandel die 5 000-Einwohner-Stadt mit voller Härte: In den nächsten 15 Jahren wird Arzberg aktuellen Prognosen zufolge rund ein Viertel seiner Bevölkerung verlieren. Selbst Senioren verlassen die Stadt, da vor Ort kaum seniorenrechtliches Wohnen möglich ist; stationäre Einrichtungen sind Mangelware.

Gemeinsam mit der örtlichen Wohnungsgenossenschaft beschreitet die Stadt Arzberg nun neue Wege: Im Rahmen des EU-Projektes „Adapt2DC – Anpassung an den demografischen Wandel“ (siehe Kasten auf Seite 79) wurde eine Musterwohnung mit technischen Assistenzsystemen – sogenannten Ambient Assisted Living Systems (AAL-Systeme) – ausgestattet. Der Schwerpunkt der Assistenzsysteme liegt in dieser Wohnung auf den Bereichen Gesundheit, Sicherheit und Steuerung. Diese drei Kategorien sind für ältere Menschen von großer Bedeutung. Neben einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis gehört beispielsweise die tägliche Kontrolle des Blutdrucks für viele zum Leben dazu. Nicht zuletzt sollen die Assistenzsysteme den Alltag erleichtern – dies wird durch eine komfortable Steuerung erreicht.

In der Kategorie Gesundheit kommunizieren etwa Blutdruck- und Pulsmessgeräte mit einem Computer. Die gemessenen Werte können zum einen in einer Zeitreihe dargestellt und ausgewertet werden. Auf diese Weise wird eine Art Gesundheitstagebuch geführt. Zum anderen können diese Daten auf Wunsch und vertraulich per verschlüsselter E-Mail an Dritte – etwa den Hausarzt, den Pflegedienst oder Verwandte – versandt werden. Außerdem gibt es eine Notruffunktion für kritische Situationen.

Darüber hinaus wurde die Sicherheit der Wohnung mithilfe technischer Geräte erhöht. Die Herdplatten werden überwacht, Fenster und Türen sind mit Öffnungssensoren ausgestattet, Rauch- und Wassermelder geben im Alarmfall ein akustisches Signal und versenden automatisch eine E-Mail, etwa an Angehörige. Über einen sogenannten Abwesenheitsschalter lassen sich darüber hinaus alle Stromverbrauchenden Geräte beim Verlassen der Wohnung auf einmal ausschalten und bei der Rückkehr in die Wohnung wieder einschalten. Die Unsicherheit, ob beispielsweise das Bügeleisen auch wirklich ausgesteckt wurde, ist damit Vergangenheit.

Die Steuerung nahezu aller Funktionen der in der Wohnung eingebauten Geräte erfolgt entweder über Taster oder über einen Tablet-PC. Alle Daten können darüber eingesehen und verwaltet werden – vom Küchenarbeitsplatz, Fernsehsessel oder Pflegebett aus. Die eingebauten Systeme sind als Komplettpaket montiert, um dem Charakter einer Musterwohnung zu entsprechen. Zugleich ist diese Musterwohnung jedoch auch – ganz bewusst – vermietet: Man setzt auf Mundpropaganda.



Durch AAL kann die Lebensqualität von Senioren gesteigert werden, sodass sie länger in ihrer eigenen Wohnung leben können. Somit kann dem Fortzug von Senioren entgegengewirkt und damit weiterer Wohnungsleerstand vermieden werden. Aufgrund des Pilotcharakters dieses Projektes sind keine kurzfristigen Effekte zu erwarten. Es zeigt sich jedoch, dass nicht immer große bauliche Maßnahmen erforderlich sind, sondern auch kleinere – technische – Modifikationen wie der Einbau von AAL-Systemen eine sinnvolle Anpassungsmaßnahme für die Herausforderungen des demografischen Wandels darstellen.

Mehr Informationen

Markus Neufeld und Tobias Chilla
 Institut für Geographie
 Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
 markus.neufeld@fau.de
 tobias.chilla@fau.de
 www.adapt2dc.eu

„Dorf im Dorf“ in Dobbertin – gesund alt werden auf dem Lande

Vor 20 Jahren war Mecklenburg-Vorpommern das Bundesland mit der jüngsten Bevölkerung und vorwiegend durch Agrarwirtschaft geprägt. Heute ist es stark vom demografischen Wandel betroffen und auf dem Weg zum Tourismus- und Gesundheitsland. Das „Dorf im Dorf“ ist eine Antwort auf den Wandel und setzt darauf, ihn als Chance zu begreifen.

Von Dirk Mittelstädt. Auf den ersten Blick schien 2009 alles in Ordnung zu sein in Dobbertin. Rund 1 250 Menschen wohnten in der zwischen Schwerin und der Mecklenburgischen Seenplatte gelegenen Gemeinde. Es gab einen Supermarkt, einen Bäcker, eine Ärztin, zwei Wirtshäuser, 87 Gewerbebetriebe und keinen Wohnungsleerstand. In der alten Klosteranlage hatte die Diakonie etwa 300 Arbeitsplätze geschaffen. 80 dorfbildprägende Gebäude vermitteln eine heimelige Atmosphäre. Die Menschen wohnen gerne hier. Der zweite Blick in die Altersstatistik zeigte allerdings die Herausforderungen, vor denen die Gemeinde steht: In absehbarer Zukunft wird jeder dritte Dobbertiner über 60 Jahre alt sein. Die Kinder dieser Generation leben häufig hunderte Kilometer entfernt und können sich nicht oft um ihre Eltern kümmern.

Viele Jahre gab es im Klosterdorf Dobbertin die Möglichkeit, im Alter betreut zu werden, bis dann Mitte der 90er Jahre das Seniorenheim geschlossen wurde. Nun wanderten nicht nur die Jungen aus, sondern auch diejenigen, die eigentlich ihren Lebensabend in „ihrem Dorf“ verbringen wollten. Neben gesundheitlichen Gründen gab es andere Auslöser für eine solche Entscheidung: der zu große Garten, die nur noch mit Mühe zugänglichen Treppen, Schränke und Keller oder zu lange Wege zu Ärzten und Einrichtungen des täglichen Bedarfs. In Dobbertin wurde bald erkannt: Es besteht Handlungsbedarf. Daraufhin setzten sich im Sommer 2010 der ehemalige Gemeindevorsteher Horst Tober mit Professor Klinkmann (Projektbüro Bio-Con Valley), Henning Bombeck (Professor für Siedlungsplanung und ländliche Bauten an der Universität Rostock) und Axel Gutzeit (Architekten) zusammen und diskutierten über die Herangehensweise. Schnell wurde klar, dass

die Gemeinde in den Entwicklungsprozess mit einbezogen werden muss. Nach Auswertung der durch die Universität Rostock begleiteten Workshops und Umfragen wurde deutlich, welche Probleme bestehen und wie deren Lösungen aussehen könnten. Neben der ärztlichen Versorgung, dem seniorengerechten Umfeld, Einkaufsmöglichkeiten und Fragen der Mobilität war auch barrierefreier Wohnraum ein wichtiges Thema. Dabei wuchs die Idee vom „Dorf im Dorf“ für ältere Menschen in Dobbertin: Eine Siedlung, die ein selbständiges Leben in den eigenen vier Wänden und in gewachsenen Strukturen in der Gemeinde ermöglichen soll. Es flossen schon ganz konkrete Ideen mit in das Konzept ein, wie etwa Wünsche nach Größe und Zuschnitt der Wohnungen und die mögliche Miethöhe.



Model des „Dorf im Dorf“-Projekts

Die Umsetzung

Wie schwer der Weg von einer Idee bis zum ersten Spatenstich sein würde, hatte sich wohl zu diesem Zeitpunkt niemand träumen lassen. In der Gesamtheit passte das Projekt in keine Schublade einer Förderung auf EU-, Bundes- oder Landesebene. Aus den Umfragen ging hervor, dass die zukünftigen Bewohner ein Mietmodell favorisieren, daher sprang der potentielle Investor ab. Die Gemeinde trennte sich nachfolgend vom Projektentwicklungsbüro und nahm das Projekt selbst in die Hand. In interministeriellen Gesprächsrunden wurde die Förderung im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“ vereinbart. Mit der KfW-Bank konnte dann auch noch die Finanzierung über das Programm „Investitionskredit für Kommunen“ abgesichert werden. Für die Erstellung eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes in



Schematische Darstellung der Siedlungsfläche – 1. und 2. Bauabschnitt

relativ kurzer Zeit war es ein glücklicher Umstand, dass ein 12 000 Quadratmeter großes gemeindeeigenes Baugrundstück zur Verfügung stand. Obwohl sich die Prüfung der Kommunalaufsicht des Landkreises hinzog und mehrere kostenintensive Wirtschaftsgutachten erstellt werden mussten, ließen sich die Gemeindevertreter nicht beirren. Die Vorarbeiten, unter anderem im Straßenbau und der Erschließung, fanden bereits 2013 statt, sodass nach der öffentlichen Ausschreibung im April 2014 die Grundsteinlegung erfolgen konnte.

Die Architektur

Der Architekt Axel Gutzeit setzte seinen Plan, angelehnt an die Architektur der Lübecker Gängehäuser und der belgischen Begijnenhöfe, in die Tat um. In den sogenannten Scheunenhäusern befinden sich je zwei oder drei Wohnungen und die Dächer erinnern an die ortstypischen Mecklenburger Hallenhäuser. Um nachbarschaftliches Engagement und Kommunikation zu ermöglichen, wurden die Scheunenhäuser um Kernbereiche gruppiert. Die Wohnungen sind zwischen 54 und 88 Quadratmeter groß und wie auch das Wohnumfeld barrierefrei konzipiert. Trotz des ortstypischen Daches liegen sie alle ebenerdig. Die Zugangswege zu den Wohnungen sind befahrbar und somit auch für Rollstuhlfahrer oder mit dem Auto gut zu erreichen. Von dem Wohnkomplex aus sind die im Dorfzentrum befindlichen Geschäfte, wie der Frischemarkt, der Friseur und auch die neu angesiedelte Arztpraxis, gut zu erreichen. Mit Physiotherapie und mobilem Pflegedienst sind weitere wichtige Standortfaktoren vorhanden. Die ersten 14 Wohnungen sind fertiggestellt und sind bereits komplett vermietet, weitere zwölf Wohnungen werden bis Mitte 2016 folgen und auch hierfür sind schon Interessentenlisten vorhanden.

Aussichten

Neben dem Weiterbau der barrierefreien Wohnungen sind in einem angrenzenden Bauernhofensemble noch die An-



Im Bau befindliche Gebäude des Projekts

siedlung einer Demenz- und Seniorentagespflege sowie eines bereits in der Nachbargemeinde Lohmen existierenden Familienservice geplant. Letzterer organisiert in kommunaler Regie alles um Haus und Garten und vernetzt bestehende oder noch zu schaffende Dienstleistungen. Als Teil des Familienservices soll in Kooperation mit der Gemeinde Lohmen außerdem zukünftig das Projekt „virtuelles Wohnzimmer in der Seeblickregion“ umgesetzt werden. Dabei handelt es sich um moderne Informationstechnologie für ältere Menschen, die auch den Mietern im „Dorf im Dorf“ Zugang zu Assistenzsystemen für altersgerechtes Wohnen ermöglichen soll.

Ganz wichtig bleibt aber auch weiterhin die Integration der älteren Menschen in bestehende Strukturen, wie zum Beispiel den Heimatverein. Hier sind vielfältige sportliche und kulturelle Angebote für die Dobbertiner geschaffen worden, zu denen jetzt auch die neuen Bewohner herzlich eingeladen sind.

All diese Prozesse bei der Entstehung vom „Dorf im Dorf“ sollen wissenschaftlich begleitet werden, um auch anderen Gemeinden die Möglichkeit zum Nachahmen zu bieten. Mit der Umsetzung dieses Projektes werden neue Arbeitsplätze geschaffen und somit auch jungen Menschen ein Anreiz geboten, sich in Dobbertin niederzulassen. Über dieses angestrebte Miteinander der Generationen und die weitere Entwicklung des Projektes „Dorf im Dorf“ wird es auch künftig noch das Ein oder Andere zu berichten geben.

Mehr Informationen

Dirk Mittelstädt
Bürgermeister Gemeinde Dobbertin
buergermeister@dobbertin.de

Frischer Wind für alte Häuser

Was tun, wenn Familien lieber am Dorfrand wohnen – und der Ortskern verwaist? Diese Frage stellte sich das ost-westfälische Hiddenhausen und beschloss, nicht länger in Baugebiete am Ortsrand zu investieren. Stattdessen geht die Gemeinde mit dem kommunalen Förderprogramm „Jung kauft Alt“ gezielt gegen den drohenden Leerstand vor: Menschen, die einen Altbau in der Dorfmitte kaufen, erhalten Zuschüsse und für jedes Kind einen Bonus. Ein Modell, das die Region für jüngere attraktiv macht: Mittlerweile lebt durchschnittlich ein Kind in jedem geförderten Haushalt.

Von *Andreas Homburg*. Wie bekämpft man den Leerstand in den alten Ortskernen? Alle Prognosen weisen für die 20 000-Seelen-Gemeinde Hiddenhausen eine schrumpfende und alternde Bevölkerungsentwicklung aus. Aufgeschreckt durch die Bevölkerungsprognosen wurde nach einer Analyse der örtlichen Altersstruktur deutlich, dass in nicht allzu ferner Zeit ein beachtlicher Anteil an Altimmobilien auf den Markt kommen wird. Indikator ist hier der Anteil alleinstehender älterer Hauseigentümer.

Leben gerufen. Damit unterstützt die Gemeinde junge Familien bei der Nachnutzung von alten Siedlungshäusern durch Zuschüsse für Altbaugutachten und für den Erwerb von alten Wohnhäusern.

So werden knapper werdende Freiflächenressourcen nachhaltig geschont, gewachsene Quartiere wieder mit jungem Leben gefüllt, die Auslastung der vorhandenen Infrastruktur verbessert sowie Kindergärten und Schulen gestärkt.

Gleichzeitig hat die Gemeinde den Leerstand bei Wohnimmobilien in den Ortskernen gestoppt und den Strukturwandel in den Dörfern frühzeitig eingeleitet, um auch in Zukunft ein lebendiges und junges Leben im Dorf zu etablieren.

Beratung schließt Informationslücken

Größtes Hemmnis bei der Vermarktung und Nachnutzung von Altbauten ist vor allem die Einschätzung des Sanierungsaufwandes. Im Gegensatz zu Neubauten fehlt es den Bauherren hier an fundierten Grundlagen für die Finanzierung. Viele Bauherren scheuen davor zurück, Fachleute

einzuschalten, verlassen sich auf zweifelhafte Schätzungen oder lassen den Gedanken an die Um- oder Nachnutzung einer Altimmoblie gleich wieder fallen. Die fehlende Transparenz bei Kosten und Nutzungsmöglichkeiten, beispielsweise durch außergewöhnliche Grundrisse, stellt einen erheblichen Nachteil im Vergleich zu Neubauten dar.

Hier setzt das Förderprogramm der Gemeinde an: Um die Nutzungsmöglichkeiten und die damit verbundenen Umbau- und Sanierungskosten von Gebrauchtimmobilien fachkundig abschätzen zu lassen, fördert die Gemeinde die Erstellung eines Altbau-Gutachtens.

Bei diesem ersten Baustein von „Jung kauft Alt“ wird die Ortsbegehung, Bestandsaufnahme, Modernisierungsempfehlung und Kostenschätzung durch Architekten und Bausachverständige bezuschusst – und zwar einmalig mit



Neues Denken in der Baulandpolitik

Hiddenhausen hat aufgrund der Bevölkerungsprognosen und der eigenen Analyse der Altersstruktur erkannt, dass in Zukunft die Ausweisung von Neubaugebieten am Dorfrand kein Königsweg mehr sein kann.

Ein neues Denken in der Bauleitplanung war gefragt, um junge Familien am Ort zu halten und deren Blick „weg vom Neubau – hin zum Altbau“ zu lenken. So berief Hiddenhausen Anfang 2007 eine Expertenrunde aus Banken, Sparkassen, Maklern, Wohnbaugesellschaften, Planern und Architekten, um Möglichkeiten zur Förderung der Altbau-nutzung zu erörtern. Es wurde beschlossen, in der Gemeinde Hiddenhausen auf die Ausweisung von Neubaugebieten zu verzichten. Gleichzeitig wurde das Förderprogramm „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“ ins

einem Sockelbetrag von 600 Euro, der je nach Kinderanzahl auf maximal bis zu 1 500 Euro anwachsen kann (300 Euro für jedes Kind).

Familien erwünscht!

Mit dem zweiten Baustein des Förderprogramms fördert die Gemeinde den Erwerb einer mindestens 25 Jahre alten Immobilie laufend für die Dauer von sechs Jahren. Die Geförderten erhalten einen jährlichen Grundbetrag von 600 Euro und 300 Euro für jedes zum Haushalt der Antragsteller gehörende minderjährige Kind. Der Clou dabei: Bei Geburten innerhalb des Förderzeitraums erhöht sich der Förderbetrag im Sinne eines „Altbau-Kindergeldes“ automatisch bis zu einem jährlichen Förderbetrag von 1 500 Euro. Voraussetzung für die Förderung ist der Eintrag der Antragsteller als Eigentümer im Grundbuch und die Anmeldung bei der Gemeinde mit Hauptwohnsitz, sodass damit eine langfristige Bindung an die „Scholle“ erreicht wird.

Ersatzbau statt Altbau

Nicht jeder Altbau lässt sich nach energetischen Standards vernünftig und wirtschaftlich sanieren. Dies hat Hiddenhausen erkannt und die Förderungen ergänzt: Wird ein Altbau abgerissen und an der gleichen Stelle ein Neubau im Dorfkern errichtet, erhalten Bauherren die gleiche Förderung wie beim Erwerb eines Altbaus. Denn auch hier wird die vorhandene Infrastruktur nachgenutzt, gleichzeitig kommt junges Leben wieder zurück in die alten Dorfkerne.

„Innovativ“ und umsetzungsstark

Hiddenhausen hatte mit „Jung kauft Alt“ eine innovative und außergewöhnliche Idee, die einfach und gut ist. Einfach: Die Fördersätze sind leicht merkbar, die Antragsteller brauchen nur ihren Namen und die Anschrift des zu erwerbenden Gebäudes anzugeben. Gut: Die Erfolgszahlen sprechen für sich. Bis September 2014 wurde der Erwerb von insgesamt 312 Altbauten sowie die Erstellung von insgesamt 32 Altbaugutachten durch die Gemeinde Hiddenhausen gefördert. In den geförderten Haushalten leben insgesamt 354 Kinder; erfreulich ist auch die Geburt von 59 Babys in den unterstützten Haushalten während der Förderung. Für das Jahr 2014 bilden allein die Erstklässler, die in den geförderten Haushalten wohnen, eine Grund-



schul-Einstiegsklasse. Besonders bemerkenswert ist, dass die Gemeinde Hiddenhausen nicht nur junge Familien halten, sondern auch Neubürgerinnen und Neubürger gewinnen konnte, denn 58 Prozent der geförderten Haushalte werden von Zugezogenen bewohnt und 11 Prozent der unterstützten Personen stammen sogar aus einem anderen Landkreis. Zudem wurde seit 2011 keine Neubaufäche mehr ausgewiesen. Wegen des großen Erfolges hat der Rat der Gemeinde Hiddenhausen einstimmig beschlossen, „Jung kauft Alt“ unbefristet fortzuführen.

Vorbildwirkung

Hiddenhausen ist für sein Förderprogramm „Jung kauft Alt“ vielfach prämiert worden, gerade als „Ausgezeichneter Ort im Land der Ideen 2014“. Aufgrund der Erfolgszahlen, der medialen Verbreitung, der Vorstellung des Programms in Seminaren und kommunalen Gremien sowie der bundesweiten Anfragen aus anderen Kommunen konnte Hiddenhausen andere inspirieren. Das Förderprogramm „Jung kauft Alt“ hat viele Nachahmer gefunden.

Mehr Informationen

Andreas Homburg
Gemeinde Hiddenhausen
E-Mail: a.homburg@hiddenhausen.de
www.hiddenhausen.de > Wohnen > Bauen > Jung kauft alt

Willkommenskultur für Flüchtlinge

Flüchtlinge können eine Chance für Kommunen im ländlichen Raum sein. Damit ihre Integration gelingt, bedarf es einer Willkommenskultur als Baustein einer Integrationsstrategie, die alle wesentlichen Akteure einbezieht. Ein Kommunikationskonzept, das die Potenziale der Flüchtlinge für die Entwicklung ländlicher Räume herausstellt, ist dabei ein notwendiger Baustein.

Von *Timm Fuchs*. Die auf 800 000 prognostizierten großen Zahlen an Flüchtlingen stellen Bund, Länder und vor allem die Kommunen vor erhebliche Herausforderungen. Trotzdem dürfen die Chancen nicht übersehen werden, die mit einer erfolgreichen Integration von Zuwanderern gerade in ländlichen Regionen verbunden sein können.

Potenzialorientierte Sicht auf Migration

Dazu bedarf es einer potenzialorientierten Sicht auf Migration. Die Voraussetzungen hierfür sind gerade im ländlichen Raum gegeben. 52 Prozent der Menschen, die in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern wohnen, befürworten eine Unterbringung von Asylbewerbern mit Aufenthaltsgenehmigung, um ihnen eine Möglichkeit zu geben, sich ein neues Leben aufzubauen. Allerdings darf man Einwohner wie Flüchtlinge dabei nicht überfordern. Es bedarf einer Integrationsstrategie, die alle wesentlichen Akteure aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft einbezieht. Wichtige Grundlagen dafür bestehen bereits:

So hat die Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Deutschen Landkreistag das Projekt „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ durchgeführt.

Anhand von Praxiserfahrungen, die durch einen Beratungs- und Coaching-Prozess zur interkulturellen Öffnung in den Projektkommunen gewonnen wurden, konnten zentrale Handlungsfelder und Maßnahmen zur Verbesserung der Integration identifiziert werden.

Wichtige Felder sind unter anderem die Teilhabe durch berufliche und sozialräumliche Integration, bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation, religiöse Gemeinschaften sowie die Unterbringung und Begleitung von Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Mit Flüchtlingen Zukunft schaffen

Als zentraler Erfolgsfaktor einer kommunalen Integrations- und Diversitätspolitik werden in der Studie die strategische Ausrichtung der Integrationsarbeit und deren

Verzahnung mit zentralen Zukunftsfeldern gesehen. Solche Zukunftsfelder sind beispielsweise die Bewältigung des demografischen Wandels, die Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften und die Stärkung der Kommune als Wirtschaftsstandort durch die Sicherung der lokalen Fachkräftebasis. Die Entwicklung eines an die örtlichen Bedingungen angepassten kommunalen Konzepts zur Integration von Zugewanderten ist eine notwendige Grundlage, um die strategische Ausrichtung der Integrationspolitik zu verstärken. Wichtig ist, Verantwortliche zu benennen und dass Integration in der Verwaltung als fachübergreifende Aufgabe verstanden wird. Die Einrichtung von Steuerungsgruppen trägt dazu bei, Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung zu verankern. Dies sollte in ein Kommunikationskonzept eingebettet sein, das die Potenziale der Flüchtlinge für die Entwicklung ländlicher Räume herausstellt.

Der Weg hin zu einer Anerkennungs- und Willkommenskultur in den Städten und Gemeinden nimmt einige Zeit in Anspruch. Er kann jedoch von der Verwaltungsspitze gezielt vorangetrieben werden. Leitbilder können eine potenzialorientierte Sichtweise verbreiten, die Alteingesessene und Flüchtlinge einbezieht. Aufgrund traumatisierender Erfahrungen im Vorfeld der Flucht lassen sich Flüchtlinge oft nur dann zur Teilhabe am Leben der Stadt bewegen, wenn man ihnen gezielt die Hand reicht und nach Wegen zu einer gelungenen Integration sucht. Auf der anderen Seite setzt die Integration in die örtliche Gemeinschaft aber auch die Anerkennung der Grundwerte unserer Verfassung und die Bereitschaft zur kulturellen Öffnung voraus.

Das Handbuch für Kommunen „Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen“ kann unter www.integrationspotenziale.de kostenlos bestellt und heruntergeladen werden.

Mehr Informationen

Carsten Hansen
Deutscher Städte- und Gemeindebund
E-Mail: carsten.hansen@dstgb.de

Innenentwicklung gestalten und neue Formen der Mobilität erproben

Ein kommunales Innenentwicklungsmanagement und ein regionales Kombibuskonzept sind Ergebnisse eines Demografie-Coachings im Saale-Orla-Kreis. Das Coaching entwickelten regionale Akteure im thüringisch-oberfränkischen Raum als Pilotaktion im Rahmen eines INTERREG-IV-Projektes.

Von *Nicolas Ruge*. Der thüringische Saale-Orla-Kreis ist vom Einwohnerrückgang geprägt. Das Thüringer Landesamt für Statistik geht davon aus, dass die Einwohnerzahlen des Kreises weiter rückläufig sind und bis 2030 um etwa ein Viertel unter denen des Jahres 2009 liegen. Dabei wird der Anteil der natürlichen Bevölkerungsentwicklung am Verlust größer, die Wanderungsverluste gehen voraussichtlich deutlich zurück. Auffällig ist, dass die Zahl der potentiell Erwerbstätigen stark abnimmt, während der Anteil der über 65-Jährigen deutlich ansteigt.

Hauptaufgabe des Demografie-Coachs ist neben der Vernetzung von Akteuren die Umsetzung von konkreten Vorhaben. Dazu wurden auf Grundlage einer Stärken-Schwächen-Analyse Pilotmaßnahmen ausgewählt, zu denen ein Innenentwicklungsmanagement und ein kreisweites Kombibuskonzept gehören.

Infrastruktur auf guter Datenbasis planen

In vielen ländlichen Gemeinden ist die Informationslage über den Gebäudeleerstand unzureichend. Es kann kaum nachvollzogen werden, wie sich die Veränderung der Bevölkerung auf die Wohnraumnutzung konkret auswirkt, wann und in welchem Umfang Leerstände zu erwarten sind.

Als Grundlage für zukünftige Infrastrukturentscheidungen ist im Rahmen des Demografie-Coachings in der Gemeinde Remptendorf ein Innenentwicklungsmanagement entwickelt worden. Daten der Meldeämter werden dabei auf Grundlage von Liegenschaftskarten mit Gebäudeadressen verknüpft und als Karten ausgegeben, die aktuelle und perspektivische Leerstände darstellen. Aktuell sind die Leerstände noch unproblematisch, Leerstandrisiken werden jedoch bereits deutlich. Mit diesem Instrument wird Verantwortungsträgern vor Ort die Möglichkeit gegeben, Ziele und Maßnahmen für die künftige Entwicklung zu bestimmen und Daseinsvorsorge besser organisieren zu können.

Ideen für eine integrierte Mobilität

Die Busse der KomBus GmbH bedienen derzeit regelmäßig die gesamte Fläche des ländlichen Raums der Landkreise

Saale-Orla und Saalfeld-Rudolstadt. Absicht ist, zukünftig nicht nur Personen, sondern parallel auch Güter zu befördern. Die durch rückläufige Fahrgastzahlen sinkende Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Nahverkehrs könnte so verbessert, vorhandene Netzstrukturen besser genutzt und ein attraktives regionales Warentransportsystem aufgebaut werden. Im Rahmen des Demografie-Coachings wurden eine Bedarfsanalyse zu Kundenpotentialen und ein Gutachten zur juristischen Machbarkeit erstellt. Beide kommen zu einem positiven Ergebnis, so dass sich die KomBus GmbH dazu entschieden hat, einen Kombibusbetrieb einzuführen (www.kombus-online.eu/angebote/kombibus/kombibus/).



Pilotaktionen in europäischem Rahmen

Das Demografie-Coaching ist eine Pilotaktion im INTERREG-IV-Projekt „Adapt2dc“ (Anpassung an den demografischen Wandel), an dem der Saale-Orla-Kreis in Thüringen und die Region Oberfranken Ost in Bayern 2013/14 teilnahmen. Ziel von Adapt2dc ist unter anderem, konkrete Aktionen für den Umgang mit dem demografischen Wandel zu entwickeln. Dazu gehören die Pilotaktionen, aber auch Empfehlungen für die Politik in schrumpfenden Regionen und der europäische Austausch zwischen Experten und Praktikern. Für die thüringische Region wurde die Thüringer Landgesellschaft mbH vom damaligen Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr beauftragt, das Demografie-Coaching durchzuführen.

Mehr zum INTERREG-Projekt: www.adapt2dc.eu

Mehr Informationen

Nicolas Ruge
Thüringer Landgesellschaft mbH
E-Mail: n.ruge@thlg.de

KombiBus stabilisiert ländlichen Busverkehr

Mit der Reorganisation seines Busverkehrs mit Integriertem Taktfahrplan und der Mitnahme von Gütern in den Bussen zeigen der Landkreis Uckermark und seine Busverkehrsgesellschaft UVG auf, dass sinkende Siedlungsdichten und fortschreitende Alterung nicht das „Aus“ für attraktiven Nahverkehr bedeuten müssen.

Von Heiner Monheim und Anja Sylvester. Gerade in Regionen, die besonders vom demografischen Wandel beeinflusst werden, spielt der öffentliche Verkehr eine wichtige Rolle. Immer mehr Menschen sind aufgrund altersbedingter Einschränkungen und fortschreitender Altersarmut nicht mehr in der Lage, mit dem eigenen Auto mobil zu sein. Sie sind daher auf Busse und Bahnen angewiesen. Viel zu lange haben sich die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen auf den Schülerverkehr beschränkt, sodass der öffentliche Nahverkehr häufig nicht als Alternative zum eigenen Pkw wahrgenommen wird. Der Beitrag, den der öffentliche Verkehr an der regionalen Wertschöpfung leistet, wird immer noch verkannt.

Daher sind kreative Konzepte gefragt, die kundengerechte Angebote mit guter Feinerschließung und hoher zeitlicher Deckung leisten. So bindet man sehr viel mehr Nachfrage und kann die gute Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen, Arbeitsstätten, Freizeit- und Touristikzielen sichern sowie den kleinvolumigen Güterverkehr übernehmen.

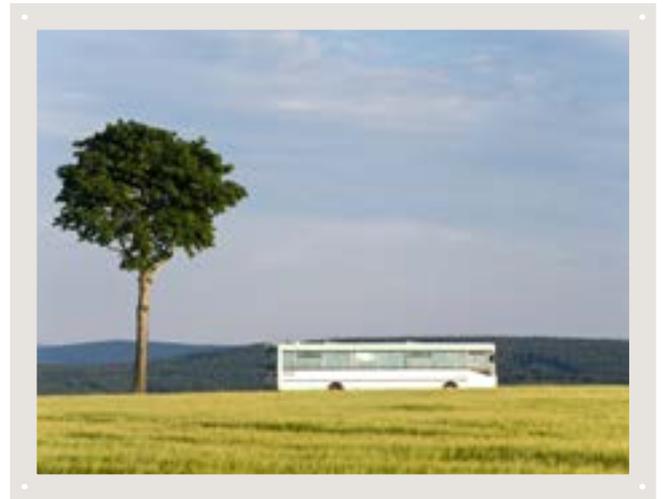
Mit innovativen Konzepten Synergien nutzen

Wie das gehen kann, beweist der Landkreis Uckermark in Brandenburg mit seinem KombiBus-Modell. Der Kreis ist stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen: 40 Einwohner leben hier derzeit pro Quadratkilometer; 2030 werden es nur noch 34 sein. Die Schülerzahlen sind schon lange rückläufig. Der KombiBus wurde für diese Problemlage in Kooperation mit der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft und mehreren Beratungsfirmen entwickelt. „Kombi“ bedeutet die kombinierte Beförderung von Personen und Gütern im gleichen Fahrzeug.

Die Idee von KombiBus ist es, die Wirtschaftlichkeit und sinnvolle Aufgabenteilung im Verkehr zu steigern, indem leerer Frachtraum für die Beförderung von Gütern genutzt wird. Der KombiBus dient damit auch wichtigen klima- und umweltpolitischen Zielen der ländlichen Regionen, weil viele parallele Einzelfahrten mit Transportern und Leerfahrten eingespart werden. KombiBus garantiert eine schnelle und fahrplanmäßige Belieferung, was dieses Angebot so interessant für den Lebensmittelhandel, seine regionalen Lieferanten, die Hotellerie und die Gesundheitsbranche macht. Alle Buslinien, die von 124 Fahrzeugen bedient werden, stehen der Güterbeförderung im gesam-

ten Landkreis zur Verfügung. Für den Warentransport können vor allem die Zeitfenster genutzt werden, in denen eine geringe Nachfrage im Personenverkehr besteht.

Wichtigster Kunde des KombiBus ist die regionale Lebensmittelhandelskette Q-Regio mit drei eigenen Läden im



Landkreis Uckermark. Dieser Vertriebsorganisation gehören etwa 20 Agrarerzeuger und –produzenten an, die KombiBus von Beginn an als ihre Logistikkö-
 Lösung erkannt haben. Selbst ein Einkaufszentrum nutzt KombiBus für die Warenzustellung. Sollten die Transportmengen die Raumkapazitäten übersteigen, so kann ein Anhänger die Lösung sein, um die Ladezeiten zwecks Einhaltung des Fahrplans zu verkürzen. Seit Januar 2014 kooperiert das Verkehrsunternehmen mit einer Lebensmittelpedition, die nachts uckermärkische Köstlichkeiten von der gemeinsamen Sammelstelle abholt und nach Berlin an Supermärkte, Markthallen oder Bioläden ausliefert. Im Tourismus übernimmt KombiBus den Gepäcktransport für Fuß-, Fahrrad- und Wasserwanderer von Hotel zu Hotel. Die Hotels interessieren sich auch zunehmend für den ÖPNV als Anreiseoption für ihre Gäste und für den Lebensmittelbezug von regionalen Herstellern per KombiBus. So stellt KombiBus auch Synergien zwischen der Nahversorgung im ländlichen Raum und dem Tourismus her. Eine Tourismusinformation wurde zum Beispiel mit einer Kühlvitrine und Ladenregalen ausgestattet, um regionale Produkte zu verkaufen. Zwar sind die Produkte in erster Linie für die Gäste der Region gedacht, mittlerweile kaufen die Dorfbewohner aber auch selbst dort ein. Künftig sollen auch die Uckermärker den KombiBus nutzen können. Für diese Umsetzung wird aktuell am Aufbau eines Agenturnetzes

mit Annahme- und Abholstationen gearbeitet und Partner in den Dörfern gesucht, die diese Aufgabe übernehmen wollen. Bisher können Transportaufträge telefonisch oder per Mail an die Mitarbeiter der Dispositionszentrale des Verkehrsunternehmens angemeldet werden.

Entwickelt wurde der KombiBus im Rahmen des Modellvorhabens „Daseinsvorsorge“ der Bundesregierung. Thematische Schwerpunkte des Modellvorhabens waren die Bearbeitung des Konzeptes, eine Modellrechnung hinsichtlich möglicher Deckungsbeiträge, die Prüfung der notwendigen Rechtsgutachten, die Klärung von betrieblichen Prozessabläufen im Unternehmen sowie Vertragsgrundlagen.



Transporttarife, Marketing, Kommunikation und Beteiligungsverfahren waren weitere Inhalte des Modellvorhabens. Mit Erfolg wurde das Ziel „Übertragbarkeit“ des Modellprojekts erfüllt – Thüringen führt den KombiBus in zwei Landkreisen ein.

Von Skandinavien lernen

Im Gegensatz zu Deutschland wurde die bis in die 1960er Jahre überall in Europa verbreitete Praxis des KombiBus in Skandinavien bis heute erhalten. Die Busse verfügen über eine bedarfsgerechte Ausstattung und ausreichend Stauräume. Mit modernen logistischen Mitteln bleiben die Regionen trotz extrem geringer Siedlungsdichte für Personen und Güter gut erreichbar. Personenreizeentren mit Servicefunktion sind immer auch kleine Güterverkehrszentren mit Warenannahme und -abgabe sowie Lagerfunktion. Ein solcher Haltestellenkomfort ist in Deutschland bisher eher selten. In Skandinavien macht das Frachtgeschäft der Busunternehmen etwa ein Viertel der Umsätze aus. Regional verankert wird dort KombiBus in den Läden, die gleichzeitig Annahme- und Ausgabestelle für Stückgut und auch Informations- und Vertriebsstelle des öffentlichen Verkehrs sind. Durch solche Synergieeffekte wird die Tragfähigkeit der Läden und des ÖPNV verbessert und die Abhängigkeit

von Mindestmargen reduziert, die normalerweise zum Rückzug der Versorgung aus der Fläche geführt hat.

Große Potenziale

In Deutschland ähnliche Strukturen zu etablieren, setzt mehrere voraus. Während die wesentlichen Bundesgesetze der Umsetzung grünes Licht gaben, müssen die verantwortlichen Landesministerien jeweils die kommunal- und wettbewerbsrechtliche Unbedenklichkeit des Modells attestieren. Dabei muss ausgeschlossen werden, dass der Personenverkehr den Gütertransport subventio-



niert – die Gefahr einer Wettbewerbsverzerrung soll damit abgewendet werden. Der KombiBus in der Uckermark zeigt aber deutlich, dass hier ein Nischenmarkt erobert wird. Im Zusammenspiel mit Speditionen sowie den Kurier-, Express- und Paketdiensten (KEP) wird ein wertvoller Beitrag zur Sicherung der Nahversorgung und der regionalen Wertschöpfung geleistet. Insbesondere Anbieter von Kleinstmengen profitieren, denn der Zugang zu neuen Absatzmärkten wird plötzlich möglich.

Mehr Informationen

Lars Boehme
Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH
E-Mail: l.boehme@uvg-online.de
www.wirbewegensie.de
www.kombibus.de

Anja Sylvester
Interlink (Projektberatung)
sylvester@interlink-verkehr.de

„Balance zwischen zentral und dezentral“: Abwasserreinigung und Trinkwasserversorgung im demografischen Wandel

Der Wasserzweckverband Saale-Fuhne-Ziethe in Sachsen-Anhalt ist für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung von rund 50 000 Menschen verantwortlich. In einem Pilotprojekt machte der Verband Erfahrungen mit der dezentralen Abwasserentsorgung, die sich für dünn besiedelte Bereiche als sehr nützlich erweisen. Stefan Kämper sprach mit dem Geschäftsführer.

Herr Schulze, gibt es die Lösung für eine kostengünstige Abwasserentsorgung im ländlichen Raum, die auch bei schrumpfender Bevölkerung stabil ist?

Es gibt kein Patentrezept. Im ländlichen Raum gibt es Bereiche mit stabiler Bevölkerung, vor allem die mittelgroßen Städte, und solche, mit stark zurückgehender Bevölkerung. Um die Abwasserentsorgung für alle finanziell erträglich zu gestalten, muss man einen Kompromiss zwischen zentraler und dezentraler Entsorgung finden. Es gibt Gebiete mit geringer Siedlungsdichte, wo mit dezentralen Lösungen sehr wirtschaftlich gearbeitet werden kann.

Was heißt überhaupt zentral und dezentral?

Unter dezentral verstehen wir die Abwasserentsorgung auf dem jeweiligen Grundstück, durch den Grundstückseigentümer selbst. Wir haben in unserem Verbandsgebiet auch kleinere Orte mit 700 Einwohnern, die eigene Kläranlagen betreiben – das würde ich schon als zentrale Lösung bezeichnen. Aus wirtschaftlichen Gründen sind wir an größeren Versorgungsstrukturen interessiert, also Kläranlagen für 10 000 bis 100 000 Einwohner: Je mehr Anlagen man nutzt, desto unwirtschaftlicher wird der Betrieb.

Sie haben 2007 in Ihrem Verbandsgebiet ein von der Landesregierung finanziertes Pilotprojekt zur dezentralen Abwasserentsorgung durchgeführt. Was genau haben Sie gemacht?

Wir haben uns drei verschiedene Ortslagen mit unterschiedlicher Größe ausgesucht, auf denen es möglich ist, semi-dezentrale Anlagen zu bauen – also Gruppenkläranlagen für mehrere Grundstücke, damit der technische und finanzielle Aufwand für den Einzelnen gesenkt wird. Heute haben wir drei dezentrale Gruppenkläranlagen, welche die Grundstückseigentümer gemeinschaftlich betreiben. An Einzelstandorten nutzen wir außerdem Kleinkläranlagen und wir betreuen eine Reihe von Anlagen, wo Grundstückseigentümer selbstständig tätig geworden sind. Aus technologischen Gründen befürworte ich Gruppenlösungen. Allerdings gibt es oft private Befindlichkeiten und die Notwendigkeit zur Kooperation, da die Anlagen Gemeinschafts-

eigentum sind. Die Standortfrage ist auch nicht einfach, keiner möchte die Anlage auf seinem Grundstück haben. Für den Bau muss man also einen öffentlichen Bereich finden.

Welche Rolle spielen die Kommunen?

Wir sind ja, wenn Sie so wollen, ein kommunales Unternehmen und die Kommunen sind unsere Gesellschafter. Jede möchte natürlich möglichst eine zentrale Ver- und Entsorgung haben, allerdings wissen auch die Kommunen, dass das eine finanzielle Frage ist. Wir haben uns auf ein Abwasserbeseitigungskonzept geeinigt und die zentral und dezentral zu entsorgenden Gebiete in einem Plan ausgewiesen. Die Kommunen unterstützen die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes.

Auf welcher Basis werden solche Pläne gemacht? Bis 2020 wird die Einwohnerzahl in Ihrem Verbandsgebiet deutlich zurückgehen, auf etwa 35 000. Haben Sie das berücksichtigt?

Wir beobachten die Entwicklung sehr genau. In den neuen Bundesländern haben wir seit Anfang der 1990er-Jahre viele Erfahrungen gesammelt. Damals war man zunächst von Wachstum ausgegangen, sodass zu große Kläranlagen ausgewiesen wurden. Der Gesetzgeber hat uns daraufhin schon 1995 verpflichtet, Konzepte vorzulegen und fortlaufend anzupassen.

Haben Sie Fälle, bei denen über Rückbau geredet werden muss?

Bei der Abwasserentsorgung reden wir nicht über Rückbau. Wir hatten ja in den neuen Bundesländern erheblichen Nachholbedarf, sodass unsere Planungen aktuell und an die Bevölkerungsentwicklung angepasst sind. Anders sieht es bei der Trinkwasserversorgung aus. Aufgrund des rückläufigen Wasserverbrauchs verkleinern wir unsere Leitungen. Wir machen möglichst eine Innensanierung, ziehen neue Rohre in bestehende Systeme ein, sodass weniger Wasser im System ist. Wir werden in manchen Gebieten über dezentrale Lösungen reden müssen. Die Verweilzeit des Wassers in den Rohrleitungen wird dort einfach so lang, dass die Qualität nicht mehr garantiert werden kann.



Ist das schon konkret oder sind das nur Szenarien?

Generell haben wir im Moment keine Probleme, weil unsere Ortslagen immer noch sehr konzentriert sind. Das Verbandsgebiet des Wasserzweckverbandes „Saale-Fuhne-Ziethen“ wird zu 100 Prozent mit Fernwasser aus der Rappbodetalsperre des Ostharzes mit Trinkwasser versorgt. Die Verbindungsleitungen zwischen dem Fernwassersystem und den Verteilernetzen im Verbandsgebiet wurden zwischenzeitlich saniert und angepasst. In den Netzen schreitet die Erneuerung voran. Es gibt aber Siedlungen mit weniger als acht Grundstücken und wenn dort auf Dauer der Trinkwasserbedarf weiter zurückgeht, müssen wir uns mit dezentraler Versorgung befassen. Ob als Gruppen- oder Einzellösungen kann ich im Moment nicht sagen. Das ist Zukunftsmusik.

Zurück zum Abwasser - ist es rechtlich möglich, Abwasser zu sammeln und in eine Abwasserreinigungszentrale zu fahren?

Das ist erlaubt und auch technisch kein Problem, wenn es eine wasserdichte Grube gibt. Es ist allerdings eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Wenn mehrere Personen auf einem Grundstück wohnen und sofern es baulich möglich ist, ist eine Kleinkläranlage sinnvoll. Bei einer älter werdenden Bevölkerung haben Grundstücke manchmal keine Nutzungsperspektive. Wenn dort noch Personen wohnen, die relativ wenig Wasser verbrauchen, kann es sinnvoll sein, das Abwasser in einer Sammelgrube aufzufangen. Bei größeren Mengen sollte man von solchen Dingen jedoch Abstand nehmen. Die abflusslose Sammelgrube erzeugt im Laufe der Zeit die höchsten Kosten.

Was sehen Sie als die wesentliche Herausforderung für die Zukunft?

Wir wollen mit unserem Anlagevermögen möglichst langfristig arbeiten. Die Einwohnerzahlen gehen zurück, diese Entwicklung folgt einem stabilen Trend: Bis 2025 wird die Einwohnerzahl voraussichtlich um knapp 40 Prozent gegenüber 1996 gesunken sein. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung des Abwassers werden deshalb für den Verband eine Herausforderung bleiben. Die mit der Bevölkerung rückläufigen Wassermengen bei gleichbleibenden Anlagevermögen verstärken den Druck auf Preise und Gebühren. In manchen Systemen lassen sinkende Fließgeschwindigkeiten oder Stagnationen technische Probleme erwarten. Eine weitere Herausforderung wird die Umsetzung der dezentralen Entsorgung mittels biologischer Stufe der Kleinkläranlagen oder abflusslosen Sammelgruben sein, die wir bis 2016 flächendeckend umsetzen wollen.

Können Sie sagen, wie viele Einwohner Ihres Gebiets an die zentrale Lösung angeschlossen sind oder sein werden und wie viele dezentral?

2013 lebten rund 51 000 Einwohner im Verbandsgebiet. Von diesen sind etwa 95 Prozent zentral an eine Abwasserentsorgungsanlage angeschlossen. Etwa 800 Grundstücke wird der Verband auch künftig dezentral entsorgen.

Herr Schulze, herzlichen Dank für das Gespräch!

Mehr Informationen

Werner Schulze (Geschäftsführer)
Wasserzweckverband Saale-Fuhne-Ziethen
E-Mail: info@wvsfz.de
www.wvsfz.de

Wirtschafts- und Juniorenakademie Pegnitz

Mit der persönlichen Ansprache, Information und Unterstützung Jugendlicher bei der Wahl ihres Berufsweges stellt sich die ILE-Region Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz erfolgreich sowohl dem beginnenden Fachkräftemangel in der Region als auch der Abwanderung perspektivsuchender junger Menschen.

Von Corinna Deß. Der demografische Wandel ist auf dem oberfränkischen Ausbildungsmarkt immer deutlicher zu spüren. Firmen haben Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze adäquat zu besetzen, während gleichzeitig junge Menschen keine Ausbildungsstelle finden oder eine aufgrund ungenügender Vorinformation begonnene, für sie



aber unpassende Ausbildung abbrechen. Um dieses Problem anzugehen, hat die zwischen Nürnberg und Bayreuth gelegene ILE-Region die Wirtschafts- und Juniorenakademie ins Leben gerufen. Ziel ist es, Schüler bei der beruflichen Orientierung und beim Übergang von der Schule ins Berufsleben zu unterstützen.

Auszubildende als Orientierungshelfer

In der Regel ist Jugendlichen das breite Spektrum an Ausbildungsberufen – etwa 100 in der ILE-Region – nicht bewusst. Deshalb stellen in wöchentlichen Informationsveranstaltungen Ausbilder und Auszubildende zukünftigen Schulabsolventen die beruflichen Chancen ihrer Heimat vor. Die Präsentation in den Betrieben vor Ort bietet gerade durch das Mitwirken von Auszubildenden Einblicke in das Berufsleben „aus erster Hand“. Neben der Unterstützung bei der Berufsorientierung soll dies auch einer ausbildungs- beziehungsweise berufsbedingten Abwanderung in Verdichtungsräume entgegenwirken. Diese vertiefte Berufsorientierung findet in enger Kooperation mit der Agentur für Arbeit Bayreuth statt, die auch einen Teil der Kosten kofinanziert.

Starthilfe – Beruf(ung) statt Job

Beim Ferienseminar „Starthilfe – Orientierungstage für künftige Berufseinsteiger“ beschäftigten sich bereits zum zweiten Mal Schüler mit ihrer Berufswahl. Neuartig ist der elementare Ansatz anstelle einer Beschäftigung mit konkreten Berufsbildern. Unter der Moderation hochkarätiger Referenten stehen Themen wie Werteorientierung, gute Arbeit, gesellschaftliche Wirklichkeit, Schlüsselqualifikationen sowie die Kunst einer gelingenden Berufswahl im Fokus.

Durch berufserfahrene Paten beraten

Ein weiterer Baustein der Akademie ist das Schülerpatenprojekt, das ursprünglich von der KSB AG, dem größten ortsansässigen Arbeitgeber und weltweit aktiven Pumpen- und Armaturenhersteller, initiiert wurde. Schüler der Christian-Sammet-Mittelschule werden ab der achten Klasse von ehrenamtlichen Paten individuell bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und beim Übergang ins Berufsleben betreut – ein Angebot, wie es institutionalisiert in dieser Intensität nicht möglich wäre. Das Angebot richtet sich gezielt an Jugendliche mit schlechten Startchancen, die aus unterschiedlichen Gründen von ihren Eltern bei der Berufswahl nicht unterstützt werden können. Die ehrenamtlichen Schülerpaten sind überwiegend aus dem aktiven Berufsleben ausgeschiedene, ehemalige Führungskräfte, die ihre Berufs- und Lebenserfahrung sowie ihr berufliches Netzwerk zugunsten ihrer Patenschüler einsetzen. Sie motivieren die Jugendlichen bei Rückschlägen, zeigen ihnen Alternativen und neue Perspektiven auf und übernehmen gesellschaftliche Verantwortung als Vorbild und Mentor. Dabei arbeiten Paten, Schüler, Eltern, Schulleitung und Lehrer sowie Partner aus der Handwerkskammer, der Agentur für Arbeit und andere eng zusammen. Das Projekt wird inzwischen im achten Schuljahr erfolgreich umgesetzt.

Mehr Informationen

Corinna Deß
Wirtschafts- und Juniorenakademie Pegnitz
ILE-Region Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz
E-Mail: dess@wirtschaftsbanda9.eu
www.wirtschaftsbanda9.de

Für mehr Lebensqualität in Lindau

Die Gemeinde Lindau in Schleswig-Holstein mit gut 1 300 Einwohnerinnen und Einwohnern geht die Folgen des demografischen Wandels mit der Integration des Leitbilds Inklusion in die Dorfentwicklung an.

Von Brigitte Wotha. Für die Gemeinde Lindau umfasst der Begriff Inklusion über die Teilhabe einer bestimmten Gruppe von Menschen hinaus das Leitbild einer vielfältigen Gesellschaft. Danach sind alle Menschen der Gemeinde nach ihren jeweiligen Möglichkeiten in die Dorfgemeinschaft eingebunden, nachbarschaftliche Strukturen werden gefestigt, der Gemeinsinn gefördert. Die Gemeinde ist ein zukunftsfähiger Lebensraum für alle Menschen gleich welchen Alters, Geschlechts, welcher Herkunft oder anderer Einschränkungen.

Analyse und Sensibilisierung

Mit Unterstützung der „Lebenshilfe Schleswig Holstein e.V.“ untersuchte die Gemeinde 2010, wie weit sie schon auf dem Weg zu einer inklusiven Gemeinde gekommen ist. Angelehnt an den „Kommunalen Index für Inklusion“ der Montag Stiftung wurde ein Index für Inklusion auf einem Startworkshop und aus begleitenden Expertengesprächen entwickelt. Er besteht aus drei Dimensionen: Kultur und Werte (Zusammenleben in Gemeinde, Nachbarschaft und Familie sowie Beteiligung), Qualität vorhandener Strukturen (etwa der Versorgung, der Freizeit- und Bildungsangebote oder der Wohnsituation) und angewendete oder gewünschte Handlungspraktiken (Gemeinschaftsleben, Austausch und Engagement). Nach dem Index für Inklusion wurde ein teilstandardisierter Fragebogen erarbeitet und in einer repräsentativen Befragung von 197 Lindauerinnen und Lindauern beantwortet. Ergänzt um die Auswertung sekundärstatistischer demografischer Daten wurde ein Bericht zum Stand der Inklusion in Lindau erarbeitet.

Lindau ist gut aufgestellt

Als Ergebnis der Untersuchung zeigte sich die Gemeinde Lindau in ihrer Gemeinwohlorientierung gut aufgestellt. Für die zukünftige Dorfentwicklung wurden drei Handlungsfelder identifiziert: Stärkung des Zusammenlebens in einer vielfältigen Gemeinde, bessere Versorgung mit Waren und Dienstleistungen sowie das Handlungsfeld Wohnen für mobilitätseingeschränkte und pflegebedürftige Menschen. Die Umsetzung wurde von einer Inklusionskoordinatorin begleitet. Erste Erfolge zeigten sich in der Koordination und Mobilisierung von Veranstaltungen und Dienstleistungen wie zum Beispiel die wöchentliche Anfahrt eines Bäckereiwagens. Die Qualität des öffentlichen Raumes wurde durch Aufstellen und gemeinschaftliche



Für die Dorfentwicklung bedeutsam: Die Versorgung mit Lebensmitteln

Betreuung von Bänken und Spielgeräten verbessert. Neuzugezogene werden heute persönlich mit einer Broschüre begrüßt. Niedrigschwellige und zielgruppenspezifische Kommunikationsmöglichkeiten wie etwa Informationen über ein Dorfblatt und eine Dorf-Infotafel oder Bürgermeistersprechstunden in den einzelnen Dorfteilen wurden umgesetzt. Für die Kinder vor dem Landjugendalter wurden eine Spiel- und eine Mädchengruppe ins Leben gerufen, in der Dorfmitte ein gut funktionierendes Mehrgenerationenwohnhaus errichtet und die Barrierefreiheit aller Neubauten wird jetzt von der Verwaltung berücksichtigt. Fünf Jahre nach Einführung des Leitbilds Inklusion in der Dorfentwicklung zeigt sich 2015, dass die Angebote weiterhin mit gutem Erfolg angenommen werden.

Das Leitbild Inklusion in der Dorfentwicklung ermöglichte den Perspektivenwechsel. Das Engagement vieler Gruppen wurde gebündelt und Lösungen wurden gefunden, die über investive Maßnahmen wie die Bereitstellung und Gestaltung von Räumen hinausgehen. So hat die Gemeinde begonnen Lebensqualität zu verbessern, ohne gleichzeitig ihre Finanzen zu stark zu belasten.

Mehr Informationen

Prof. Dr. Brigitte Wotha
Büro für Stadt- und Regionalentwicklung
E-Mail: info@wotha.de
www.wotha.de > Stadt- und Regionalentwicklung >
Referenzen > Endbericht Inklusive Gemeinde Lindau

Ein Dorf, das wächst

Das 470-Einwohner große Dorf Heckenbeck im ländlichen Süd-Niedersachsen zieht seit Jahren junge Familien als Neubürger an. Seine Einwohnerzahl ist, anders als in anderen Dörfern, in den letzten Jahren sogar leicht gestiegen. Zentrale Faktoren für diese Stabilität sind dörfliche Vielfalt und Gemeinschaft.

Von Ricarda Polzin. Heckenbeck, ein Ortsteil des 50 Kilometer von Göttingen und 80 Kilometer von Hannover entfernten Bad Gandersheims, ist ein von sanften Hügeln umrahmter, idyllischer Ort, auf dessen beschaulichen Straßen sich viele Kinder tummeln. In den letzten 25 Jahren sind etwa 25 Prozent der Bevölkerung neu zugezogen

– meist junge Familien, die ein Leben mit mehr Gemeinschaft auf dem Land suchen, jedoch die kulturelle Vielfalt der Stadt und das soziale Netzwerk nicht missen wollen. Durch diese Entwicklung beherbergt Heckenbeck nun eine bunt gemischte Bevölkerung mit verschiedensten Lebensweisen und Interessen, von traditioneller Landwirtschaft bis Qi Gong.

Das weite Spektrum der Lebensanschauungen stellt

eine Herausforderung für das Zusammenleben dar, trotzdem funktioniert es sehr gut. Liegt es an der Toleranz, Offenheit und dem Willen zum Gespräch bei allen Beteiligten? Letztlich scheinen sich die Dorfbewohner bewusst zu sein, dass alle von der Vielfalt profitieren.

Von Tradition zu kultureller Vielfalt

Heckenbeck ist mehr als ein reiner Wohnort. Das Dorf ist sozialer Bezugspunkt und besitzt traditionell ein reges Dorfleben: Schützenverein, Sportverein, Bürgerverein, Freiwillige Feuerwehr und eine sehr lebendige Kirchengemeinde bieten viele verschiedene Aktivitäten. Feiern, wie das Hochziehen der Erntekrone und das Boßeln, sind allgemein beliebt. Die traditionellen Aktivitäten des Ortes wurden nach und nach erheblich erweitert. Alter Wohnraum wurde saniert, neue Wohnformen sowie vielfältige kulturelle und gewerbliche Projekte sind aus gemeinschaftlicher Selbstorganisation heraus entstanden:

- Die „Weltbühne Heckenbeck“, ein soziokulturelles Zentrum mit Kleinkunstabühne
- Freie Schule (Grund- und Oberschule) und Kindergarten in freier Trägerschaft

- Meditationshaus des Vereins „Klang der Stille“
- Verein für ökologische Projekte mit Car-Sharing und Einsatzstelle für das Freiwillige Ökologische Jahr
- viele Gruppen von Samba-Band, Bigband bis Männer- und Frauengruppen
- Attraktion Bildungsangebot

Eine gute Bildungsperspektive ist gerade für junge Familien von großer Bedeutung. 2001 wurde die „Freie Schule Heckenbeck“ mit 14 Kindern als Elterninitiative gegründet. Ungewöhnlich für einen so kleinen Ort ist, dass die Schule bis zur zehnten Klasse geht und damit den Haupt- und Realschulabschluss vor Ort ermöglicht. Heute lernen dort 90 Kinder und Jugendliche selbstbestimmt und altersübergreifend, ihren eigenen Interessen folgend. Das pädagogische Konzept, das auch den angrenzenden Kindergarten Pustebume einschließt, lockt seit Jahren Familien aus Großstädten an. Während in den umliegenden Ortschaften Schulen geschlossen werden, wurde in Heckenbeck ein Erweiterungsbau realisiert. Für die Betreuung der Jüngsten hat sich eine Kooperation mit einer Tagesmutter etabliert.



Aus Lebensraum wird Wirtschaftsraum

Die Einwohnerbindung und die Nachfrage nach Dienstleistungen vor Ort wirken sich auch positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Neue Gewerbe haben sich angesiedelt, beispielsweise eine Tischlerei, Kleinhandwerker, eine Gemeinschaftsarztpraxis, eine Hebammenpraxis oder der Bauträger „Lebensräume Heckenbeck GmbH“. Auch im Bereich der Grundversorgung sind mit dem Bioladen „Grüne Tomaten“ und ökologisch wirtschaftenden Nahrungsmittelherzeugern neue Unternehmen in Heckenbeck entstanden.

Gemüse für Heckenbeck und Mitglieder-Dorfladen

Wie in vielen anderen kleinen Orten, gab es in Heckenbeck lange Zeit keinen Dorfladen mehr. Der Mitglieder-Bioladen „Grüne Tomaten“ bietet seit 2004 eine umfassende Grundversorgung – von Gemüse über Milchprodukte bis hin zu Kosmetika. Der Laden ist an vier Tagen in der Woche geöffnet. Das System basiert auf einer normalen Einzelunternehmung, die durch Mitgliedsbeiträge grundfinanziert wird. Die Kunden zahlen einen monatlichen Beitrag von maximal 15 Euro zur Deckung der Ladenbetriebskosten. Dafür liegt der Verkaufspreis der Ware nur fünf bis zehn Prozent über dem Großhandelspreis. Die hohe Kundenbindung und die damit verbundene verlässliche Bedarfsplanung ermöglichen ein Angebot von frischer Ware zu angemessenen Preisen. Beliefert wird der Laden unter anderem von regionalen Anbietern.

Seit 2005 gibt es Gemüse frisch vor Ort. Der Bio-Betrieb „Gemüsebau Heckenbeck“ hat sich zum Ziel gesetzt, Gemüse für die örtliche Bevölkerung anzubauen.

Auf einer Fläche von 0,5 Hektar bietet er mit circa 40 Sorten seinen Kunden ein vielfältiges und erntefrisches Angebot. Mit Saisonbeginn 2012 wurde der Betrieb auf das Konzept der solidarischen Landwirtschaft umgestellt, das den Erzeugern ein geregeltes Einkommen bietet. Zu Beginn jeder Saison wird vom Gemüsebaubetrieb der Finanzbedarf aufgestellt und alle interessierten Gemüsekonsumenten kommen gemeinsam für das Budget des Betriebes auf. Die Konsumenten tragen auf diesem Weg das Betriebsrisiko mit. Damit werden aus Konsumenten Partner. Die Ernte wird an vier Abholtagen in der Woche auf alle beteiligten Familien verteilt. Der Dorfladen erhält weiterhin Gemüse von „Gemüsebau Heckenbeck“. Durch die vollständige Direktvermarktung werden Transportwege kurz und die Wertschöpfung im Ort gehalten. Die Grundversorgung vor Ort erleichtert Familien ein Alltagsleben ohne Auto, auch auf dem Land.

Gemeinschafts-Leihrad und Teilauto Heckenbeck

Der öffentliche Personennahverkehr von Heckenbeck beschränkt sich auf für Fahrgäste geöffnete Schulbusse und einer einzigen Verbindung pro Tag zum vier Kilometer entfernten Kreiensen. Von Kreiensen aus hat man eine gute Zuganbindung in alle Richtungen. Die vorhandene Busverbindung ist jedoch nicht auf die Zugzeiten abgestimmt.

Deshalb gibt es Gemeinschafts-Leihräder mit Zahlenschloss. Sie können für die Bahnstrecke ausgeliehen und am Bahnhof abgestellt werden. Gewartet werden die Räder ehrenamtlich in einer Fahrradselbsthilfwerkstatt. Um die Mobilität der autolosen Einwohner von Heckenbeck zu unterstützen, gibt es außerdem das Car-Sharing-System „Teilauto Heckenbeck“. Autoeigentümer stellen ihr Fahrzeug zur Mitnutzung zur Verfügung.



Auch in Zukunft gemeinsam Reden und Tun

Damit Heckenbeck auch in Zukunft eine gute Perspektive hat, bedarf es weiterhin eines großen Engagements. Die Stärke des Dorfes liegt in der Visions- und Initiativkraft seiner Einwohner. Gleichgesinnte treffen sich zum informellen Austausch, Initiativen und Projekte werden gewürdigt, Stärken und Schwächen reflektiert sowie unkonventionelle Lösungen erprobt. Die Kompetenzen bezüglich der Kommunikationskultur und Projektentwicklung sind stetig gewachsen. Für den schnellen Austausch sorgt eine yahoo-group: Alle Dorftermine werden in einem Online-Kalender veröffentlicht und über einen Verteiler verschickt. Viermal im Jahr gibt es Klönabende im Dorfgemeinschaftshaus. An diesen Abenden werden aktuelle Themen besprochen, neu Zugezogene stellen sich und ihre Familie vor und es bleibt genügend Zeit für freien Austausch.

Mehr Informationen

Ricarda Polzin
Ortsvorsteherin von Heckenbeck
E-Mail: ortsvorsteherin-heckenbeck@gmx.de
www.heckenbeck-online.de

Uckermärker Seenlandschaft – vier Kommunen, ein Ziel

Die Städte Templin und Lychen sowie das Amt Gerswalde und die Gemeinde Boitzenburger Land bilden das interkommunale Netzwerk Uckermärker Seenlandschaft. Das Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, die Daseinsvorsorge im gemeinsamen Verflechtungsbereich langfristig zu sichern.

Von Vivien Kuhn. Im Landesentwicklungsplan von 2009 legt Brandenburg Mittelbereiche als Bezugsgrößen der Landesplanung fest, in denen die Daseinsvorsorge der Bevölkerung sichergestellt werden soll. Mittelzentren als



Das zentrale Gremium für die Zusammenarbeit: der Kooperationsrat

zentrale Orte innerhalb dieser Bereiche sollen die Versorgung mit gehobenen Gütern und Dienstleistungen für den eigentlichen Ort und sein Umfeld gewährleisten. Der im Norden Brandenburgs gelegene Mittelbereich Templin gehört aufgrund seiner niedrigen Siedlungsdichte zu den am dünnsten besiedelten Regionen Deutschlands. Seit den 1990er Jahren ist die Bevölkerungsentwicklung stets rückläufig und vor allem durch Abwanderungsprozesse geprägt. Das Verhältnis von Jung und Alt hat sich drastisch zugunsten der Senioren verschoben – eine Entwicklung, die sich weiter fortsetzen wird.

Intensive Zusammenarbeit durch organisierte Kooperation

Die Partnerkommunen haben frühzeitig erkannt, dass die großen Herausforderungen des demografischen Wandels nur gemeinsam bewältigt werden können. Deshalb arbeiten die Netzwerkkommunen seit vielen Jahren zu verschiedenen Themen eng zusammen. Im Vordergrund standen zunächst die kulturelle und touristische Entwicklung des Mittelbereiches sowie das Thema Brandschutz. Im Jahr 2013 entschlossen sich die Kommunen dazu, die Kooperationsarbeit in feste Strukturen zu überführen und unterzeichneten einen Kooperationsvertrag. Dieser regelt

verbindlich die Themen der Zusammenarbeit sowie die Organisationsstruktur der Kooperation. Das zentrale Gremium stellt dabei der Kooperationsrat dar, der sich aus den Hauptverwaltungsbeamten sowie den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlungen, der Gemeindevertretung beziehungsweise des Amtsausschusses der Netzwerkpartner zusammensetzt. Der Kooperationsrat kommt zwei bis drei Mal jährlich zusammen und berät über die innerhalb des Netzwerkes umzusetzenden Planungen und Projekte sowie die inhaltliche Zusammenarbeit. Er gibt darüber hinaus Empfehlungen an die politischen Gremien der vier Kommunen zur Umsetzung von Kooperationsprojekten. Grundlage für die Arbeit des Kooperationsrates ist neben dem Kooperationsvertrag eine Geschäftsordnung, die zum Beispiel die Aufgaben und den Vorsitz des Kooperationsrates regelt. Diesen übernimmt im zweijährigen Wechsel jeweils einer der Hauptverwaltungsbeamten. Seine Aufgaben bestehen darin, die Kooperation nach außen und innen zu vertreten, zu den Sitzungen zu laden und die-



Die sanierte Schule in Gerswalde

se zu leiten sowie die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu koordinieren. Zur Unterstützung des Vorsitzenden bei der Geschäftsführung sowie für die Gesamtkoordination der Zusammenarbeit haben die Kommunen des Mittelbereiches Templin ein externes Kooperationsmanagement beauftragt. Dieses steuert und begleitet den Prozess, erstellt Konzeptionen, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und bereitet die Kooperationsratssitzungen vor und nach. Darüber hinaus erfolgt durch das Kooperationsmanagement die Akquise von Fördermitteln sowie die Betreuung der Kommunen in den Förderprogrammen und das Fördermit-

telmanagement. Seit der Entstehung des Netzwerkes werden diese Aufgaben von externen Beratern der LPG mbH übernommen.

Erste Erfolge

Spätestens seit der vertraglich vereinbarten Zusammenarbeit von Templin, Lychen, Gerswalde und Boitzenburger Land konnten für den Mittelbereich messbare Erfolge erzielt werden. Im Jahr 2012 wurde durch das Kooperationsmanagement eine Entwicklungskonzeption für den Mittelbereich Templin (MEK Templin) erstellt. Diese bildet



Nun barrierefrei: Kita und Hort Boitzenburg

die inhaltliche Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit und benennt eine Vielzahl von Maßnahmen zur Sicherung der Daseinsvorsorge im Mittelbereich. Im Fokus stehen dabei Projekte aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur, Verkehr und Gefahrenabwehr. Neben dieser Funktion dient die Entwicklungskonzeption als formelle Voraussetzung für die Aufnahme des Netzwerkes in das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ (KLS). Seit 2012 konnten im Rahmen von KLS wichtige, in der MEK Templin verankerte, investive Maßnahmen begonnen oder umgesetzt werden. Dazu gehören die Sanierung und der barrierefreie Umbau der Kita und des Horts Boitzenburg, die Sanierung der Sporthalle und des Grundschulpavillons der Grundschule Gerswalde sowie die Sanierung der Grundschule Egelpfuhl in Templin. Mit diesen Maßnahmen ist es gemeinsam gelungen, die Bildungs- und Betreuungssituation der Kinder und Jugendlichen im Kooperationsraum erheblich zu verbessern und eine Basis für den Verbleib von Familien in der Region zu schaffen.

Die Erfolge der Zusammenarbeit beruhen jedoch keineswegs nur auf den Ergebnissen, die sich aus der Förderung im Rahmen von KLS ergeben. Auch abseits der Städtebauförderung hat sich die Zusammenarbeit zwischen Templin, Gerswalde, Lychen und Boitzenburg intensiviert. So wurde im vergangenen Jahr gemäß der Empfehlung aus der MEK eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft Brandschutz gegründet. Deren Ziel ist es, gemeinsam Lösungen für die Sicherstellung der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr zu erarbeiten. Zentrale Themen sind dabei die Gewährleistung der Tageseinsatzbereitschaft und die Nachwuchsgewinnung. Im Ergebnis der gemeinsamen Treffen der AG Brandschutz wird beispielsweise die Truppmannausbildung für alle Kommunen zentral in Templin durchgeführt, wodurch Kosten gesenkt werden konnten.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Fachkräftesituation in den Unternehmen der Region. In diesem Zusammenhang gehören zu den bereits umgesetzten Einzelprojekten ein gemeinsames Lehrstellenverzeichnis, die Azubikarte sowie eine regionsweite Erhebung der Fachkräftesituation in den Unternehmen. Die Ergebnisse der Unternehmensbefragung dienen dabei den kommunalen Verwaltungen nicht nur der Einschätzung der Fachkräftesituation vor Ort, sondern sollen auch die Grundlage für eine intensivere Zusammenarbeit der Schulen und Unternehmen bilden.

Kooperation als Zukunftsmodell

Die Kooperation wird durch die Verantwortlichen der vier Kooperationspartner intensiv gelebt. Es ist selbstverständlich, nicht nur gemeinsame Projekte untereinander abzustimmen, sondern auch ortsbezogene Maßnahmen und Planungen, um Doppelstrukturen und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Die „gemeinsame Stimme“ hat größere Durchsetzungskraft vor Institutionen und Behörden und die Umsetzung von Projekten gelingt zusammen einfacher als allein. Die Fortsetzung der Zusammenarbeit ist deshalb nur folgerichtig und sinnvoll. In Bezug auf die Förderung im Rahmen von KLS wird in den nächsten Jahren die Umsetzung weiterer wichtiger Projekte fortgesetzt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Aufwertung der kulturellen Infrastruktur im Mittelzentrum Templin sowie weitere Maßnahmen an Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Mehr Informationen

Vivien Kuhn
LPG Landesweite Planungsgesellschaft mbH
E-Mail: v.kuhn@lpgmbh.de

Multiple Häuser: Suche nach neuen Wegen am Stettiner Haff

Hinter dem Begriff des Multiplen Hauses verbirgt sich die Idee, ein Gebäude abwechselnd verschiedenen Dienstleistern, Vereinen und der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Der Start des Projektes verlief erfolgreich.

Von Gerd Walther. In den kleinen Dörfern am Stettiner Haff bei Ueckermünde zeichnet sich seit einigen Jahren ein deutlicher Einwohnerschwund ab. Während beispielsweise vor der Wiedervereinigung noch 550 Einwohner in Vogelsang-Warsin lebten, sind es heute nur noch 350. Die kleinen Dorfgeschäfte mussten schließen, nur noch selten sieht man Bäcker, Lebensmittelläden oder Poststationen. Diese Entwicklung traf alle Dörfer bei Ueckermünde, so dass der Wegzug älterer Menschen in die nächste Stadt meist unausweichlich ist. Auch die in den vergangenen Jahren spürbaren Zuzüge konnten diesen Trend nicht umkehren, aber immerhin stoppen. Der Altersdurchschnitt ist jedoch enorm gestiegen. Der abnehmenden Mobilität der Bürger setzt das Netzwerk „Multiple Häuser im RietherWinkel“ nun die Mobilität verschiedener Dienstleister entgegen.

Von der Idee zum Konzept

Berater und Dienstleister, etwa aus dem Gesundheitsbereich, die mobil arbeiten, brauchen an mehreren Orten günstige Räumlichkeiten, in denen sie ihre Dienste anbieten können. Dies gewährleisten sogenannte Multiple Häuser, die zeitversetzt nutzbar sind. Der konzeptionelle Ansatz wurde durch das Leipziger Unternehmen rb-Architekten entwickelt, das bestimmte Anforderungen an die Beschaffenheit der Gebäude festlegte, die als Multiple Häuser genutzt werden sollen: Neben hygienischen Standards muss jedes Multiple Haus über einen Internetanschluss und Barrierefreiheit verfügen.

Vom Konzept zur Wirklichkeit

Nach der Erarbeitung des Konzepts durch die Leipziger Architekten wurden in den einzelnen Dörfern Bestandsanalysen vorgenommen. Es wurde untersucht, was es bereits im Dorf gibt, was es in Zukunft voraussichtlich nicht mehr geben wird und was sich die Bürger der Dörfer wünschen. Wichtig für den Erfolg bei den Bestandsanalysen war die direkte Einbeziehung der Dorfbewohner. Bei öffentlichen Veranstaltungen wurde den Bürgern das Konzept des Hauses vorgestellt und anschließend erarbeitet, welche Angebote das Dorf bereichern könnten. Gleichzeitig wurde aber auch gefragt, ob sich Bürger selber vorstellen könnten, Angebote zu offerieren. In anderen Dörfern wurden Frage-

bögen in das amtliche Mitteilungsblatt eingelegt, um herauszuarbeiten, was in den Dörfern gewünscht und nötig ist. Neben der breiten Öffentlichkeitsarbeit war es ein weiteres Anliegen, dass bei der Einrichtung der Multiplen Häuser für schon existierende Einzelhandelsstrukturen keine zusätzliche Konkurrenz entsteht.

Für potentielle Dienstleister wurden insgesamt drei Workshops angeboten, denn auch sie galt es von Anfang an mit dem Projekt vertraut zu machen und zu binden.



Größtes Problem bei der Umsetzung sollte die Finanzierung sein, denn die Haushaltslage der Dörfer ließ keine Investitionen zu. Die LEADER-Förderung war wichtig, trotzdem hätte zwei Dörfern auch diese Unterstützung nicht gereicht. Erst die Bereitschaft des Landes, den verbleibenden Eigenanteil der Gemeinden zusätzlich zu 90 Prozent zu übernehmen, ermöglichte die Umsetzung der Idee – denn der Genehmigungsbehörde des Kreises war es wichtig, dass alle fünf Anbieter als Netzwerk agieren. Eine weitere Herausforderung waren die bautechnischen Genehmigungen, insbesondere zum Brandschutz. Letztlich wurden aber alle Hürden genommen, wobei die Umsetzung jedoch deutlich länger dauerte als geplant.

Vom Stall zum Multiplen Haus

Trotz gleicher Anforderungen an die Räume ist es möglich geworden, unterschiedliche Gebäude in Multiple Häuser zu verwandeln: Während in Rieth ein ehemaliger kleiner Stall als Multiples Haus genutzt wird, bietet in Vogelsang-Warsin der Sozialtrakt einer ehemaligen Schule perfekte logistische Bedingungen für das Projekt.

Unterschiedliche Raumkategorien mit verschiedenen Hygienestandards sind Bestandteil des Gesamtkonzeptes. In den kleinen Häusern, in denen es beispielsweise nur einen Raum gibt, muss dieser automatisch die höchsten hygienischen Ansprüche erfüllen, sodass er für alle Nutzungen offensteht. Mit moderner technischer Infrastruktur sind die Häuser an die jeweiligen örtlichen Situationen angepasst. Das Multiple Haus in Vogelsang-Warsin ist beispielsweise dank eines modernen Heizungskonzeptes sogar energieautark.

Startschüsse

Im Juli 2014 meldete das Multiple Haus in Altwarp seine Fertigstellung und im August wurde die Eröffnung des Hauses „Seesalon“ in Rieth gefeiert, das durch einen privaten Investor im Rahmen der LEADER-Förderung realisiert wurde.



Im Herbst 2014 wurden die Häuser in Hintersee, Ahlbeck und Vogelsang-Warsin eröffnet.

In allen Häusern sind von Anfang an Dienstleister aus den Bereichen Friseur, Physiotherapie, Fußpflege und Energieberatung vorgesehen. Ein Optiker steht vor der Vertragsunterzeichnung. Die größte Schwierigkeit besteht derzeit in der Bindung eines niedergelassenen Arztes, jedoch verliefen erste Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung des Landes positiv. Für die Dienstleister gibt es ein elektronisches Buchungssystem, das die manuelle Arbeit reduzieren soll, bisher jedoch noch zurückhaltend genutzt wird.

In den fünf Häusern östlich von Ueckermünde (Altwarp, Vogelsang-Warsin, Ahlbeck, Hintersee und Rieth) wechseln sich die Dienstleister nach einem festgelegten Plan an unterschiedlichen Tagen ab. Die Nutzungszeiten sind online buchbar oder vor Ort abzustimmen. In der Nutzungsgebühr für den Dienstleister sind alle Nebenkosten enthalten, einschließlich der Endreinigung, sofern Bedarf besteht. Für das Netzwerk der Häuser wird regelmäßig geworben, die Zeiten aller Dienstleistungen werden in den

amtlichen Mitteilungsblättern und auf der Internetseite des Amtes veröffentlicht. Eine eigene Website ist in Arbeit.

Neben den Angebotsmöglichkeiten für die Dienstleister sollen die Häuser auch als Treffpunkt für Vereine oder Initiativen dienen. Zusätzlich können die Räume auch für Feierlichkeiten angemietet werden, denn jedes Haus verfügt über eine moderne Kucheneinrichtung.

Keine Konkurrenzsituation

Für die regelmäßige Abstimmung, die Aufgabenverteilung und den Austausch hat sich das Netzwerk „Multiple Häuser im RietherWinkel“ bewährt. Jedes Haus wird separat betrieben, allerdings sind die Nutzungsgebühren aller Häuser im Netzwerk identisch, um unnötige Konkurrenzsituationen unter den Häusern zu vermeiden. Damit die Kosten



für den Betrieb der Häuser gedeckt werden können, wurden die Betriebskosten für alle Häuser ermittelt und die Nutzungsgebühr festgelegt. Eine regelmäßige Evaluierung der Situation wird nötig sein, um etwa die Betriebskosten anzupassen.

Der personelle Betrieb der Multiplen Häuser reicht von der Einstellung geringfügig bezahlten Personals, über die Selbstverwaltung durch die Gemeinde bis hin zum Einkauf von Reinigungspersonal. Bei der Abrechnung der Nutzungen und der Erstellung von Rechnungen für die Anbieter leistet das Amt Am Stettiner Haff Unterstützung in der Startphase.

Mehr Informationen

Gerd Walther
Sprecher des Netzwerkes
Multiple Häuser im RietherWinkel
E-Mail: buergermeister@ueckermuende.de
www.multiples-haus.de



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft



Bundesanstalt für
Landwirtschaft und Ernährung

Die Publikation wird durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Impressum

CHANCE! Demografischer Wandel vor Ort: Ideen, Konzepte, Beispiele

Herausgeber

Bundesverband der gemeinnützigen Landesgesellschaften (www.blg-berlin.de)

Deutscher Landkreistag (www.landkreistag.de)

Deutscher Städte- und Gemeindebund (www.dstgb.de)

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

Zuständige Verwaltungsbehörde:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Konzept und Redaktion

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (Referat 322)

Isabell Friess, Stefan Kämper und Stephanie Müller

Gestaltung

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

Referat 421 – Medienkonzeption und -gestaltung

Dirk Eufinger

Druck

MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/Westfalen